

# AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

## München 1972

*Roman Deiningger · Uwe Ritzer*

TRIUMPH  
UND TERROR

*Thomas Riegler*

SCHWARZER  
SEPTEMBER

*Juliane Lanz*

DIE DDR UND  
DER ANSCHLAG

*Eva Oberloskamp*

TERRORISMUSBEKÄMPFUNG  
NACH OLYMPIA

*Eitan M. Mashiah*

ERINNERUNG.  
EINE TRANSNATIONALE  
SPURENSUCHE

*Joseph Ben Prestel*

PALÄSTINENSER  
IM MITTELPUNKT

*Ronny Blaschke*

THE GAMES MUST GO ON

*Elisabeth Spieker*

WIR BAUEN DAS  
MODERNE DEUTSCHLAND

# APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE  
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**



# München 1972

## APuZ 36/2022

**ROMAN DEININGER · UWE RITZER**

### TRIUMPH UND TERROR

Ein junges Deutschland feierte 1972 ein heiteres, modernes Olympia. Das Attentat vom 5. September offenbarte jedoch Schwachstellen – und die Fehler der Deutschen in Aufarbeitung und Gedenken zogen sich über Jahrzehnte hin.

Seite 04–11

**THOMAS RIEGLER**

### SCHWARZER SEPTEMBER

Der Olympiaanschlag markiert einen Wendepunkt in der Terrorismusgeschichte. Dafür waren sowohl die Organisation „Schwarzer September“ als auch die strategische Mediennutzung entscheidend.

Seite 12–18

**JULIANE LANZ**

### DIE DDR UND DER ANSCHLAG

Von 1956 bis 1964 starteten die beiden deutschen Staaten in gemeinsamen Olympiamannschaften. Der erste unabhängige Auftritt der DDR, für den sie jahrelang gekämpft hatte, wurde 1972 in München vom Attentat überschattet.

Seite 20–26

**EVA OBERLOSKAMP**

### TERRORISMUSBEKÄMPFUNG NACH OLYMPIA

Die Sicherheitsbehörden hatten 1972 kaum Erfahrung mit terroristischen Geiselnahmen. In Reaktion auf das Attentat gründete das Innenministerium die GSG 9 und forcierte die europäische Zusammenarbeit in der Terrorismusbekämpfung.

Seite 27–32

**EITAN M. MASHIAH**

### ERINNERUNG. EINE TRANSNATIONALE SPURENSUCHE

Nach dem Anschlag in München 1972 wurden Trauer- und Solidaritätsbekundungen schon bald von politischen Differenzen verdrängt. Wie wird heute in Deutschland und Israel der Ereignisse und der Opfer gedacht?

Seite 33–39

**JOSEPH BEN PRESTEL**

### PALÄSTINENSER IM MITTELPUNKT

Mit dem Anschlag rückte die palästinensische Diaspora in den Fokus des öffentlichen Interesses. Misstrauen und Ausweisungen wurden begleitet von einer erstarkenden pro-palästinensischen Solidaritätsbewegung.

Seite 40–46

**RONNY BLASCHKE**

### THE GAMES MUST GO ON

München hat Olympia entscheidend modernisiert. Ab 1972 werden die Spiele professioneller und medienpräzenter. Die Kehrseite: eine gigantische Kommerzialisierung, von der viele profitieren, oft aber gerade nicht die ausrichtenden Städte.

Seite 48–54

**ELISABETH SPIEKER**

### WIR BAUEN DAS MODERNE DEUTSCHLAND

Der Olympiapark steht für eine nachhaltige, demokratische Architektur und zeigte 1972 das Selbstverständnis der deutschen Demokratie. Maßgeblichen Anteil daran hat das ikonische Ensemble aus Architektur und Landschaft.

Seite 55–62

# EDITORIAL

Die „heiteren“ Olympischen Spiele von München sollten, nur 36 Jahre nach den Propagandaspielen der Nationalsozialisten von Berlin, das Bild eines jungen, modernen und demokratischen Deutschlands in die Welt senden. Das ganze Land hatte einen Modernisierungsschub erlebt, und das geschwungene Zeltdach des Olympiastadions wurde zum Symbol einer neuen Zeit.

Doch dieses Wunschbild trog. Am Morgen des 5. September 1972 überfielen palästinensische Attentäter das Quartier der israelischen Mannschaft im Olympischen Dorf und erschossen den Gewichtheber Josef Romano und den Trainer des israelischen Ringerteams, Mosche Weinberg. Neun weitere israelische Athleten nahmen sie als Geiseln. Im Zuge des katastrophal gescheiterten Befreiungsversuchs auf dem Fliegerhorst Fürstenfeldbruck starben alle Geiseln – David Mark Berger, Ze’ev Friedman, Yossef Gutfreund, Eliezer Halfin, André Spitzer, Amitzur Shapira, Kehat Shorr, Mark Slavin und Yakov Springer – sowie der Polizist Anton Fliegerbauer und fünf der acht Terroristen.

„München 1972“ ist die Geschichte eines beispiellosen Behördenversagens – vor, während und nach dem Attentat. So wurde die Gefahr eines antisemitischen Anschlags bei Olympia nicht erkannt, obwohl erst 1970 sieben Jüdinnen und Juden bei einem Brandanschlag auf die Israelitische Kultusgemeinde in München getötet worden waren. Akten wurden gesperrt, Fehler vertuscht, und Angehörige müssen bis heute um Erinnerung und Entschädigung kämpfen. Konsequenzen für Entscheidungsträger gab es nicht. 2012 wurde bekannt, dass deutsche Neonazis offenbar an der Vorbereitung des Anschlags beteiligt waren. 50 Jahre nach dem Attentat ist es endlich an der Zeit, für lückenlose Aufklärung zu sorgen und so ein angemessenes Gedenken zu ermöglichen.

*Robin Siebert*

# TRIUMPH UND TERROR

## Olympia 1972 und das neue Deutschland

*Roman Deininger · Uwe Ritzer*

Am Nachmittag des 26. August 1972 öffnete sich der Vorhang der Spiele von München wie ein schimmernder Regenbogen. Am Olympiaberg, den viele Münchner noch „Schuttberg“ nannten, weil er nach 1945 aus Kriegstrümmern aufgehäuft worden war, sah man kaum das grüne Gras vor lauter Schaulustigen. Viele hatten Kofferradios und Ferngläser mitgebracht, gebannt blickten sie hinunter ins Olympiastadion, auf dessen Rängen 80 000 Menschen versammelt waren.

Die Organisatoren der Olympischen Spiele von München waren davon überzeugt, dass die Eröffnungsfeier der wichtigste Moment der gesamten Spiele war.<sup>01</sup> Die Eindrücke der Feier erreichten gut zwei Milliarden Menschen, mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung. Dank neuer Satellitentechnik gelangten erstmals Hunderte Stunden farbiger Live-Bilder in die entlegensten Winkel des Planeten. Was immer bei den Spielen passierte: Es war ein globales Ereignis.

27 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs hatte die junge Bundesrepublik die ehrenvolle Aufgabe und enorme Chance erhalten, die Jugend der Welt in München zu empfangen, 8000 Sportler aus 122 Ländern. Gleich bei der Eröffnungsfeier sollte das Land symbolisch aus dem langen Schatten der Nazi-Zeit treten. Die Väter der Spiele, der oberste deutsche Sportfunktionär Willi Daume und der Münchner Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel, wollten ein neues Deutschland präsentieren: geläutert und demokratisch, freundlich und friedlich, lässig und bunt.

### ZUSCHLAG IN ROM

„Sitzen Sie fest auf Ihrem Stuhl?“, hatte Daume Vogel gefragt, als er im Oktober 1965 mit der Olympia-Idee im Münchner Rathaus vorsprach. Der Oberbürgermeister war zunächst skeptisch gewesen: „Aber der DDR würde das doch nicht gefallen“, hatte er entgegnet.<sup>02</sup> Daume hatte ihm

dann erklärt, dass das Internationale Olympische Komitee (IOC) den Ostdeutschen erstmals eine eigenständige Olympia-Mannschaft zugestehen wollte – und dem Westen als Kompensation womöglich die Ausrichtung der Spiele 1972. Auch über Münchens Vergangenheit als „Hauptstadt der Bewegung“ im Nationalsozialismus würde das IOC wohl hinwegsehen. Der amerikanische IOC-Präsident Avery Brundage galt schließlich als schwer germanophil.<sup>03</sup>

Am 26. April 1966 erhielt die rekordverdächtig schnell zusammengestellte Münchner Bewerbung bei der IOC-Session in Rom den Zuschlag, mit einer Stimme Vorsprung. Sie hatte mit dem Versprechen „grüner Spiele“ und von „Spielen der kurzen Wege“ überzeugt, aber osteuropäische Vorbehalte auch mit handfesten sportpolitischen Zugeständnissen entkräftet – und die Stimmen afrikanischer Delegierter mutmaßlich auch aufgrund großzügiger Entwicklungshilfe der Bundesregierung bekommen.<sup>04</sup>

Der emotionale Visionär Daume, ein CDU-Mitglied, und der nüchterne Macher Vogel, ein Sozialdemokrat, bildeten ein kongeniales Organisatoren-Duo. Gemeinsam banden sie früh die Bundesregierung und die bayerische Staatsregierung in ihre Pläne ein. Das war die Grundlage dafür, dass die Spiele als nationales Prestigevorhaben wahrgenommen wurden und sich stets auf eine komfortable Zustimmung der Bevölkerung stützen konnten.

Für München erkannte Vogel sofort die Chance, seine aufstrebende Stadt infrastrukturell in die Moderne zu wuchten und ganz neu auf die Weltkarte zu setzen – als Heimat bayerischer Gemütlichkeit und deutscher Weltoffenheit. München sollte dann tatsächlich wie kaum ein anderer Ausrichter davor und danach von den Spielen profitieren. Davon zeugt bis heute das stadtplanerische Erbe der Spiele: die S- und U-Bahn, der Mittlere Ring, die verkehrsberuhigte Altstadt und der Olympiapark.

## GEGENTEIL VON 1936

In einem Punkt waren sich Daume und Vogel sofort einig: München 1972 musste ganz anders sein als Berlin 1936, die gigantomanischen Propagandaspiele, mit denen Hitler zugleich seine Macht vorgeführt und seine Friedfertigkeit vorgetäuscht hatte.<sup>05</sup> Nicht so martialisch und pathetisch, nicht so protzig und zackig. Swing und Pop statt Marschmusik und Wagner, lustige Böllerschützen statt donnerndem Kanonengruß. In Berlin hatten die Uniformen von Polizei, Wehrmacht und SS die Optik im Olympiastadion geprägt; in München trugen die Sicherheitskräfte azurblaue Sakos und nur sehr selten Waffen.

Bei der Eröffnung 1936 hatten die Nationalsozialisten die olympische Liturgie mit ihren faschistischen Inszenierungen verschmolzen, etwa im dramatischen Duell zweier Krieger in glänzender Rüstung, die am Ende zu Boden gesunken und nach dem Heldentod auf ihren Schildern aus der Arena getragen worden waren. 1972 wich die verordnete Symmetrie olympischer Rituale einem fröhlichen Durcheinander, als 3 200 Schulkinder in Gelb und Blau durchs Stadion tollten und einer Athletin oder einem Athleten ihrer Wahl ein Blumensträußchen überreichten.

Der Einmarsch der Nationen, bei den bisherigen Spielen der Neuzeit stets auf Erhabenheit getrimmt, geriet zum unbeschwerten Einlaufen. Die verspielten Melodien, die Kurt Edelhagens olympische Big Band dazu erklingen ließ, schlossen nationale Andacht praktisch aus: „Kalinka“ für die Sowjetunion, „When the Saints Go Marching In“ für die USA, „Horch, was kommt von

draußen rein“ für die Bundesrepublik. Selbst jene Athleten, die sich vorgenommen hatten, zu marschieren, kamen irgendwann ins Tänzeln. Sie salutierten nicht vor der Ehrentribüne, wie das üblich war, sondern winkten in alle Ecken des Stadions.

Als die Mannschaft der DDR einlief, hielten Willi Daume und Hans-Jochen Vogel vor Spannung den Atem an. Was würde das westdeutsche Publikum tun? Würde der warme Applaus nun abreißen? Im Gegenteil: Die Münchner Zuschauer applaudierten für die Ostdeutschen auffallend kräftig. Es war ein Ausdruck von Gastfreundschaft und gutem Willen, den Daume und Vogel inständig erhofft, aber nicht hatten planen können. Spätestens damit war der Ton gesetzt für die „heiteren Spiele“, die nicht nur den Organisatoren vorschwebten, sondern auch der Bundesregierung. „Widerlegen wir die These“, hatte Bundeskanzler Willy Brandt bei der Einweihung des Olympiaparks gesagt, „dass es den freundlichen Deutschen nur in Ausnahmefällen gibt“.<sup>06</sup>

Wenn die internationalen Besucher bei ihren deutschen Gastgebern überhaupt irgendetwas anzumerken hatten, dann höchstens, dass selbst der Frohsinn mit landestypischer Gründlichkeit organisiert war. „Die erste Goldmedaille für die Deutschen!“, schrieb die Zeitung „L’Aurore“ aus Paris nach der Eröffnungsfeier. „Ja, sie würden sie verdienen, weil sie uns das wunderbarste Schauspiel gezeigt haben, von dem man träumen kann.“<sup>07</sup> Selbst der Kommentator des sowjetischen Fernsehens ließ sich zu dem Resümee hinreißen, München habe seine Gäste „freundlich empfangen“.

ZEHN TAGE  
LEICHTIGKEIT

Für zehn Tage schienen sich die kühnsten Hoffnungen der Organisatoren zu erfüllen. Die Jugend der Welt verliebte sich in München und die tänzerisch leichte Atmosphäre der Spiele, in die zuvorkommenden Hostessen in ihren blauen Dirndl und in den lustig quergestreiften Maskottchen-Dackel Waldi. Das Münchner Publikum jubelte der sowjetischen Turnerin Olga Kor-

**01** Vgl. Uta Andrea Balbier, „Der Welt das moderne Deutschland vorstellen“: Die Eröffnungsfeier der Spiele der XX. Olympiade in München 1972, in: Johannes Paulmann (Hrsg.), *Auswärtige Repräsentationen*, Köln 2005, S. 105–119.

**02** Die Darstellung der Ereignisse aus Sicht der Organisatoren gründet wesentlich auf persönlichen Interviews der Autoren mit Hans-Jochen Vogel, vgl. Roman Deininger/Uwe Ritzer, *Die Spiele des Jahrhunderts. Olympia 1972, der Terror und das neue Deutschland*, München 2021.

**03** Brundage hatte sogar unverhohlene Sympathien für die Nationalsozialisten gehegt. Seine Begeisterung für München 1972 hatte ironischerweise auch mit seiner guten Erinnerung an Berlin 1936 zu tun, vgl. das biografische Standardwerk Allen Guttman, *The Games Must Go On*, New York 1983.

**04** Vgl. Kay Schiller/Christopher Young, München 1972. Olympische Spiele im Zeichen des modernen Deutschland, Göttingen 2012, S. 60–69.

**05** Vgl. Richard Mandell, *Hitlers Olympiade. Berlin 1936*, München 1980.

**06** „Gell, jetzt kommen sie alle“, in: *Der Spiegel*, 2.7.1972, S. 65.

**07** Zit. nach Harry Valérien, *Olympia 1972. München – Kiel – Sapporo*, München 1972, S. 30.





Plakat mit dem Motiv des Olympiادaches für die Olympischen Spiele 1972 in München.

© picture-alliance/dpa | Repro

but zu, eine Eisschmelze mitten im Kalten Krieg, und es schloss John Akii-Bua ins Herz, den Sohn ugandischer Hirten, der nach seinem Gold über 400 Meter Hürden gar nicht mehr aufhören wollte zu laufen vor Glück.

Auf allen Ebenen spiegelte sich das Motiv des neuen Deutschland, eines modernen und lockeren Landes. Auf der „Spielstraße“ im Olympiapark boten Artisten, Musiker, Schauspieler und Tänzer ein kreatives Kontrastprogramm zum Sport. Das magisch geschwungene Zeltdach des Olympiastadions, das der Architekt Günter Behnisch mit seinem Team errichtet hatte, raubte den Betrachtern den Atem.<sup>08</sup> Das elegante Alltagsdesign des Gestalters Otl Aicher verwandelte Hinweisschilder in Kunst – in sanftem Himmelblau, Grün und Orange, doch niemals in Rot oder Schwarz, den Farben der Diktaturen dieses Jahrhunderts. „Es kommt weniger darauf an, zu erklären, dass es ein anderes Deutschland gibt, als es zu zeigen“, diese Leitlinie hatte Aicher ausgegeben.<sup>09</sup>

Die Organisatoren Daume und Vogel trauten sich etwas, sie gewährten kreativen, aber manchmal auch sturen Köpfen wie Aicher den nötigen Freiraum. Sie glaubten an den verwegenen Stadion-Entwurf, als selbst der leistungsfähigste Bundeswehr-Computer von der Berechnung der Statik des Daches überfordert war. Und nun sah es für einen langen Moment tatsächlich so aus, als wäre ihr Traum von den „heiteren Spielen“ Wirklichkeit geworden. Bis zum Morgen des 5. September. An diesem Tag entpuppte sich der Traum als schrecklich naiv. Der palästinensische Anschlag auf die israelische Olympiamannschaft kostete zwölf unschuldige Menschenleben und stürzte die Spiele aus Glanz und Euphorie in Elend und Verzweiflung.

## DEUTSCHER AUFBRUCH

Bis zu jenem schrecklichen Tag atmeten die Münchner Spiele den Geist eines Landes im Aufbruch. Das olympische Motiv des neuen Deutschland war nicht aus der Luft gegriffen, wenngleich natürlich nicht die Gesellschaft in ganzer Breite in Bewegung war. Zweifellos roch es 1972 nach Freiheit und Abenteuer und

für manche sogar ein ganz kleines bisschen nach Revolution. Sturm und Drang der Studierenden von 1967/68 sollte weiterleben in der bundesrepublikanischen Umwelt-, Friedens- und Frauenbewegung, aber grenzenlos übersteigert mündete er auch im mörderischen Terrorismus der Roten Armee Fraktion. Deren Köpfe Andreas Baader und Ulrike Meinhof waren im Olympiasommer nach Bombenanschlägen und Schusswechseln in Haft, seit wenigen Wochen schien der Terror beendet zu sein.

1972, das war zunächst mal ein Lebensgefühl: weite Schlaghosen und enge Hemden mit Riesenkragen, dicke Koteletten und wallende Locken, Schlager und Disco. Wer bei der Bundespost einen Telefonanschluss bestellte, bekam nicht mehr automatisch das graue Wählscheibentelefon geliefert. Man konnte jetzt wählen zwischen Grün, Rot, Orange und Gelb. Politisch verkörperte der junge Bundeskanzler Brandt den Zeitgeist, den Abschied von schneidigem Auftreten, autoritärer Führung und bigotter Moral. Das sozialliberale Bündnis, 1969 geschmiedet, lüftete durch in der Bundesrepublik. Auf die Westintegration folgte die Entspannungspolitik im Osten, auf Konrad Adenauers Diktum „Keine Experimente“ Brandts Aufruf „Mehr Demokratie wagen“.

Beinahe ein Vierteljahrhundert hatte es gedauert, bis die Bundesrepublik eine liberale Demokratie im umfassenden Sinne wurde – nicht nur rechtlich, sondern auch politisch und vor allem gesellschaftlich, ein Gemeinwesen, das sich den Geistern der Vergangenheit stellte und sein Grundgesetz als Antwort auf den Horror des Nationalsozialismus verstand. Knapp zwei Jahre vor den Spielen war Brandt im ehemaligen Warschauer Ghetto auf die Knie gesunken. Es war zugleich das Eingeständnis von Schuld und die Bitte um Vergebung gewesen, eine ikonische Geste von einem, der selbst nicht hätte knien müssen. Ende April 1972 überstand Brandt im Bundestag ein Misstrauensvotum, es war ein großes Drama, aber auch die große Bestätigung, die der Kanzler für seinen Kurs brauchte. Bei der Bundestagswahl im November sollte seine SPD dann zum ersten Mal stärkste Kraft werden.

## WETTKAMPF DER SYSTEME

Nur die dickköpfigsten DDR-Funktionäre konnten diese Bundesrepublik noch mit vol-

<sup>08</sup> Vgl. Gerhard Matzig, Helles Deutschland, in: Süddeutsche Zeitung, 14.7.2010, S. 3.

<sup>09</sup> Elisabeth Spieker, Zeigen, nicht erklären, [www.otlaicher.de/beitraege/zeigen-nicht-erklaren](http://www.otlaicher.de/beitraege/zeigen-nicht-erklaren).

ler Überzeugung als Hort von Faschismus und Reaktion geißeln. Die Deutschen aus dem Osten hatten 1972 allerdings selbst allen Grund zum Stolz: In München trat die DDR erstmals mit eigener Hymne und unter eigener Fahne bei Olympia an. „Der Kapellmeister soll in München gut unsere Hymne einstudieren“, hatte der Chefkommentator des DDR-Fernsehens, Karl-Eduard von Schnitzler, prognostiziert: „er wird sie oft spielen müssen.“<sup>10</sup> Und so kam es. Es regnete Goldmedaillen für die Ostdeutschen, etwa für die Sprinterin Renate Stecher, die sowohl über 100 als auch über 200 Meter siegte. Auf der Bühne des Sports fuhr die DDR jenes internationale Renommee ein, das ihr auf anderen Feldern verwehrt blieb. Mit 20 Goldmedaillen lag sie im Medaillenspiegel deutlich vor der Bundesrepublik mit 13.

Olympia 1972 war also nicht nur ein Wettstreit von Athleten, sondern auch ein Wettkampf der Systeme.<sup>11</sup> Die Spiele von München erlebten etwa ein packendes deutsch-deutsches Duell in der Sprint-Staffel der Frauen, bei dem die Schlussläuferin für das westdeutsche Team, Heide Rosendahl, überraschend den DDR-Star Stecher distanzierte. Der amerikanische Schwimmer Mark Spitz avancierte mit sieben Goldmedaillen zum damals erfolgreichsten Olympioniken aller Zeiten. Die Sowjetunion feierte ein ebenso sensationelles wie umstrittenes Basketball-Gold im Finale gegen die USA und eroberte am Ende den prestigeträchtigen ersten Platz im Medaillenspiegel.

Auch in der DDR, in der Erich Honecker im Juni 1971 der Erste Sekretär des Zentralkomitees der SED geworden war, spürten die Menschen Anfang der 1970er Jahre einen Aufschwung, zumindest im Lebensstandard. Der „Eiserne Vorhang“ schien sich ein klein wenig zu bewegen: Der Moskauer und der Warschauer Vertrag waren im Juni 1972 in Kraft getreten, ebenso das Berlin-Abkommen, das Reisen und Telefonieren zwischen Ost und West erleichterte. Und am 16. August, eine gute Woche vor Eröffnung der Spiele, hatten Bundesrepublik und DDR mit den Verhandlungen über einen Grundlagenvertrag begonnen. Zu Weihnachten sollten sie erfolgreich beendet sein.

## SPIEGEL DER MODERNEN ZEIT

In vielen Dingen waren die Spiele auch der Spiegel eines neuen Selbstbewusstseins. Die Leichtathletin Rosendahl, die ihre Mitbürger im Weitsprung mit dem ersten Gold für die Bundesrepublik erlöste, war eine junge Frau, die es sich erlaubte, älteren Fernsehmoderatoren zu widersprechen. Afroamerikanische Athleten demonstrierten in München gegen die anhaltende Diskriminierung zu Hause. Die jungen Nationen des Globalen Südens, die sich von kolonialer Herrschaft befreit hatten, forderten ihren Platz bei Olympia.

1972 war zudem ein Jahr, in dem sich auch technologisch und kulturell auffallend viele kleine Fenster in die Zukunft öffneten. Der erste 8-Bit-Mikroprozessor wurde vorgestellt, der erste Taschenrechner kam auf den Markt, im deutschen Fernsehen feierte die Science-Fiction-Serie „Raumschiff Enterprise“ Premiere. In München wurden die alten Stoppuhren von der elektronischen Zeitmessung abgelöst; die akkreditierten Journalisten erhielten ihre Informationen aus einem Supercomputer. Über die Straßen von München rollte das erste Elektroauto von BMW, eigens für die Spiele als abgasfreies Begleitfahrzeug für Marathonläufer und Geher entwickelt.

Olympia wurde allmählich zum großen Geschäft und das IOC zur Geldmaschine.<sup>12</sup> In München kündigte sich die Kommerzialisierung schon an, aber sie dominierte nicht das Bild. Werbung war den Athletinnen und Athleten noch strikt verboten, doch Mark Spitz, der natürlich barfuß schwamm, reckte nach einem seiner Siege ein Paar Adidas-Schuhe in die Kameras, angeblich aus Versehen. Doping wuchs zur Geißel des Sports heran, zum ersten Mal wurde in München eine Goldmedaille deshalb aberkannt. Es erwischte den 16-jährigen US-Schwimmer Rick DeMont, der aber möglicherweise tatsächlich nur sein Asthma-Medikament genommen hatte.

Die Welt rückte näher zusammen.<sup>13</sup> 1972 reiste Richard Nixon als erster US-amerikanischer Präsident zum Staatsbesuch nach China. Der Club of Rome veröffentlichte seinen Bericht

<sup>10</sup> „Des is, wia wenn's d' Mauer dabei hätten“, in: Der Spiegel, 3.9.1972, S. 26–32.

<sup>11</sup> Vgl. David Clay Large, Munich 1972. Tragedy, Terror, and Triumph at the Olympic Games, London 2012, S. 96–108, S. 155–190.

<sup>12</sup> Vgl. David Goldblatt, Die Spiele. Eine Weltgeschichte der Olympiade, Göttingen 2018, S. 241–246.

<sup>13</sup> Vgl. Niall Ferguson et al. (Hrsg.), The Shock of the Global. The 1970s in Perspective, Cambridge MA 2010.



zu den „Grenzen des Wachstums“; in Deutschland entstand langsam ein Tätigkeitsfeld, das als „Umweltpolitik“ bekannt wurde. Zwei Chiffren der Weltläufigkeit importierte die Bundesrepublik aus den USA: Kurz vor den Spielen erschien die deutsche Erstausgabe des Magazins „Playboy“, und in München eröffnete Ende 1971 die erste Filiale einer Schnellrestaurantkette namens McDonald’s.

Doch noch ein weiteres Phänomen musste als zunehmend weltumspannend gelten: der internationale Terrorismus. Radikale Palästinenser übten Anschläge auch auf deutschem Boden. Bereits im Februar 1970 hatte ein palästinensisches Kommando am Münchner Flughafen einen israelischen Passagier ermordet und elf weitere verletzt. Aber all das war nur das grausame Vorspiel für das sogenannte Olympia-Attentat von München.

### ÜBERFALL IM MORGENGRAUEN

Im Morgengrauen des 5. September 1972 sahen sechs Postbeamte, die auf dem Weg zur Arbeit ins Olympiapostamt waren, mehrere Männer in Trainingsanzügen mit großen Sporttaschen über den Zaun ins Olympische Dorf klettern.<sup>14</sup> Sie dachten sich nichts dabei: Seit Beginn der Spiele war es üblich, dass Sportlerinnen und Sportler sich am frühen Morgen nach der Disco wieder ins Dorf schlichen, gerade rechtzeitig, bevor Trainer und Betreuer ihre Abwesenheit bemerkten. Wenn die Organisatoren unbedingt hätten verhindern wollen, dass jemand über den Zaun steigt, hieß es, hätten sie ihn sicher auch höher errichtet als zwei Meter und die Pfosten oben nicht abgerundet.

Die vermeintlichen Athleten waren in Wahrheit die acht Mitglieder eines Kommandos der palästinensischen Terrororganisation „Schwarzer September“. Ein Anschlag nahm seinen blutigen Lauf, dessen globale Wirkmächtigkeit aus heutiger Sicht nur vergleichbar ist mit den Anschlägen des 11. September 2001 in den USA. In München trat der internationale Terrorismus ins Bewusst-

sein der Menschen, weil sich das Unheil in einer kollektiven Live-Fernseherfahrung Stunde um Stunde vor den Augen der Welt entfaltete.

Der palästinensische Überfall auf die israelische Mannschaft konterkarierte grausam den Plan der Münchner Olympia-Organisatoren, die Nazi-Zeit vergessen zu machen. Wieder starben Juden auf deutschem Boden. Später stellte sich heraus, dass die olympischen Gastgeber mehr als zwei Dutzend Hinweise auf einen drohenden Anschlag ignoriert hatten und dass die Sicherheitskräfte unvorbereitet und nicht ausreichend ausgerüstet waren. Das komplette Versagen von Polizei, Behörden und Politik sollte das deutsch-israelische Verhältnis auf Jahre hinaus belasten.

Die acht Terroristen liefen um kurz nach vier Uhr morgens die wenigen Meter vom Zaun des Dorfs in die Connollystraße, die nach dem US-amerikanischen Dreispringer James Connolly benannt war, dem ersten Olympiasieger der Neuzeit. In Haus Nummer 31 waren auf mehrere Appartements verteilt 21 Mitglieder des israelischen Olympia-Teams einquartiert. Das Terrorkommando rannte zunächst ein Stockwerk zu weit nach oben und platzte in eine falsche Wohnung, in der Athleten aus Hongkong lebten. Dann stürmte es zwei Wohnungen mit Israelis. Die Sportler leisteten heftigen Widerstand.

Im Handgemenge erschossen die Palästinenser den Ringertrainer Moshe Weinberg und verletzten den Gewichtheber Yossef Romano schwer. Sie trieben neun Israelis im Zimmer des Fechtrainers Andrei Spitzer zusammen. Die Athleten wurden gefesselt und mussten die folgenden Stunden auf zwei gegenüberliegenden Betten sitzen, stets bedroht von Terroristen mit Maschinengewehren. Den sterbenden Romano legten die Palästinenser zwischen die Geiseln auf den Boden; sein Todeskampf dauerte mehrere Stunden. Alle Bitten, doch einen Arzt zu rufen, ignorierten die Geiselnnehmer.

### RECHTSEXTREME HELFER

Sie warfen zwei Polizisten, die vor dem Haus auftauchten, mehrere Blätter zu. Darauf standen die Namen von 328 Gesinnungsgenossen, deren Freilassung sie bis 9 Uhr forderten. Die Allermeisten waren in Israel inhaftierte Palästinenser. Außerdem auf der Liste: die deutsche Linksterro-

<sup>14</sup> Die Darstellung der Ereignisse stützt sich auf die Archiv- und Zeitzeugen-Recherche der Autoren. Vgl. das Standardwerk zum Anschlag von Simon Reeve, Ein Tag im September. Die Geschichte des Geiseldramas bei den Olympischen Spielen in München 1972, München 2006.

ristin Ulrike Meinhof. Wie man heute weiß, führte diese Forderung insofern in die Irre, als es tatsächlich deutsche Rechtsextremisten waren, die das Attentat vorzubereiten halfen.

Willi Pohl, Mitglied der rechtsradikalen „Volksbefreiungsfront Deutschland“, kutscherte im Sommer 1972 wochenlang Abu Daoud durchs Land – den Drahtzieher des Attentats. Pohls Rolle kam erst 40 Jahre später durch Recherchen des „Spiegel“ ans Tageslicht.<sup>15</sup> Bis heute sind längst nicht alle Hintergründe des Anschlages bekannt. Noch immer liegen in Archiven gesperrte Akten. Kein Untersuchungsausschuss, nicht einmal eine Historikerkommission hat den Anschlag gründlich aufgearbeitet. Selbst ein würdiger Gedenkort im Münchner Olympiapark wurde erst nach 40 Jahren beschlossen – vermutlich, weil die Verantwortlichen von damals ihre Fehler nicht auch noch zur Schau stellen wollten. Das deutsche Versagen endete nicht mit dem Tod der zwölf Opfer, es setzte sich noch lange fort.

## GESCHEITERTE BEFREIUNG

Am 5. September 1972 traf sich der Krisenstab wenige hundert Meter entfernt vom Ort der Geiselnahme. Bayerns Innenminister Bruno Merk übernahm die Leitung, der Münchner Polizeipräsident Manfred Schreiber war sein wichtigster Ansprechpartner. Auch Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher redete mit. Den ganzen Tag herrschte ein großes Kommen und Gehen, was ein koordiniertes Krisenmanagement nicht gerade begünstigte. Immerhin gelang es den Verantwortlichen, den Terroristen immer wieder neue Ultimaten abzurufen, ohne dass weitere Geiseln erschossen wurden.

Die israelische Ministerpräsidentin Golda Meir hatte den Deutschen bereits am Morgen mitgeteilt, dass ihr Land keinen einzigen Palästinenser aus einem israelischen Gefängnis freilassen würde. Andernfalls, so Meir, wäre kein Jude auf der Welt mehr vor solcher Erpressung sicher. Der Krisenstab entwarf daraufhin Szenarien für eine Geiselnahme, stieß aber schnell an praktische Grenzen. Die Deutschen hatten weder ausgebildete Scharfschützen noch Präzisionswaffen. Die Sache nahm groteske Züge an: Als Polizisten

in Trainingsanzügen auf den Dächern in Stellung gingen, konnten die Terroristen das live im Fernsehen mit ansehen. Niemand hatte den Kamerteams das Filmen verboten.

Am späten Nachmittag änderten die Geiselnahmer überraschend ihre Forderungen. Ihr Anführer Issa, der den Tag über mit den deutschen Verantwortlichen vor der Eingangstür verhandelte, das Gesicht geschwärzt und ein Pepita-Hütchen auf dem Kopf, verlangte nun, mit seinen Leuten und den Geiseln nach Ägypten ausgeflogen zu werden. Kurz zuvor hatte das IOC die sportlichen Wettkämpfe unterbrochen. Immer heftiger waren die internationalen Proteste geworden, man könne doch nicht einfach weitermachen als wäre da nichts. Unterdessen bat die Bundesregierung die ägyptische Führung um Unterstützung. Doch diese wollte die Terroristen nicht aufnehmen. „We do not get involved“, wurde Bundeskanzler Willy Brandt beschieden. Damit war klar: Die Geiselnahme musste auf deutschem Boden beendet werden.

Mit zwei Hubschraubern flogen Palästinenser und Geiseln um 22.35 Uhr aus dem olympischen Dorf zum Bundeswehr-Fliegerhorst nach Fürstfeldbruck. Dort war eine Stunde zuvor eine Lufthansa-Maschine gelandet, in der als Crew verkleidete Polizisten warteten. Sie sollten, so der Plan, die Geiselnahmer beim Betreten der Maschine überwältigen. Doch den Beamten wurde schnell bewusst, dass es sich um ein Himmelfahrtskommando handelte.<sup>16</sup> Keiner von ihnen war für solch einen riskanten Nahkampf ausgebildet. Die Polizisten verweigerten den Befehl und stiegen aus. Ihre Vorgesetzten zeigten dafür sogar Verständnis.

Kaum waren die Hubschrauber in Fürstfeldbruck gelandet, eskalierte die Lage. Issa und sein Stellvertreter Toni liefen zur Maschine – und fanden sie leer vor. Ihnen wurde wohl klar, dass es sich um eine Falle handelte. Auf ihrem Rückweg zu den Hubschraubern begann ein Feuergefecht mit der Polizei, das – mit Pausen – mehrere Stunden andauerte. Bei den Sicherheitskräften lief schief, was schieflaufen konnte. Die Panzerfahrzeuge blieben im Stau der Gaffer vor dem Fliegerhorst stecken. Die Scharfschützen waren

<sup>15</sup> Vgl. Axel Frohn et al., Die angekündigte Katastrophe, in: Der Spiegel, 23.7.2012, S. 34–44.

<sup>16</sup> Vgl. Patrizia Schlosser, Himmelfahrtskommando, Podcast des Bayerischen Rundfunks, 2.5.2022, [www.ardaudiothek.de/sendung/10475841](http://www.ardaudiothek.de/sendung/10475841).

schlecht postiert, auch, weil man bis zuletzt trotzig von weniger als acht Attentätern ausgegangen war.

Die Terroristen ermordeten die neun Geiseln, die in den Hubschraubern aneinandergesesselt waren, mit Salven aus ihren Schnellfeuerwaffen und zündeten auch eine Handgranate. Neben den Israelis starb im Tower der Polizist Anton Fliegerbauer. Zu allem Überfluss verbreitete sich in der Nacht die fatale Falschmeldung, dass alle Geiseln befreit worden seien – erst am Morgen des 6. September erfuhr die Welt die fürchterliche Wahrheit.

### NACHHALL DES ANSCHLAGS

Auch fünf Terroristen wurden in Fürstenfeldbruck getötet; drei weitere wurden leicht verletzt festgenommen. Der weitere Umgang mit ihnen ließ die deutsch-israelischen Beziehungen unter den Gefrierpunkt abkühlen. Nur 54 Tage nach ihrer Festnahme wurden die drei überlebenden Palästinenser aus deutscher Haft freigesetzt, als Gesinnungsgenossen eine Lufthansa-Maschine entführten.

Die drei Männer wurden nach Tripolis ausgeflogen, wo ihnen Libyens Staatschef Muammar al-Gaddafi einen triumphalen Empfang bereitete. Das schnelle Nachgeben der deutschen Seite spricht im Rückblick dafür, dass dahinter ein heimlicher Deal der Bundesregierung mit der palästinensischen Führung stecken könnte. Auch kundige Zeitzeugen wie Hans-Jochen Vogel hielten dies für plausibel. Die Deutschen, so die These, hätten sich mit der Freilassung die Zusage der Palästinenser erkaufte, die Bundesrepublik vor weiteren Anschlägen zu verschonen.

Die einzige sichtbare Konsequenz aus dem Olympia-Attentat war noch im September 1972 die Gründung der Antiterrorereinheit GSG 9 (Grenzschutzgruppe 9). Sie ging auf die Initiative des Polizeioffiziers Ulrich Wegener zurück, der während des Anschlags der Adjutant von Bundesinnenminister Genscher gewesen war.<sup>17</sup> Un-

ter Wegeners Kommando befreite die GSG 9 dann im Oktober 1977 die Geiseln aus der von Palästinensern entführten Lufthansa-Maschine „Landshut“.<sup>18</sup>

### ZERBRECHLICHER ZAUBER

Zehn Tage lang hatten die Spiele von München den Zauber der olympischen Idee bewiesen; am elften Tag zeigte sich die Zerbrechlichkeit allen Zaubers. Das Olympia-Attentat gilt vielen als dunkelste Stunde in der Geschichte der jungen Bundesrepublik, denn natürlich wiesen elf auf deutschem Boden ermordete Juden unweigerlich zurück in die große Finsternis vor 1945. Die Macher der Spiele haben zu diesem Unglück mit unverantwortlicher Arglosigkeit beigetragen, mit der blinden Zuversicht, dass nichts und niemand ihr Friedensfest stören würde.

Der Anschlag hat die Erinnerung an die „heiteren Spiele“ schwer belastet, aber nicht getilgt. 50 Jahre danach ist der Wunsch der Hinterbliebenen der israelischen Opfer sehr verständlich und unbedingt zu respektieren, das Jahr 2022 nicht als Jubiläumsjahr zu begreifen, sondern vor allem als Gedenkjahr.<sup>19</sup> Zugleich bleibt aber ohne Zweifel erinnerungswürdig, dass sich in den Spielen von München der politische und gesellschaftliche Wille ausdrückte, das neue Deutschland – die junge, noch verletzliche Demokratie auf deutschem Boden – zum Erfolg zu führen.

#### ROMAN DEININGER

ist promovierter Politikwissenschaftler und Chefredakteur der „Süddeutschen Zeitung“ in München.  
roman.deininger@sueddeutsche.de

#### UWE RITZER

ist Investigativreporter und Wirtschaftskorrespondent der „Süddeutschen Zeitung“ in Nürnberg. Gemeinsam mit Roman Deininger schrieb er das Buch „Die Spiele des Jahrhunderts. Olympia 1972, der Terror und das neue Deutschland“.  
uwe.ritzer@sueddeutsche.de

<sup>17</sup> Siehe hierzu auch den Beitrag von Eva Oberloskamp in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

<sup>18</sup> Vgl. Ulrich Wegener, GSG 9. Stärker als der Terror, Münster 2018.

<sup>19</sup> Vgl. Peter Münch, Gedenkfeier zum Olympia-Attentat in Gefahr, in: Süddeutsche Zeitung, 28. 5. 2022, S. 8.

# SCHWARZER SEPTEMBER

## Aufstieg des internationalen Terrorismus

*Thomas Riegler*

Die Geiselnahme bei den Olympischen Spielen in München am 5. September 1972 war ein Schlüsselereignis in der Entwicklung des modernen Terrorismus.<sup>01</sup> Im Unterschied zum älteren Terrorismus mit seinen primär nationalen Bezügen wurde der Münchner Olympiaanschlag transnational vorbereitet, organisiert und durchgeführt. Es wurde damit weltweit Aufmerksamkeit auf das seinerzeit sogenannte Palästinenserproblem gelenkt.

Diese Form des Terrorismus hatte sich Ende der 1960er Jahre herausgebildet. Terroristische Gewalt wirkte nun grenzüberschreitend, während sich ihre Medialisierung durch technologische Fortschritte verstärkte. Um diese Neuaufwertungen herauszustreichen, verwendet die Forschung seit den 1970er Jahren die Bezeichnung „internationaler Terrorismus“. Dieser ist laut dem Politikwissenschaftler Ulrich Schneckener dadurch gekennzeichnet, dass die Terroristen „bewusst die internationale (und zumeist insbesondere die westliche) Aufmerksamkeit erregen“.<sup>02</sup> Dazu kooperierten typischerweise verschiedene Terrorgruppen miteinander und errichteten gemeinsame Auslandsstützpunkte. All das geschah am 5. September 1972 in München.

### MENTOREN DES INTERNATIONALEN TERRORISMUS

Zwischen 1968 und 1980 waren palästinensische Organisationen und Gruppen „für mehr internationale Terrorakte verantwortlich als jede andere Bewegung“.<sup>03</sup> Begonnen hatte diese Entwicklung Ende der 1960er Jahre, als das Vorhaben, einen klassischen Guerillakrieg zu führen, aufgegeben wurde. Stattdessen verfolgten die palästinensischen Gruppen eine Strategie der Internationalisierung: Ab 1968 begannen kleine Kommandos, zunächst von George Habashs Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) und später von Wadi Haddads PFLP-„Special Group“, Passagierflugzeuge zu entführen.<sup>04</sup> Hatten Auslandsoperatio-

nen zu Beginn der 1970er Jahre nur drei Prozent aller Aktivitäten der innerhalb der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) zusammengefassten Gruppen ausgemacht, waren es 1972 bereits 12 Prozent und im Jahr darauf 30 Prozent.<sup>05</sup>

Außerdem wurde ein weit verzweigtes Netzwerk etabliert, das unterschiedliche Terrorgruppen miteinander verband: Bis Anfang der 1980er Jahre sollen mindestens 40 Gruppen aus Asien, Afrika, Nordamerika, Europa und dem Nahen Osten in den in Jordanien, im Libanon und im Süd-Jemen gelegenen palästinensischen Lagern ausgebildet worden sein.<sup>06</sup> Bestes Beispiel hierfür war Wadi Haddads PFLP-„Special Group“, die in ihren Lagern westdeutsche, nordirische, japanische und iranische Terroristen unterwies.<sup>07</sup> Die Kooperation ging so weit, dass Haddad Angehörige der deutschen linksextremistischen Terrororganisation Revolutionäre Zellen (RZ) bei eigenen Operationen einsetzte oder die Rote Armee Fraktion (RAF) 1977 im Rahmen des „Deutschen Herbst“ mit einer Flugzeugentführung unterstützte.<sup>08</sup>

Um die Vorgänge in den 1970er und 1980er Jahren verstehen zu können, muss zudem die besondere Struktur des palästinensischen Widerstands in Betracht gezogen werden: Jassir Arafat hatte 1959 in Kairo seine Organisation Fatah gegründet. Als ab 1965 Guerillaangriffe von Jordanien aus auf israelisches Territorium durchgeführt wurden, machte das die Fatah so bekannt, dass sie die PLO nach deren Gründung 1964 dominierte. Arafat wurde 1966 offizieller Sprecher und übernahm 1969 den Vorsitz. Seine Kontrolle war aber fragil und ließ dem PLO-Geheimdienst Jihaz Al-Rasd Raum zur Entfaltung. Dessen Leiter Abu Iyad war einer der wichtigsten Vertreter einer aggressiven Guerilla- und Terrorismusstrategie.<sup>09</sup> Am bekanntesten ist seine Rolle als Anführer der Gruppe „Schwarzer September“, wengleich er zeitlebens abstrikt, etwas mit der Gruppe zu tun gehabt zu haben und die Organisation als Hilfstruppe des palästinensischen Widerstands verharmloste.<sup>10</sup>

## SCHWARZER SEPTEMBER

Der Schwarze September war 1971 innerhalb der Fatah gegründet worden, um Rache an König Hussein von Jordanien zu nehmen, nachdem dieser die PLO unter großen Verlusten aus dem Land vertrieben hatte. Laut dem Journalisten Alan Hart wurde die Gründung dieses inoffiziellen terroristischen Arms der Fatah-Führung praktisch aufgezwungen. Man hätte sonst die Kontrolle über die Organisation verloren.<sup>11</sup> Nach einigen Mordanschlägen auf jordanische Würdenträger wie Premierminister Wasfi Tal (1971) weitete der Schwarze September bereits 1972/73 sein Aktionsfeld aus: Zweimal entführten seine Mitglieder internationale Flüge, mehrmals sabotierten sie industrielle Einrichtungen in Westeuropa. Zahlreiche Operationen galten israelischen Zielen. Dazu zählten Mordanschläge gegen einzelne Repräsentanten, eine Geiselnahme in der israelischen Botschaft in Bangkok (1972) und der Einsatz von Briefbomben.<sup>12</sup>

Die Operationen des Schwarzen September zeichneten sich durch strenge Geheimhaltung aus: Angeworbene halfen bei Planung, Ausbildung und Logistik, aber aus Sicherheitsgründen wurde jedem Mitglied nur so viel offenbart, wie zur Durchführung seiner Aufgabe unbedingt nötig war. Der Schwarze September verfügte über keine Büros, keine Adressen und keine offiziellen

Sprecher. Diese Geheimhaltung verlieh der Organisation eine geheimnisvolle Aura, die das Propagandapotenzial noch steigerte.<sup>13</sup>

Mittlerweile kann kein Zweifel mehr daran bestehen, dass der Schwarze September keine eigenständige Gruppe war. Eine Einschätzung des US-Auslandsgeheimdiensts CIA kam im Oktober 1972 zum Schluss, dass es sich um eine Tarnorganisation handle, die es der Fatah ermögliche, die Verantwortung für Terrorakte abzustreiten.<sup>14</sup> Geheimdienste in Ostblock-Staaten kamen zu ähnlichen Ergebnissen. So wurde in einer undatierten Analyse des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (MfS) festgehalten, dass es „keine“ Organisation Schwarzer September gebe: Die Operationen dieser „fiktiven Organisation“ würden von einem „Sonder-Operationsapparat“ des Jihaz al-Rasd „langfristig geplant und durchgeführt“. Aktionen würden „auf höchster Ebene der Fatah beschlossen und von den leitenden Funktionären der Rasd selbst angeleitet“.<sup>15</sup>

Eine der wichtigsten Nachschublinien des Schwarzen September verlief über Staaten im Nahen und Mittleren Osten. Aber auch Libyen dürfte dabei eine Schlüsselrolle gespielt haben. Staatschef Muammar al-Gaddafi unterstützte den Olympiaanschlag „moralisch, materiell und finanziell“.<sup>16</sup> Unter anderem wurden die acht Geiselnahmer in libyschen Camps ausgebildet. Hilfe bekam der Schwarze September auch von dem Schweizer Bankier und Alt-Nazi François Genoud, der seit 1969 zu den Geldgebern des internationalen Terrorismus gehörte.<sup>17</sup> Die Ostblockstaaten und China unterstützten die Fatah mit Waffenlieferungen, was dem Schwarzen September indirekt zugutekam. Später tolerierte

**01** Vgl. Sven Felix Kellerhoff, Anschlag auf Olympia. Was 1972 in München wirklich geschah, Darmstadt 2022; Wolfgang Kraushaar, „Wann endlich beginnt bei euch der Kampf gegen die heilige Kuh Israel?“ München 1970: Über die antisemitischen Wurzeln des deutschen Terrorismus, Reinbek 2013; David Clay Large, Munich 1972. Tragedy, Terror, and Triumph, Lanham 2012; Matthias Dahlke, Demokratischer Staat und transnationaler Terrorismus. Drei Wege zur Unnachgiebigkeit in Westeuropa 1972–1975, München 2011.

**02** Ulrich Schneckener, Transnationaler Terrorismus, Frankfurt/M. 2006, S. 42–45, hier S. 42.

**03** Bruce Hoffman zit. nach Günther Latsch, Eldorado der Linksguerilla, in: Spiegel Spezial 2/2004, S. 86–89, hier S. 86f.

**04** Vgl. Bruce Hoffman, Terrorismus. Der unerklärte Krieg.

Neue Gefahren politischer Gewalt, Frankfurt/M. 1998, S. 85ff.

**05** Vgl. Latsch (Anm. 3), S. 88.

**06** Hoffman (Anm. 4) spricht daher von einer „Tutorenrolle der Palästinenser“, S. 108f.

**07** Vgl. Peter-Jürgen Boock, Nottfalls erschießen, in: Der Spiegel, 14. 9. 2001, S. 144f.

**08** Vgl. Latsch (Anm. 3), S. 86–89.

**09** Vgl. Aaron J. Klein, Die Rächer. Wie der israelische Geheimdienst die Olympia-Mörder von München jagte, München 2006, S. 257f.

**10** Vgl. Abu Iyad/Eric Rouleau, My Home, My Land: A Narrative of the Palestinian Struggle, New York 1981, S. 98.

**11** Vgl. Alan Hart, Arafat. Terrorist or Peacemaker, London 1987, S. 337f.

**12** Vgl. Christopher Dobson, Black September. Its Short, Violent History, New York 1974, S. 90–97.

**13** Vgl. Klein (Anm. 9), S. 42.

**14** Vgl. CIA, Memorandum: The Fedayeen-Politics of Spoiling, 26. 10. 1972, [www.cia.gov/readingroom/docs/CIA-RDP79R00967A000500030016-0.pdf](http://www.cia.gov/readingroom/docs/CIA-RDP79R00967A000500030016-0.pdf).

**15** Zu beachtende interne und offizielle Hinweise über die PLO, in: Bundesarchiv Stasi-Unterlagen-Archiv, MfS – HA II, Nr. 29540.

**16** Tim Szatkowski, Gaddafis Libyen und die Bundesrepublik Deutschland 1969 bis 1982, München 2013, S. 37.

**17** Vgl. Kevin Coogan, The Dreamer of the Day. Francis Parker Yockey and the Postwar Fascist International, New York 1999, S. 587.



Das Wrack eines Bundesgrenzschutz-Hubschraubers am Morgen des 6. 9. 1972 auf dem Bundeswehr-Fliegerhorst Fürstenfeldbruck.

© picture alliance/Heinz-Jürgen Göttert

etwa die DDR den Aufenthalt von Organisatoren und Komplizen der Geiselnahme auf ihrem Territorium.<sup>18</sup>

## ANSCHLAG

Die Idee, eine Operation während der Olympischen Spiele zu unternehmen, war angeblich erstmals Anfang Juli 1972 aufgekommen – im Rahmen einer Diskussion zwischen Abu Iyad, seinem Operationschef Abu Daoud und dessen rechter Hand Fakhri al-Umari in einem Café in Rom. Als man gemeinsam die offizielle Ablehnung einer palästinensischen Delegation durch das Internationale Olympische Komitee besprach, soll al-Umari spontan die Idee eingebracht haben, auf andere Art und Weise teilzunehmen, nämlich durch das Kidnapping israelischer Sportler.<sup>19</sup> Man versprach sich davon einen außergewöhnlichen Propagan-

daerfolg und wollte im Austausch für die Geiseln 328 Gefangene aus israelischer Haft freipressen.<sup>20</sup>

Zur praktischen Umsetzung stellte Abu Daoud ein Team zusammen, das teils aus erfahrenen Kämpfern, teils aus Amateuren bestand. Er selbst kundschaftete das Ziel im Olympischen Dorf Mitte Juli 1972 aus und sorgte für das Einschmuggeln der Waffen.<sup>21</sup> Erst am Vorabend des Anschlags wurde das achtköpfige Terrorkommando in den Plan eingeweiht. In den Morgenstunden des 5. September 1972 schickte Abu Daoud die Männer ins Olympische Dorf, genauer gesagt zum dortigen Tor A25, von wo es nicht weit war zur Connollystraße 31, dem Quartier der israelischen Delegation. Als einziges Hindernis musste vorher ein Zaun überwunden werden.<sup>22</sup> Ein Grund für

<sup>18</sup> Vgl. Matthias Bengtson-Krallert, *Die DDR und der internationale Terrorismus*, Marburg 2017, S. 169–174.

<sup>19</sup> Vgl. Simon Reeve, *One Day in September. The Story of the 1972 Munich Olympics Massacre*, London 2000, S. 32f.

<sup>20</sup> Vgl. Anna Greithanner et al., *Andreas Baader, Ulrike Meinhof und hunderte Palästinenser:innen? Das Olympia-Attentat 1972*, 15.7.2022, [www.zeitgeschichte-online.de/kommentar/andreas-baader-ulrike-meinhof-und-hunderte-palaestinenserinnen](http://www.zeitgeschichte-online.de/kommentar/andreas-baader-ulrike-meinhof-und-hunderte-palaestinenserinnen).

<sup>21</sup> Vgl. Klein (Anm. 9), S. 43.

<sup>22</sup> Vgl. Ronen Bergman, *Der Schattenkrieg. Israel und die geheimen Tötungskommandos des Mossad*, München 2018, S. 188f.



## NAHOSTPOLITIK

die schwachen Sicherheitsmaßnahmen war, dass die Verantwortlichen „heitere Spiele“ wollten, als Aushängeschild eines modernen und weltoffenen Deutschlands.<sup>23</sup> Allerdings war das Quartier am 9. August 1972 von einem israelischen Sicherheitsattaché besichtigt worden, und man war sich einig gewesen, dass keine konkrete Hinweise auf eine Gefährdung der Sportler vorlagen.<sup>24</sup>

Die Geiselnahme verlief von Anfang an nicht so kühl-kalkuliert wie beabsichtigt. Zwei der israelischen Sportler, Mosche Weinberg und Josef Romano, leisteten Widerstand und wurden getötet.<sup>25</sup> Es folgten stundenlange Verhandlungen – ergebnislos.<sup>26</sup> Die Terroristen erreichten einen Vorgesetzten in Tunis nicht, weil ihnen dieser offenbar keine Direktiven geben konnte oder wollte.<sup>27</sup> Obwohl sich eine israelische Spezialeinheit für einen Einsatz in München bereitmachte,<sup>28</sup> kam dieser nicht zustande. Warum das so passierte, ist bis heute nicht klar. Eine offizielle Anfrage aus Israel wurde im Auswärtigen Amt nicht verzeichnet, und auch das Bundeskabinett befasste sich laut Protokoll nicht damit.<sup>29</sup>

In den Abendstunden täuschte man den Terroristen vor, dass sie mit ihren Geiseln nach Kairo ausgeflogen würden. Am Fliegerhorst Fürstenfeldbruck unternahm die bayerische Polizei dann einen hastig improvisierten und schlecht koordinierten Befreiungsversuch. Weil keine speziell ausgebildeten Kräfte vorhanden und gepanzerte Fahrzeuge im Stau stecken geblieben waren, scheiterte das Unternehmen katastrophal.<sup>30</sup> Alle neun verbliebenen Geiseln – David Mark Berger, Ze'ev Friedman, Yossef Gutfreund, Eliezer Halfin, André Spitzer, Amitzur Schapira, Kehat Shorr, Mark Slavin und Yakov Springer – fanden den Tod. Der Polizeibeamte Anton Fliegerbauer wurde ebenso erschossen wie fünf Mitglieder des Terrorkommandos. Drei Geiselnahmer wurden an Ort und Stelle festgenommen. Der Schwarze September presste sie mit der Entführung einer Lufthansa-Maschine am 29. Oktober 1972 frei.<sup>31</sup>

Nach dem Münchner Attentat setzte der Schwarze September ein weiteres Fanal. Am 1. März 1973 wurde die saudi-arabische Botschaft in der sudanesischen Hauptstadt Khartum besetzt und die US-amerikanischen Diplomaten Cleo A. Noel und George C. Moore sowie der belgische Attaché Guy Eid erschossen.<sup>32</sup> Den Grund für die Ermordung der Diplomaten verriet der hochrangige Fatah-Führer Ali Hassan Salameh Anfang Juli 1973 seinem Kontaktmann bei der CIA, Robert C. Ames: Man wollte die USA dazu bringen, die Palästinenser ernstzunehmen.<sup>33</sup> Der gewünschte Dialog kam zustande. CIA-Vizedirektor Vernon Walters traf am 3. November 1973 in Marokko mit einem hohen PLO-Funktionär zusammen und erhielt die Zusage, dass US-Bürger künftig verschont würden.<sup>34</sup> Ähnliche diskrete Vereinbarungen trafen auch andere Staaten: Die Schweiz soll sich bereits 1970 mit der PLO verständigt haben. Italien einigte sich Anfang der 1970er Jahre sowohl mit der PFLP als auch mit der Fatah. Die beiden Organisationen hatten freie Hand, solange sie keine Anschläge in Italien begingen.<sup>35</sup> Frankreich verfolgte bis in die 1980er Jahre ebenfalls eine solche „Schutzhafendoktrin“. <sup>36</sup> Auch die BRD vermied es nach 1972, „auf Konfrontationskurs mit den Palästinensern zu gehen und dadurch eine weitere Involvierung der Bundesrepublik in die Auseinandersetzungen zu provozieren“.<sup>37</sup>

Damit hatte der Schwarze September aus Sicht der Fatah-Führung seine Existenzberechtigung verloren. Bei einem Treffen in Damaskus (1974) wurde entschieden, dass nun eine Phase der internationalen Diplomatie beginnen würde.<sup>38</sup> Hö-

**23** Vgl. Felix Bohr et al., Die angekündigte Katastrophe, in: Der Spiegel, 23.7.2012, S. 34–44.

**24** Vgl. Kellerhoff (Anm. 1), S. 32.

**25** Vgl. Kraushaar (Anm. 1), S. 499.

**26** Vgl. Dahlke (Anm. 1), S. 66.

**27** Vgl. Kellerhoff (Anm. 1), S. 63.

**28** Vgl. Ulrich Wegener, GSG 9. Stärker als der Terror, Berlin 2017, S. 37.

**29** Vgl. Kellerhoff (Anm. 1), S. 87.

**30** Vgl. Dahlke (Anm. 1), S. 68 ff.

**31** Vgl. Bergman (Anm. 22), S. 193.

**32** Vgl. Klein (Anm. 9), S. 147.

**33** Vgl. CIA, Memorandum for: The Ambassador, Contacts with the Fatah Leadership, 18.7.1973, [www.foia.cia.gov/sites/default/files/document\\_conversions/45/73\\_1499655.pdf](http://www.foia.cia.gov/sites/default/files/document_conversions/45/73_1499655.pdf).

**34** Vgl. Kai Bird, The Good Spy. The Life and Death of Robert Ames, New York 2014, S. 150 f.

**35** Vgl. Tobias Hof, The Lodo Moro. Italy and the Palestinian Liberation Organization, in: Adrian Hänni/Thomas Riegler/Przemyslaw Gasztold (Hrsg.), Terrorism, Bd. II: State Support in the West, Middle East and Latin America, London 2020, S. 153–173.

**36** Vgl. Markus Lammert, Der neue Terrorismus. Terrorismusbekämpfung in den 1980er Jahren, Göttingen 2017.

**37** Eva Oberloskamp, Das Olympia-Attentat 1972. Politische Lernprozesse im Umgang mit dem transnationalen Terrorismus, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 3/2012, S. 321–352, hier S. 335.

**38** Vgl. Paul Thomas Chamberlin, The Global Offensive: The United States, the Palestine Liberation Organization, and the Making of the Post-Cold War Order, Oxford 2012, S. 192.



Vermummter Terrorist des „Schwarzen September“ auf dem Balkon der Unterkunft des israelischen Olympiateams am 5. September 1972.

© picture-alliance/dpa | dpa

hepunkt dieser Entwicklung war Arafats Auftritt vor der UN-Generalversammlung am 13. November 1974. Das war Anstoß für zahlreiche westliche Länder, ihre Nahostpolitik zu ändern und eine „Normalisierung“ der PLO zu unterstützen.<sup>39</sup> Dieser Prozess geriet aber Anfang der 1980er wieder ins Stocken – einerseits wegen der ablehnenden Haltung Israels und der USA, andererseits weil die PLO-Überfälle aus dem Libanon auf Nordisrael 1982 zur Vertreibung der Organisation von Beirut nach Tunis führten.<sup>40</sup>

Außerdem ging der Terrorismus weiter: Gegen Arafats Strategiewechsel hatte sich noch 1974 eine „Ablehnungsfront“ von PLO-Teilorganisationen gebildet.<sup>41</sup> Die Führung übernahm Wadi Haddad,

<sup>39</sup> Vgl. Wolfgang Benedek, Die Anerkennung der PLO durch Österreich, in: Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht Jg. 40/1980, S. 841–857, hier S. 849f.

<sup>40</sup> Vgl. Mattia Toaldo, Origins of the US War on Terror, London 2013.

<sup>41</sup> Vgl. Helena Cobban, The Palestinian Liberation Organisation. People, Power and Politics, Cambridge 1984, S. 150ff.

dessen „Special Group“ eine Reihe von Operationen unternahm, die zum Synonym für internationalen Terror wurden: Die OPEC-Geiselnahme (1975) und die Flugzeugentführungen nach Entebbe (1976) sowie Mogadischu (1977). Ein Jahr nach dem Tod Haddads (1978) zerbrach die Ablehnungsfront. An ihre Stelle trat in den 1980er Jahren ein Sammelsurium von Gruppen, die von Irak, Libyen und Syrien unterstützt wurden.<sup>42</sup> Anfang der 1990er Jahre sollte dann der Aufstieg der Hamas die bis dahin ausgeprägte Dominanz der säkularen Organisationen brechen.

## MEDIENEREIGNIS

Das Verhältnis zwischen Terrorismus und Medien wird vielfach als symbiotisch beschrieben. Einer der Doyens der Forschung, Brian Jenkins, hatte

<sup>42</sup> Vgl. Patrick Seale, Abu Nidal. Der Händler des Todes. Die Wahrheit über den palästinensischen Terror, München 1992, S. 121–124.

1975 in seiner Studie „Will Terrorists Go Nuclear?“ festgehalten, dass terroristische Gewalt keineswegs sinnlos sei, sondern dem Zweck diene, maximale Publizität zu erreichen.<sup>43</sup> So ist es auch kein Zufall, dass international operierende Gruppen in etwa zur selben Zeit aufkamen, als 1968 in den USA der erste Fernsehsatellit in Betrieb genommen wurde. 1972, anlässlich der Münchner Olympiade, war es erstmals möglich, „live“ zu übertragen.<sup>44</sup> Mindestens 4000 Zeitungs-, Magazin- und Radiojournalisten waren versammelt, dazu kamen weitere 2000 TV-Moderatoren und Crews. Ihre Berichterstattung richtete sich an ein Publikum von rund 900 Millionen Menschen in bis zu 100 verschiedenen Ländern.<sup>45</sup> Allein im US-Fernsehen wurde 1017 Minuten direkt aus München übertragen, weshalb der Psychologe Friedrich Hacker zum Schluss kam: „Am 5. September 1972 stellte der Terrorismus einen neuen Weltrekord auf: noch niemals zuvor war es so wenigen gelungen, so viele durch Schreckenserregung und Furchteinflößung in ihren Bann zu schlagen.“<sup>46</sup>

Mit der Geiselnahme im Olympischen Dorf hatte der Schwarze September dieses gewaltige öffentliche Forum besetzt und verwandelte es in einen gigantischen Transmissionsapparat für seine politischen Ziele.<sup>47</sup> Die TV-Zuschauer konnten alle Entwicklungen rund um das besetzte Mannschaftsquartier live verfolgen. Die Geiselnahmer gaben sich große Mühe, für entsprechende Dramatik zu sorgen. So erschien im Verlauf des spannungsgeladenen Tages immer wieder ein verummter Bewaffneter auf dem Balkon des Quartiers, um Ausschau zu halten. Dieser Vorgang wiederholte sich so oft, „dass es in der Erinnerung einer ganzen Generation den palästinensischen Terrorismus in seiner blutigsten Form repräsentierte“.<sup>48</sup>

## SCHATTENKRIEG

Bereits 48 Stunden nach den Ereignissen in München bombardierte die israelische Luftwaffe elf Palästinenserlager in Syrien und dem Libanon, wobei

es 200 Opfer gab. Die öffentliche Empörung verlangte noch weitergehende Maßnahmen, weshalb sich die israelische Regierung zu einem neuen Ansatz der Terrorismusbekämpfung entschied.<sup>49</sup> Man richtete einen Ausschuss unter dem Namen „Komitee X“ ein, der die Entscheidung traf, jeden Terroristen zu ermorden, der direkt oder indirekt an der Planung, Unterstützung oder Ausführung der Tat bei den Olympischen Spielen beteiligt gewesen war. Der israelische Auslandsgeheimdienst Mossad konzentrierte sich dabei vor allem auf weiche Ziele – Aktivisten der PLO und Fatah, die ohne Bodyguards oder Schutzmaßnahmen in westeuropäischen Ländern lebten. Innerhalb von 10 Monaten ermordeten Mossad-Kommandos zwölf Palästinenser. Sie wurden in Paris, Rom, Beirut und Nikosia erschossen oder durch ferngesteuerte Bomben getötet, die über Telefon und Radio gezündet wurden.<sup>50</sup>

Laut dem Journalisten Aaron Klein hatte aber nur eine der Zielpersonen in direkter Weise etwas mit dem Anschlag in München zu tun: Atef Bseiso, ein wichtiger Geheimdienstmann der PLO, wurde erst 1992 in Paris auf offener Straße erschossen.<sup>51</sup> Für viele andere Entscheidungen auf Leben oder Tod war die operative Machbarkeit der wichtigste Faktor.<sup>52</sup> Dafür wurden einige zentrale Verantwortliche für den Olympiaanschlag nicht angetastet: Abu Iyad wurde 1991 von einem seiner Leibwächter erschossen. Dieser war ein Anhänger der mit der PLO verfeindeten Abu-Nidal-Organisation gewesen.<sup>53</sup> Abu Daoud verstarb 2010 73-jährig in Damaskus. Anders als oft behauptet, holte der lange Arm des Mossad auch die drei überlebenden Attentäter von München nicht ein.<sup>54</sup>

## „DEUTSCHE LOGISHILFE“?

Die Achse zwischen westdeutschen Linksextremisten und den Palästinensern war ein wesentliches Element des internationalen Terrorismus der 1970er und 1980er Jahre. Was damals von Gruppen wie der RAF oder den RZ als „antiimperialistische Solidarität“ bezeichnet wurde, wird von der neue-

**43** Vgl. Brian Jenkins, Will Terrorists Go Nuclear?, November 1975, [www.rand.org/pubs/papers/2006/P5541.pdf](http://www.rand.org/pubs/papers/2006/P5541.pdf).

**44** Vgl. Hoffman (Anm. 4), S. 172–181.

**45** Vgl. Reeve (Anm. 19), S. 12.

**46** Friedrich Hacker, Terror: Mythos, Realität, Analyse, Wien 1973, S. 30f.

**47** Vgl. Reeve (Anm. 19), S. 113.

**48** Andrew Gowers/Tony Walker, Arafat. Hinter dem Mythos, München 1994, S. 135.

**49** Vgl. Wilhelm Dietl, Die Agentin des Mossad. Operation Roter Prinz, Düsseldorf 1993, S. 6 ff.

**50** Vgl. Dan Raviv/Yossi Melman, Die Geschichte des Mossad. Aufstieg und Fall des israelischen Geheimdienstes, München 1992, S. 214f.

**51** Vgl. Klein (Anm. 9), S. 21 f.

**52** Vgl. ebd., S. 160.

**53** Vgl. Reeve (Anm. 19), S. 177.

**54** Vgl. Klein (Anm. 9), S. 249f.

ren Forschung als „antiisraelisch bzw. antijüdisch und insofern antisemitisch“ bewertet.<sup>55</sup> Dafür, dass Linksterroristen schon 1972 beim Olympiaanschlag Hilfe leisteten, gibt es aber nur Indizien. In einem Interview von 1978 behauptete der RZ-Aussteiger Hans-Joachim Klein, dass RZ-Chef Wilfried Böse in München „seine Finger drinnen“ hatte: „Er war es, der die Typen in München empfangen hat.“<sup>56</sup> Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ kam 2012 zum gegenteiligen Schluss. Die Palästinenser hätten gar keine „deutsche Logishilfe“ benötigt. Zitiert wurde aus einer Zusammenfassung des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV) von Anfang 1973. Demnach lagen damals „keine Erkenntnisse“ vor, dass deutsche Linksextremisten die Attentäter unterstützt hätten.<sup>57</sup>

Aber war es wirklich so? Der Politikwissenschaftler Wolfgang Kraushaar hat Überlegungen der linksextremen Szene zur „Sprengung“ der Olympischen Spiele nachgezeichnet. In Planungspapieren wurden Möglichkeiten zu bewaffneten Überfällen bei der Eröffnungsfeier und anderes mehr durchgespielt. Lediglich von einem Terroranschlag auf die israelische Mannschaft war nicht die Rede.<sup>58</sup> Laut Bommi Baumann, der damals zur Gruppe „Tupamaros West-Berlin“ gehörte, gab es auch logistische Hilfe. Die Waffen für das Olympiaattentat seien in Schließfächern auf dem Ostberliner Teil des S-Bahnhofs Berlin-Friedrichstraße „zwischenlagert“ gewesen seien: „Von dort wurden sie von Leuten aus Westberlin abgeholt und gelangten so nach München.“<sup>59</sup>

## RECHTSEXTREME HELFER

Vielmehr brachte der Kampf gegen den „Zionismus“ die eigentlich linksgerichteten Palästinenser

<sup>55</sup> Kraushaar (Anm. 1), S. 17.

<sup>56</sup> Hans-Joachim Klein, *Rückkehr in die Menschlichkeit*. Appell eines ausgestiegenen Terroristen, Reinbek 1979, S. 293.

<sup>57</sup> Felix Bohr et al., *Braune Hilfe*, in: *Der Spiegel*, 17.6.2012, S. 32–35.

<sup>58</sup> Vgl. Kraushaar (Anm. 1), S. 682.

<sup>59</sup> Wolfgang Gast, „Im Nachhinein ist jeder schlauer“, 12.5.2013, [www.taz.de/Antisemitismus-in-der-70er-Linken/15067549](http://www.taz.de/Antisemitismus-in-der-70er-Linken/15067549).

<sup>60</sup> Giovanni di Lorenzo, Stefan, 22, deutscher Rechtsterrorist: „Mein Traum ist der Traum von vielen“, Reinbek 1984, S. 61.

<sup>61</sup> Vgl. Bohr et al. (Anm. 57).

<sup>62</sup> Vgl. E. W. Pless, *Geblendet*. Aus den authentischen Papieren eines Terroristen, Zürich 1977, S. 56–67.

<sup>63</sup> Vgl. ebd., S. 86–100.

<sup>64</sup> Vgl. Alexander Wolff, *When the Terror Began*, 2.9.2002, <http://content.time.com/time/world/article/0,8599,2051168,00.html>.

mit Rechtsextremisten zusammen. Noch in den 1980er Jahren erzählte ein junger Neonazi einem Journalisten, dass seine Bewegung mit den Palästinensern „etwas gemeinsam“ habe: „Die waren auch gegen Juden.“<sup>60</sup> Konkret auf den Olympiaanschlag bezogen, meldete „Der Spiegel“ 2012, dass zwei Neonazis wichtige Unterstützung geleistet hätten: Willi Pohl und Wolfgang Abramowski hätten den Operationsleiter des Schwarzen September, Abu Daoud, quer durch die BRD chauffiert, Waffen transportiert und Pässe gefälscht.<sup>61</sup> Pohl (heute Willi Voss) hatte über diese Kooperation bereits 1977 in seinen Memoiren „Geblendet“ berichtet. Demnach sollte er zeitgleich zur Geiselnahme in Wien eine „Informationskonferenz“ organisieren. In Wien lief dann aber „eigentlich alles“ schief, weshalb er nach zwölf Tagen nach Beirut floh.<sup>62</sup> Später plante Pohl im Auftrag von Abu Iyad terroristische Aktionen in Westdeutschland, die zur Freipressung der überlebenden Attentäter von München dienen sollten: Dazu zählten Geiselnahmen im Kölner Dom und in Rathäusern deutscher Großstädte. Doch Ende Oktober 1972 wurden Pohl und sein Komplize mit Maschinenpistolen, Handgranaten und anderem Kriegsgerät in München festgenommen.<sup>63</sup>

## FAZIT

Im Rückblick hat der Olympiaanschlag exemplarisch vorgezeigt, wie man durch einen Angriff auf ein symbolträchtiges Ziel geballte mediale Aufmerksamkeit auf sich konzentrieren kann. In diesem Sinne war die Geiselnahme 1972 der Punkt, an dem sich der moderne Terrorismus durchsetzte.<sup>64</sup> Auch wenn der Schwarze September als Organisation nur kurz Bestand hatte, prägte sein *Modus Operandi* die weitere Entwicklung politisch motivierter Gewalt wesentlich mit. Die letztlich verantwortliche Fatah hat es mittels dieser Kombination aus Geheimdiplomatie und Terrorismus geschafft, politische Erfolge zu erzielen, wenngleich diese begrenzt blieben. Außerdem forderte die israelische Gegenreaktion unter Fatah-Kadern schwere Verluste.

## THOMAS RIEGLER

ist Historiker und Affiliated Researcher am Austrian Center for Intelligence and Propaganda Studies (ACIPSS).

[rieglerthomas@hotmail.com](mailto:rieglerthomas@hotmail.com)



## Jetzt online

### München 1972: Olympische Spiele in Deutschland Eine Bibliografie mit einführenden Beiträgen

Unser kostenfreier Service für Sie auf [www.bisp.de](http://www.bisp.de)

- Täglicher Newsletter zu Themen des Sports in Politik und Gesellschaft
- Datenbank SURF mit über 300.000 Einträgen zur Recherche von Literatur, Forschungsprojekten und Internetquellen mit (Spitzen-)Sportbezug
- Weitere Publikationen zu Themen des Sports
- Innovationsplattform, Themenportale, Aktuelles aus der Forschungsförderung u. v. m.



# „DIE EREIGNISSE DES 5. SEPTEMBERS“

## Die DDR und der Anschlag von München 1972

*Juliane Lanz*

Dass Sport unpolitisch sein soll, ist ein wichtiges Ideal,<sup>01</sup> dem sich die großen Sportverbände und das Internationale Olympische Komitee (IOC) verschrieben haben. So beruft sich das fünfte Olympische Prinzip auf politische Neutralität: „Sports organisations within the Olympic Movement shall apply political neutrality“,<sup>02</sup> heißt es in der aktuellen Olympischen Charta. Diese Rahmenbedingung galt auch schon vor 50 Jahren.<sup>03</sup> Dennoch waren die Olympischen Spiele 1972 in München auf unterschiedlichen Ebenen Gegenstand politischer Instrumentalisierung. Seit dem Zweiten Weltkrieg lässt sich beobachten, dass viele Akteure die internationale Sportbühne politisch nutzen – so auch die beiden deutschen Staaten bei ihren Auftritten bei den Olympischen Spielen. Das galt in München 1972 einmal mehr. Durch das Attentat auf die israelische Mannschaft ergaben sich neue sportpolitische Herausforderungen sowohl für die Ausrichter als auch für die Gäste. Im Folgenden werden die innerdeutschen Sportbeziehungen im Vorfeld und während der Münchner Spiele sowie der Umgang der DDR mit dem Attentat beleuchtet.

### DEUTSCHER SPORT NACH 1945

Nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelten sich aus den Besatzungszonen zwei sehr ungleiche deutsche Staaten: die DDR als sozialistischer Staat mit sowjetischer Prägung mit etwa 17 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern im Osten und die Bundesrepublik als demokratischer Staat mit mehr als 60 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern im Westen. Letztere hatte den Anspruch, nicht nur einen Teil Deutschlands, sondern die Menschen in beiden Staaten zu vertreten. Dieser „Alleinvertretungsanspruch“ hatte große Bedeutung für die innerdeutschen Sportbeziehungen.

Sehr verschieden und durch die Besatzungsmächte beeinflusst war auch die Sportentwicklung. In der unmittelbaren Nachkriegszeit ging es

den Alliierten darum, die deutsche Bevölkerung umzuerziehen und die Spuren des Nationalsozialismus zu tilgen. So wurde der Schulsport umgestaltet und Elemente verboten, die einer vormilitärischen Erziehung hätten dienen können. Der Fokus lag auf einer Körperertüchtigung im Dienste der Gesundheit, wobei die Gymnastik einen wichtigen Stellenwert einnahm.<sup>04</sup> Im Bereich des Vereinssports erfolgten Neuzulassungen sehr begrenzt, und auch der Wettkampfsport wurde viele Jahre nicht betrieben.

Mit der Staatsgründung 1949 wollten die Sportfunktionäre der Bundesrepublik den Wettkampfsport wiederbeleben. Es wurde ein Nationales Olympisches Komitee (NOK) gegründet, das durch das IOC anerkannt wurde. Die Verantwortlichen der DDR gründeten ihr NOK zwei Jahre später. Zuvor lehnten sie, der Sowjetunion folgend, die Olympischen Spiele als zu bürgerlich ab. Doch in Moskau erfolgte eine Neubewertung: Internationale Sportwettkämpfe sollten fortan als Bühne dienen, um der Welt die Überlegenheit und Leistungsfähigkeit von Sozialismus und Kommunismus zu demonstrieren. Der Antrag der DDR auf Anerkennung ihres NOK sorgte beim IOC für Irritation.<sup>05</sup> Aus seiner Sicht war das in der Bundesrepublik gegründete NOK für Gesamtdeutschland anerkannt worden. In aller Eile wurde mit Blick auf die Olympischen Spiele in Helsinki 1952 der Versuch unternommen, eine gemeinsame Mannschaft unter bundesdeutscher Führung zu etablieren, doch die entsprechende sogenannte Lausanner Vereinbarung wurde auf Druck der Regierung der DDR rasch wieder gekündigt. Somit war in Helsinki nur eine westdeutsche Mannschaft am Start.

Der Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik befeuerte die Bemühungen der DDR um sportliche Sichtbarkeit. Im Zuge ihrer Remilitarisierung ab 1955 wurden Sport und Schulsport zunehmend leistungsorientiert gestaltet und dabei Aspekte einer vormilitärischen Erziehung und Wehrhaftmachung der Bevölkerung eingebunden.



Erste sportliche Erfolge und die Anerkennung der DDR durch einige internationale Sportverbände führten zu einer internationalen Wahrnehmung des kleineren deutschen Staates. Die guten Platzierungen von Sportlerinnen und Sportlern aus der DDR hatten noch eine zweite Dimension, denn auch in Richtung der eigenen Bevölkerung galt es, für den sozialistischen Staat zu werben: Viele Menschen in der DDR konnten sich nicht mit ihrem neuen Heimatland identifizieren und sahen in der Bundesrepublik den für sie attraktiveren deutschen Staat. Tausende wechselten deswegen jährlich auf die andere Seite der innerdeutschen Grenze. Die Führung der DDR hoffte, dass sportliche Erfolge und positive Bilder von erfolgreichen Athletinnen und Athleten helfen würden, das Nationalbewusstsein und die Heimatliebe der Bevölkerung in der DDR zu stärken.<sup>06</sup>

### ZWEI STAATEN, EINE MANNSCHAFT 1956–1968

Nachdem bei den Olympischen Spielen 1952 nur die Bundesrepublik Deutschland repräsentiert hatte, war die Führung der DDR fest entschlossen, 1956 in Cortina d'Ampezzo (Winter) und Melbourne (Sommer) ebenfalls anzutreten. Nach dem Bruch der Lausanner Vereinbarung war die Beziehung der DDR zum IOC und seinem Präsidenten Avery Brundage jedoch gestört. Der kurzerhand ernannte neue Präsident des NOKs der DDR, Heinz Schöbel, vermochte den Kontakt wieder aufzunehmen. Er reichte erneut einen Aufnahmeantrag ein, der im Mai 1955 bei der IOC-Sitzung in Paris positiv beschieden wurde – wenn auch nur provisorisch und mit der Auflage, eine gemeinsame deutsche Mannschaft zu bilden. Diese hatte im Januar 1956 in Cortina d'Ampezzo noch recht ge-

räuscharm Premiere. Nur wenige Sportlerinnen und Sportler der DDR waren dabei, und niemand von ihnen gewann eine Goldmedaille, sodass das Abspielen der DDR-Hymne nicht zum Problem wurde. Im Vorfeld der im November beginnenden Sommerspiele in Melbourne einigte man sich darauf, im Falle eines deutschen Sieges Beethovens Neunte Sinfonie abspielen zu lassen. 159 deutsche Sportlerinnen und Sportler, davon 36 aus der DDR, reisten als gemeinsame Mannschaft nach Australien. Der IOC-Präsident wertete dies als Sieg des Sports über die Politik. Dabei sah er darüber hinweg, dass die Spielsportarten keine echten gemeinsamen Mannschaften entsandten und kaum deutsch-deutsche Sportkontakte bestanden.

Im Vorfeld der Olympischen Spiele 1960 in Squaw Valley (Winter) und Rom (Sommer) galt es in den innerdeutschen Verhandlungen eine weitere Hürde zu überwinden: 1957 hatte die DDR entschieden, sich eine eigene Flagge zu geben, die in der Bundesrepublik als „Spalterflagge“ verboten war. Es bedurfte jetzt also auch hier eines Kompromisses: So wurde für die Flagge der gemeinsamen Olympiamannschaft die Olympischen Ringe in weiß auf schwarz-rot-goldenem Hintergrund abgebildet. Das Auswärtige Amt der Bundesrepublik versicherte sich noch bei seinem Botschafter in Rom, dass Fahnen mit dem Staatswappen der DDR sofort „polizeilich beschlagnahmt“ würden.<sup>07</sup> Die Verhandlungen im Vorfeld der Spiele waren langwierig und zäh. Auf Ebene der Sportverbände sollten die besten Deutschen bei innerdeutschen Ausscheidungswettkämpfen ermittelt werden. Begründet in der unterschiedlichen Zielsetzung der beiden deutschen Staaten war die Atmosphäre teilweise weniger von Sportsgeist als von politischen Beweggründen geprägt. Dies war jedoch sehr unterschiedlich und hing stets von den handelnden Akteuren ab. Dennoch interpretierten beide Seiten, zumindest auf Ebene der NOKs, Fehler oder organisatorische Schwierigkeiten als Absicht. So war es Kommunisten 1960 eigentlich nicht gestattet, in die USA einzureisen. Für Sportlerinnen und Sportlern erwirkte das IOC Ausnahmegenehmigungen, nicht jedoch für die Presse der DDR,<sup>08</sup> die somit

**01** Vgl. dazu u. a. Sven Güldenpfennig, *Olympische Spiele und Politik*, in: APuZ 29–30/2008, S. 6–12.

**02** International Olympic Committee, *Olympic Charta*, Lausanne 2021, S. 8.

**03** Vgl. *dass.*, *Olympic Rules and Regulations*, Lausanne 1971.

**04** Vgl. Rolf Geßmann, *Richtlinien und Lehrpläne für den Schulsport in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR. Eine kommentierte Dokumentation 1945–2007*, Köln 2008.

**05** Die deutsch-deutsche Olympiageschichte beleuchten im Detail Uta A. Balbier, *Kalter Krieg auf der Aschenbahn. Der deutsch-deutsche Sport 1950–1972. Eine politische Geschichte*, Paderborn 2007; Juliane Lanz, *Zwischen Politik, Protokoll und Pragmatismus. Die deutsche Olympiageschichte von 1952 bis 1972*, Rostock 2008.

**06** Vgl. *ebd.*, S. 350.

**07** *Olympische Spiele in Rom, Besprechung mit dem Botschafter und den italienischen Behörden*, 6. 7. 1960, Politisches Archiv des Auswärtigen Amts (PAAA), B94/1068.

**08** Telegramme des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes an Avery Brundage, 29. 1. 1960 und 3. 2. 1960, Avery Brundage Collection, Box 126, S. 54.

während der Winterspiele in Squaw Valley zu Hause bleiben musste. Dies ging ausschließlich auf die politischen Regeln in den USA zurück, wurde seitens der DDR-Sportführung jedoch als Affront der Bundesrepublik aufgefasst. Bei den Sommerspielen in Rom kamen von den knapp 300 deutschen Sportlerinnen und Sportlern ein Drittel aus der DDR, und auch ein Drittel der deutschen Medaillen ging auf ihr Konto. Das Publikum nahm eine gemeinsame deutsche Mannschaft wahr. Wenn auch in den Spilsportarten keine gemischten Teams antraten, so geschah dies doch im Bereich von Staffeln, beispielsweise im Schwimmen.

Am 13. August 1961 schottete die DDR die innerdeutsche Grenze ab. Zu viele Arbeitskräfte waren in die Bundesrepublik übergesiedelt, es galt, nach innen und außen ein Zeichen der Machtsicherung zu setzen. Somit wurde aus der bis dahin recht durchlässigen Grenze ein lebensbedrohliches Bollwerk. Der bundesdeutsche Sport reagierte drei Tage später mit den Düsseldorfer Beschlüssen: Das NOK und der Deutsche Sportbund (DSB) entschieden sich für den Abbruch aller innerdeutschen Sportbeziehungen. Die Bildung der gemeinsamen deutschen Mannschaften für die Olympischen Spiele 1964 war somit noch schwieriger als zuvor und wurde von Beginn an durch das IOC begleitet. Bereits 1962 erinnerte der Kanzler des IOC, Otto Mayer, an die Verpflichtung zur gemeinsamen deutschen Mannschaft,<sup>09</sup> die dann zögerlich ab 1963 zusammengestellt wurde. Gerade auf Ebene der NOKs war ein Eingreifen durch das IOC vonnöten, zumeist in Person des Präsidenten Avery Brundage persönlich. Die Vertreter der Bundesrepublik wollten weiterhin ihren Alleinvertretungsanspruch durchsetzen und betrachteten jeden internationalen Sportverband, der die DDR anerkannte, mit Sorge. Hinzu kam die Kritik an den ostdeutschen Staatsamateuren. Mit Pro-forma-Anstellungen im öffentlichen Bereich, beispielsweise beim Militär oder der Polizei, erhielten Aktive der DDR die Möglichkeit in Vollzeit, also professionell, zu trainieren. Dies verstieß gegen den damals geltenden Amateurparagraf der Olympischen Bestimmungen.<sup>10</sup> Die DDR stritt dies jedoch erfolgreich ab.

**09** Vgl. Otto Mayer, IOC an das NOK für Deutschland, 8. Mai 1962, NOK-Archiv, Ordner 1089.

**10** Dieser wurde erst 1980 bei der IOC-Session in Baden-Baden aufgehoben. Vgl. Christoph Vedder, Doping, Korruption und andere Verletzungen der Integrität Olympischer Spiele, in: Eike

Die Ausscheidungswettkämpfe fanden teils in den beiden deutschen Staaten, teils in neutralen Ländern statt. Den Aufenthalt in der Bundesrepublik nutzten einige Sportlerinnen und Sportler zur „Republikflucht“, also dem Ausscheiden aus der Mannschaft und dem Verbleib in der Bundesrepublik, was zu weiteren Spannungen führte. So konnten ehemalige DDR-Athletinnen und -Athleten nicht gefahrlos zu weiteren Wettkämpfen in die DDR zurückkehren, da ihnen dort schwere Strafen drohten. Immer wieder war in diesen Fällen der schlichtende Eingriff des IOC-Präsidenten notwendig, der im August 1964 allmählich der deutschen Frage überdrüssig wirkte und übermittelte: „Ich glaube bestimmt, daß dies das letzte Mal war, daß es notwendig wurde, mich um eine Entscheidung zu bitten.“<sup>11</sup> Bei den Sommerspielen in Tokio 1964 starteten letztlich mehr Sportlerinnen und Sportler aus der DDR als aus der Bundesrepublik. Dies ermöglichte es dem kleineren deutschen Staat, erstmals den prestigeträchtigen Posten des Chef de Mission selbst zu besetzen, wenn auch die Medaillenbilanz (16 von 41 deutschen Medaillen gingen auf das Konto der DDR) diesen Vorsprung nicht widerspiegelte. Die Athletinnen und Athleten waren noch stärker separiert als bei den Spielen zuvor, und vor allem die Ostdeutschen verstanden sich nur noch als Sportlerinnen und Sportler der DDR.

Nach diesen Spielen stellte das NOK der DDR 1965 bei der IOC-Sitzung in Madrid einen erneuten Antrag auf Anerkennung. Zuvor hatte die Bundesrepublik alle Botschaften des westlichen Auslands mit Vertretern im IOC kontaktiert und um Ablehnung gebeten. Doch dieses Verhalten wurde seitens des IOC negativ bewertet.<sup>12</sup> Dazu kam, dass inzwischen viele internationale Sportverbände die DDR anerkannt hatten und die internationalen Sportvertreter der „Querelles d’Allemand“<sup>13</sup> endgültig müde waren. Am 8. Oktober 1965 stimmten nach langer Diskussion 38 der 43 IOC-Mitglieder für die Anerkennung der

Emrich (Hrsg.), *Olympische Spiele – noch zeitgemäß? Werte, Ziele, Wirklichkeit in multidisziplinärer Betrachtung*, Saarbrücken 2013, S. 119–165, hier S. 120.

**11** Avery Brundage an W. Daume, 24. 8. 1964, NOK-Archiv, Ordner 982.

**12** Vgl. Auswärtiges Amt an die deutsche Botschaft in Bern, 12. 10. 1965, PAAA B94/1603.

**13** Übersetzung aus dem Französischen: Deutsche Querelen. Bezeichnung seitens des IOC für die Deutsche Frage.



Einmarsch des Olympiateams der DDR bei der Eröffnungsfeier im Münchner Olympiastadion am 26. 8. 1972.

© picture-alliance/dpa

DDR und ihres NOKs. Als Zugeständnis an das „NOK-West“ konnte man die Übergangsregel verstehen, dass beide deutsche Staaten bei den kommenden Spielen 1968 noch gemeinsam hinter der deutsch-deutschen Olympiaflagge einmarschieren sollten.<sup>14</sup> Ein weiteres Signal in Richtung Bundesrepublik versuchte Avery Brundage zu senden, als er NOK-Präsident Willi Daume vorschlug, sich mit einer deutschen Stadt um die Ausrichtung der Olympischen Spiele in Deutschland zu bewerben.

### ZWEI DEUTSCHE MANNSCHAFTEN IN MÜNCHEN 1972

Kurz nach dem Mauerbau reifte seitens der Vertreter des bundesdeutschen NOKs der Entschluss, ein Zeichen im Konflikt mit der DDR zu setzen. Eine erste Idee, die Olympischen Spiele 1968 in Gesamtberlin (Ost und West) aus-

zurichten, scheiterte an politischen und praktischen Hürden – und einer zu spät eingereichten Bewerbung. Der nächste Anlauf wurde professioneller angegangen. NOK-Chef Daume begeisterte den Münchner Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel, der die Bewerbung engagiert und pragmatisch voranbrachte. Die Regierung sagte eine Teilkostenübernahme zu, und in der Bevölkerung brach eine wahre Olympiaeuphorie aus. Die Organisation der „schönsten und wertvollsten“<sup>15</sup> Spiele sollte nicht nur als Gegenentwurf zu den jüngst als zu gigantisch kritisierten Olympischen Spielen präsentiert werden, sondern auch zu den Olympischen Spielen 1936, die als die „Nazi-Olympics“ und Vorboten des Zweiten Weltkriegs in die Geschichte eingegangen waren.

1966 stimmte das IOC in Rom München als Austragungsort zu, und das Organisationskomitee

<sup>14</sup> Vgl. Balbier (Anm. 5), S. 126.

<sup>15</sup> Willi Daume, NOK für Deutschland: Bewerbung um die Durchführung der Olympischen Sommerspiele 1972 in München, undatiert, Bundesarchiv, NY4182/1179.



Einen Tag nach dem Attentat gingen die Olympischen Spiele weiter. Beim 400-Meter-Lauf-Finale der Frauen gewannen im deutsch-deutschen Duell Monika Zehrt (DDR) Gold und Rita Wilden (Bundesrepublik) Silber.

© picture alliance/dpa | Karl Schnoerrer

um Daume und Vogel plante die „heiteren Spiele“. Sowohl die Sportstätten, allen voran das luftige Olympiastadion, umgeben vom Olympischen Park, als auch die Eröffnungsfeier, die Farbgebung, das Olympische Dorf und das Gesamtkonzept sollten ein modernes, freies und vor allem friedliches Deutschland präsentieren. Polizistinnen und Polizisten, die auf dem Olympiagelände als Ordnungsdienst eingesetzt waren und das Hausrecht ausübten, trugen keine Waffen und waren in Uniformen in freundlichem Hellblau gekleidet. Die Hauptstrategien bei Konflikten waren Deeskalation und Humor. Soldaten der Bundeswehr unterstützten nur am Rande als Fahrer und Helfer, jedoch ohne Verantwortung für die Sicherheit.<sup>16</sup>

Vor Herausforderungen wurde die Bundesrepublik durch den geplanten Start der DDR ge-

<sup>16</sup> Vgl. Kay Schiller/Christopher Young, *München 1972*, Göttingen 2012, S. 228f.

stellt, erstmals mit eigener Symbolik und sichtbar eigener Mannschaft. Das IOC hatte sich vor der Vergabe der Spiele an München des DDR-Startrechts versichert. Das Zeigen der DDR-Flagge war in der Bundesrepublik ab 1970 gestattet. Das Konzept für die Olympischen Spiele sah vor, nationale Aspekte weniger zu berücksichtigen und der DDR möglichst wenige Repräsentationsmöglichkeiten zu bieten. Diese hatte sich für ihre olympische Teilnahme in München zwei Ziele gesetzt: Der eigene Status sollte verbessert werden, während man das Ansehen der Bundesrepublik beschädigen wollte.<sup>17</sup> Letzteres geschah mit einer umfangreichen und Jahre andauernden Propaganda, die die Motivation der Bundesrepublik infrage stellte, umfangreiche Kritik an der bundesdeutschen Gesellschaft und Politik äußerte und viele Parallelen zu den Olympischen Spielen in Berlin 1936 zog.<sup>18</sup> Hierzu war eigens eine „AG 72“ gegründet worden, die national und international Einfluss ausübte und zusammen mit der Gesellschaft zur Förderung des Olympischen Gedankens eine Reihe von Publikationen veröffentlichte.<sup>19</sup> Diese prangerten vor allem das nationalsozialistische Erbe Münchens und die vielen Vertriebenenverbände, die in der Stadt beheimatet waren, als „revanchistisch“ an. Die ostdeutschen Sportjournalisten erhielten ebenfalls entsprechende Schulungen, sodass die Presseberichterstattung genau gesteuert war.<sup>20</sup>

Den größten außen- und innenpolitischen Erfolg erhoffte sich die DDR von möglichst vielen Medaillen. Ein Grundstein dafür, die DDR zu einer „führenden Sportnation“ zu entwickeln, wurde an den Kinder- und Jugendsportschulen gelegt, deren Arbeit im Vorfeld der Spiele in München ausgebaut und intensiviert wurde.<sup>21</sup> Zeitgleich setzte in vielen kraft- und schnellkraftabhängigen Sportarten das systematische

<sup>17</sup> Vgl. ebd., S. 261f.

<sup>18</sup> Vgl. Heinz Koch et al., *München 1972 – Schicksalsspiele*, Berlin (Ost) 1969.

<sup>19</sup> Vgl. Gesellschaft zur Förderung des Olympischen Gedankens in der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.), *Revanchismus und Sport*, Berlin 1972.

<sup>20</sup> Vgl. Klaus Reinartz, *Das manipulierte Echo. Presselenkung am Beispiel von Olympia 1972*, in: Grit Hartmann (Hrsg.), *Goldkinder. Die DDR im Spiegel ihres Spitzensports*, Leipzig 1998, S. 90–97, hier S. 91.

<sup>21</sup> Vgl. René Wiese, *Kaderschmieden des „Sportwunderlandes“*. Die Kinder- und Jugendsportschulen der DDR, Hildesheim 2012, S. 286f.

und staatlich gesteuerte Doping ein.<sup>22</sup> In Verbindung mit einem leistungsorientierten und die gesamte ostdeutsche Gesellschaft durchdringenden Sportsystem war der Mythos vom „Sportwunderland“ begründet.<sup>23</sup>

Der ostdeutsche Auftritt in München war gründlich geplant. Die Sportlerinnen und Sportler als „Diplomaten im Trainingsanzug“ sollten der Welt die Leistungsfähigkeit der kleinen DDR beweisen. Die Staatssicherheit versuchte dabei, sogenannte Republikfluchten zu verhindern. Die Athletinnen und Athleten wurden im Vorfeld geschult und vor Ort streng überwacht – Inoffizielle Mitarbeiter der Staatssicherheit durchsetzten die Mannschaft, die Funktionäre und die Presse.<sup>24</sup> Begleitet wurden sie durch eine „Touristendelegation“ von rund 2000 Personen, auf die das Gleiche zutraf. Die einzelnen Mitglieder galten als besonders systemtreu. Ausgewählt wurden Personen, die „als bewußte sozialistische Staatsbürger eine aktive Teilnahme am politischen und gesellschaftlichen Leben zeigen; prinzipien- und charakterfest im Beruf und im persönlichen Leben sind sowie ihre politische Zuverlässigkeit unter Beweis gestellt haben“.<sup>25</sup> Irritiert war das Publikum, als die DDR-Bürger (es gehörten fast nur Männer der Delegation an) auffallend für Länder des Ostblocks applaudierten, während ansonsten eine sehr offene und wertschätzende Stimmung über Länder- und Blockgrenzen hinweg herrschte.

Bis zum 4. September 1972 erlebten die Organisatoren in München die Spiele, für die man lange gekämpft hatte, in ihrer besten Form. Die internationale Presse überschlug sich mit Lob für die Organisation, die Gestaltung, die deutsche Gastfreundschaft und die grandiose stimmungsvolle Eröffnungsfeier. Die positive Stimmung und die heitere Atmosphäre bekräftigten die Richtig-

keit der Auswahl Münchens als Austragungsort dieser Olympischen Spiele und kontrastierte damit die sich aus dem Attentat ergebene Zäsur.

## DAS IGNORIERTE ATTENTAT

In den Morgenstunden des 5. September 1972 drangen palästinensische Terroristen in das Olympische Dorf ein. Sie kletterten in Trainingsanzügen über einen Zaun und wurden dabei sogar noch beobachtet, aber für Athleten gehalten, die etwas zu lange feiern waren – womit das auf Entspannung und Freundlichkeit beruhende Sicherheitssystem seine erste Schwäche offenbarte. Die Attentäter nahmen elf Mitglieder der israelischen Mannschaft als Geiseln. Zwei ermordeten sie direkt vor Ort in der Mannschaftsunterkunft, die weiteren neun Israelis, fünf der Angreifer und ein Polizist starben bei einem missglückten Befreiungsversuch in den Morgenstunden des nächsten Tages auf dem Flughafen Fürstenfeldbruck.<sup>26</sup>

Während der Stunden der Belagerung und Verhandlung wurde eine Reihe sicherheitstaktischer Fehler gemacht. Unter anderem wurden Bilder des Ortes der Geiselnahme und die Maßnahmen der Polizei im Fernsehen übertragen. Die Wettkämpfe starteten am Morgen des 5. Septembers zunächst wie vorgesehen, wurden aber am Nachmittag für einen Tag unterbrochen. Am 6. September sprach IOC-Präsident Brundage bei der Trauerfeier vor 80 000 Menschen die berühmt gewordenen Worte: „The games must go on!“

Obwohl die männlichen DDR-Sportler genau gegenüber der Wohnung der Israelis in der Conollystraße untergebracht waren und das Drama aus der ersten Reihe verfolgen konnten, spielte das Attentat in der Wahrnehmung der ostdeutschen Athletinnen und Athleten keine große Rolle. Von vornherein bemühten sich die DDR-Funktionäre, den Vorfall herunterzuspielen. Erich Honecker schlug zwar im ersten Moment eine Abreise vor, doch Sportchef Manfred Ewald beruhigte ihn damit, dass für die Teilnehmenden aus der DDR keine Gefahr bestehe. Zu groß wäre der Verlust an verschenkten Medaillen, würde

**22** Vgl. Brigitte Berendonk/Werner Franke, Hormondoping als Regierungsprogramm. Mit Virilisierung von Mädchen und Frauen zum Erfolg, in: Hartmann (Anm. 20), S. 166–187, hier S. 170.

**23** Vgl. u. a. Charlotta Seiler Brylla, Das Sportwunder DDR aus der schwedischen Perspektive. Eine linguistische Diskursanalyse, in: Moderna Språk 2/2013, S. 35–55.

**24** Vgl. Inoffizielle Absicherung der DDR-Olympiamannschaft, 1. 8. 1972, BStU, MfS, HA XX, Nr. 505, Bl. 61–64, [www.stasi-mediathek.de/medien/inoffizielle-absicherung-der-ddr-olympiamannschaft/blatt/64](http://www.stasi-mediathek.de/medien/inoffizielle-absicherung-der-ddr-olympiamannschaft/blatt/64).

**25** U. a. Befehl Erich Mielkes zur Zusammenstellung der Touristendelegation, 22. 12. 1971, BStU, BdL/Dok, Nr. 1462, Bl. 1–7, [www.stasi-mediathek.de/medien/befehl-erich-mielkes-zur-zusammenstellung-der-touristendelegation](http://www.stasi-mediathek.de/medien/befehl-erich-mielkes-zur-zusammenstellung-der-touristendelegation).

**26** Die Aufarbeitung der Umstände des Attentats wird bis heute als unvollständig eingeschätzt. Hintergrundinformationen und Fakten finden sich bei Simon Reeve, Ein Tag im September. Die Geschichte des Geiseldramas bei den Olympischen Spielen in München 1972, München 2006; Sven Felix Kellerhoff, Anschlag auf Olympia. Was 1972 in München wirklich geschah, Darmstadt 2022.

man zu diesem Zeitpunkt bereits die Spiele abbrechen. In den ostdeutschen Medien, allen voran im „Neuen Deutschland“, wurde nur zwei Tage lang über das Attentat berichtet. Am 6. September wurde den Opfern Beileid ausgesprochen, die Tat streng verurteilt und die Teilnahme der DDR-Mannschaft an der Trauerfeier angekündigt. Am Tag darauf standen das Versagen der bundesdeutschen Sicherheitsorgane und die Frage nach der Verantwortung im Zentrum. Danach widmeten sich die Sportjournalisten wieder den sportlichen Erfolgen. Der Trauerfeier blieben die Ostdeutschen fern.

In der späteren offiziellen Olympiapublikation erhielt „die terroristische Aktion“ kaum Aufmerksamkeit und wurde räumlich von den Olympischen Spielen getrennt und als „Drama von Fürstefeldbruck“ bezeichnet.<sup>27</sup> Als ursächlich wurden die „Expansionspolitik“ Israels und dessen „Unterdrückung“ der arabischen Staaten benannt. Zwar verurteilte man den Anschlag selbst, stellte aber heraus, „weil westdeutsche Imperialisten und amerikanische den Israelis zur Hand gehen, gibt es Terror und Mord in und wegen Nahost. Dort also liegen die wahren Ursachen für die Vorkommnisse um die israelische Mannschaft im olympischen Dorf von München.“<sup>28</sup>

In den Unterlagen der Staatssicherheit hingegen liegt aufgrund der räumlichen Nähe der DDR-Mannschaft zur israelischen Unterkunft ein sehr detaillierter Bericht zu den Vorgängen in der Conollystraße vor, verfasst von den Sportjournalisten, die sich auch während der angespannten Sicherheitslage ohne Probleme in der Nähe des Überfalls bewegen konnten.<sup>29</sup>

Das Attentat zerstörte die „heiteren Spiele“ und den von der Bundesrepublik so dringend gewünschten Repräsentationsraum – für die meisten Teilnehmerinnen und Teilnehmer lag nach dem 5. September 1972 ein Schatten auf ihrer olympischen Erinnerung. Tod und Trauer

drängten sich vor Wettkämpfe und Medaillengewinn. Für die Athletinnen und Athleten der DDR war das weniger der Fall – sie wurden nach dem 5. September durch Funktionäre abgeschotet und dazu angehalten, sich auf den Wettkampf zu konzentrieren. In die Erinnerung der ostdeutschen Gesellschaft verankerte sich vielmehr, dass die DDR in München 1972 zum ersten Mal eigenständig und mit Hymne und Flagge starten durfte. Das Attentat hingegen wurde in der Rückschau kaum den Spielen zugordnet und vielmehr als logische Konsequenz verfehlter Nahostpolitik der Bundesrepublik gedeutet.

Die DDR war mit dem Ziel angegeist, die eigene Reputation zu erhöhen und den Ansehensgewinn der Bundesrepublik zu beschränken. Dieser Plan ging zumindest zur Hälfte auf – mit Platz drei in der Medaillenwertung fanden die Leistungen international Beachtung. Die Staatssicherheit schätzte die Reise ebenfalls als Erfolg ein: Kein Teammitglied hatte einen Fluchtversuch unternommen. Nur wenige Wochen nach den Olympischen Spielen unterzeichnete Bundeskanzler Willy Brandt einen Grundlagenvertrag mit der DDR. Den Alleinvertretungsanspruch und die Wiedervereinigung als politisches Ziel gab die Bundesregierung somit auf. Mit dem Sportprotokoll 1974 regelten dann auch die beiden deutschen Sportverbände ihre Beziehungen miteinander. Die „Querelles d'Allemand“ waren somit vorerst beendet.

**27** Gesellschaft zur Förderung des Olympischen Gedankens in der Deutschen Demokratischen Republik, Spiele der XX. Olympiade München 1972, Berlin 1973, S. 19.

**28** Ebd.

**29** Vgl. auch für das titelgebende Zitat Martin Kramer/Dieter Wales/Wolfgang Gitter, Dokumentation über die Ereignisse des 5. Septembers im Olympischen Dorf, BStU, MfS, HA XX, Nr. 505, Bl. 68–81, [www.stasi-mediathek.de/medien/dokumentation-ueber-die-ereignisse-des-5-septembers-im-olympischen-dorf/blatt/68](http://www.stasi-mediathek.de/medien/dokumentation-ueber-die-ereignisse-des-5-septembers-im-olympischen-dorf/blatt/68).

## JULIANE LANZ

ist Leiterin des Hochschulsports an der Universität Rostock. Sie forscht vor allem zur Sportgeschichte und dem Schulsport in der DDR, aber auch zu Olympischen Spielen und zum Bergsport.

[juliane.lanz@uni-rostock.de](mailto:juliane.lanz@uni-rostock.de)



# TERRORISMUSBEKÄMPFUNG NACH OLYMPIA

## Reaktionen des Bundesministeriums des Innern auf das Attentat von 1972

*Eva Oberloskamp*

Während der Olympischen Sommerspiele 1972 in München überfielen acht Mitglieder der palästinensischen Terrorgruppe „Schwarzer September“ die israelische Mannschaft der Herren: Zwei Israelis wurden dabei erschossen, neun Sportler wurden als Geiseln genommen, um die Befreiung von mindestens 200 Gefangenen aus israelischer Haft zu erpressen – eine Forderung, die die israelische Regierung ablehnte. Die Geiselnahme, die in den frühen Morgenstunden des 5. September begann, dauerte rund 20 Stunden. Vor Ort arbeitete ein politischer Krisenstab an der Beendigung der Geiselnahme, dem Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP), der bayerische Innenminister Bruno Merk (CSU), der seit Juni 1972 nicht mehr amtierende Ex-Oberbürgermeister Münchens Hans-Jochen Vogel (SPD), der Münchner Polizeipräsident Manfred Schreiber und der Präsident des deutschen Nationalen Olympischen Komitees sowie des Organisationskomitees der Münchner Spiele Willi Daume angehörten. In der Nacht zum 6. September endete die Geiselnahme in einem Desaster: Bei einem missglückten Befreiungsversuch durch die bayerische Polizei kamen alle Geiseln sowie ein Polizist und fünf Palästinenser zu Tode. Die drei überlebenden Terroristen wurden verhaftet, jedoch wenige Wochen später durch eine Flugzeugentführung wieder freigespresst.<sup>01</sup>

Die Bundesregierung und der Freistaat Bayern konnten nach diesen Ereignissen keine gravierenden Fehler der Sicherheitskräfte erkennen. Sowohl Bundeskanzler Willy Brandt als auch der bayerische Ministerpräsident Alfons Goppel lehnten die Rücktrittsangebote ihrer Innenminister – Hans-Dietrich Genscher auf Bundesebene und Bruno Merk in Bayern – kategorisch ab und vermieden jede dahingehende öffentliche Diskus-

sion.<sup>02</sup> Der Sicherheitsausschuss des Bayerischen Landtags „sprach einstimmig den Verantwortlichen (...) Vertrauen und Dank aus“,<sup>03</sup> und auch der Innenausschuss des Deutschen Bundestages äußerte sich entsprechend und konstatierte, es sei „das nach Lage der Dinge mögliche getan, angemessen gehandelt und richtig entschieden worden“. <sup>04</sup> Dessen ungeachtet steht außer Frage, dass sowohl der politische Krisenstab als auch die Sicherheitsbehörden der Situation über weite Strecken ratlos gegenübergestanden und lediglich improvisiert hatten. Wie reagierte das in zentraler Verantwortung für die innere Sicherheit stehende Bundesministerium des Innern (BMI) auf das Olympia-Attentat und welche Folgen hatte dies mittel- und längerfristig für die bundesdeutsche Terrorismusbekämpfung?<sup>05</sup>

### JENSEITS BUNDESDEUTSCHER ERFAHRUNGSHORIZONTE

Das Olympia-Attentat überschritt in vielfacher Hinsicht die bundesdeutschen Erfahrungshorizonte. Zwei Aspekte sind besonders hervorzuheben: Erstens hatte es auf bundesdeutschem Boden noch nie eine erpresserische terroristische Geiselnahme gegeben. Diese Anschlagsform ist sehr öffentlichkeitswirksam und setzt den Staat unter starken Zugzwang – wobei freilich in diesem Fall die Bundesrepublik nicht in der Position war, die an Israel gerichteten Forderungen zu erfüllen. Bis zum September 1972 hatten es bundesdeutsche Politik und Sicherheitsbehörden im Wesentlichen mit deutschen Linksterroristen sowie mit extremistischen, in der Bundesrepublik lebenden Exilanten – insbesondere Jugoslawen – zu tun gehabt. Deren gewaltsame Aktionen richteten sich vorwiegend gegen Landsleute bezie-

ungsweise Einrichtungen des eigenen Staates.<sup>06</sup> In beiden Fällen hatten Attentäter überwiegend mit Sprengstoff- oder gezielten Mordanschlägen operiert. Die Aktionen palästinensischer Terroristen sahen zum Teil anders aus: Seit dem Präzedenzfall einer Flugzeugentführung 1968 hatten sie sich auf die – oftmals in Drittstaaten durchgeführte – Geiselnahme beliebiger Menschen verlegt, um politische Ziele zu erpressen.<sup>07</sup> Mit derartigen Entführungen hatten die bundesdeutschen Sicherheitsbehörden bislang keine Erfahrungen gesammelt. Der einzige von Palästinensern auf bundesdeutschem Boden unternommene Versuch einer Geiselnahme war im Februar 1970 am Flughafen München-Riem wegen einer unkontrollierten Handgranatexplosion blutig gescheitert. Die Bundesregierung hatte bei der Freipressung der Attentäter durch die Entführung dreier Flugzeuge nach Jordanien aus Sorge um das Leben der Geiseln schnell nachgegeben.

**01** Vgl. zum Hergang des Olympia-Attentats den Beitrag von Thomas Riegler in diesem Heft. Siehe außerdem zuletzt Anna Greithanner et al., Andreas Baader, Ulrike Meinhof und hunderte Palästinenser:innen? Das Olympia-Attentat 1972, 15.7.2022, [www.zeitgeschichte-online.de/kommentar/andreas-baader-ulrike-meinhof-und-hunderte-palaestinenenserinnen](http://www.zeitgeschichte-online.de/kommentar/andreas-baader-ulrike-meinhof-und-hunderte-palaestinenenserinnen); Markus Brauckmann/Gregor Schöllgen, München 72. Ein deutscher Sommer, München 2022, S. 205–249; Sven Felix Kellerhoff, Anschlag auf Olympia. Was 1972 in München wirklich geschah, Darmstadt 2022; Cornelia Jahn/Katharina Wohlfart, Olympia 72 in Bildern. Fotografien aus den Sammlungen der Bayerischen Staatsbibliothek, München 2022, S. 139–171; Roman Deininger/Uwe Ritzer, Die Spiele des Jahrhunderts. Olympia 1972, der Terror und das neue Deutschland, München 2021, S. 335–372. Im Detail enthält die Literatur zum Olympia-Attentat teils widersprüchliche Angaben zu den exakten Forderungen der Terroristen und zu den Personen.

**02** Vgl. Kellerhoff (Anm. 1), S. 146ff.

**03** Der Überfall auf die israelische Olympiamannschaft. Dokumentation der Bundesregierung und des Freistaates Bayern, hrsg. v. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn 1972, S. 62.

**04** Kurzprotokoll der 91. Sitzung des Innenausschusses, 18.9.1972, S. 8, BT-PA, Protokolle des Innenausschusses, 6. Wahlperiode 1969–1972.

**05** Soweit keine genaueren Quellen- oder Literaturhinweise gegeben werden, basieren die folgenden Ausführungen auf Eva Oberloskamp, Codename TREVI. Terrorismusbekämpfung und die Anfänge einer europäischen Innenpolitik in den 1970er Jahren, Berlin–Boston 2017, S. 29–50; dies., Das Olympia-Attentat 1972. Politische Lernprozesse beim Umgang mit dem transnationalen Terrorismus, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 3/2012, S. 321–352.

**06** Vgl. Matthias Thaden, Migration und Innere Sicherheit. Kroatische Exilgruppen in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, Berlin 2022.

Dieser begrenzte Erfahrungshintergrund prägte die Sicherheitsvorkehrungen für die Olympischen Spiele. Im Vorfeld des 5. September waren bei den Sicherheitsbehörden durchaus Hinweise auf eine mögliche Aktion palästinensischer Terroristen eingegangen. Diese wurden jedoch als diffus bewertet und wirkten sich nicht auf das Sicherheitskonzept aus.<sup>08</sup> Das als gering eingeschätzte Risiko wurde in Kauf genommen, um das Leitbild der „heiteren Spiele“ nicht zu gefährden.<sup>09</sup> Gleichzeitig erklärt der begrenzte Erfahrungshintergrund auch, warum die Sicherheitsbehörden auf das Szenario kaum vorbereitet waren und es dafür weder Krisenpläne noch Spezialeinheiten gab. Diese Konstellation hatte zur Folge, dass das Krisenmanagement während des Anschlags unter erheblichen strukturellen Problemen litt: So konnten sich die Entscheidungsträger auf keine klar definierten Verantwortungs- und Entscheidungsfindungsstrukturen stützen, Kommunikationsprobleme führten zu Informationsverlusten, es entstanden vermeidbare zeitliche Verzögerungen und die hinzugezogenen Einsatzkräfte, die auch psychologisch nicht darauf eingestellt waren, unter Inkaufnahme aller Konsequenzen einzugreifen, waren unzulänglich ausgerüstet und ausgebildet.<sup>10</sup> Ein Einsatz der Bundeswehr, die über entsprechend geschulte Scharfschützen verfügt hätte, war nach bundesdeutschem Recht nicht möglich.

Zweitens verwischte das grenzüberschreitende Operieren der palästinensischen Terroristen die Trennlinie zwischen Innen- und Außenpolitik

**07** Vgl. Tobias Hof, Die Geschichte des Terrorismus. Von der Antike bis zur Gegenwart, München 2022, S. 158–168.

**08** Vgl. die kritischen Einschätzungen hier: Felix Bohr et al., Die angekündigte Katastrophe, in: Der Spiegel, 23.7.2012, S. 34–44 sowie Vergebliche Warnung, in: Der Spiegel, 19.8.2012, S. 14. Demnach hätten Warnungen vorgelegen, die konkret genug gewesen seien, um erhöhte Sicherheitsvorkehrungen zu rechtfertigen; Kay Schiller und Christopher Young hingegen betonten, in nachrichtendienstlichen Kreisen seien eher politisch motivierte Störungen durch inländische oder jugoslawische Terroristen erwartet worden oder aber eine palästinensische Flugzeugentführung. Weder Großbritannien, die USA, Frankreich noch Israel hätten konkrete Informationen zu einer geplanten Geiselnahme im Olympischen Dorf besessen. Vgl. dies., The 1972 Munich Olympics and the Making of Modern Germany, Berkeley–Los Angeles 2010, S. 201 ff.

**09** Vgl. ebd., S. 205 f.

**10** Vgl. Matthias Dahlke, Demokratischer Staat und transnationaler Terrorismus. Drei Wege zur Unnachgiebigkeit in Westeuropa 1972–1975, München 2011, S. 75–87. Offensichtlich bestanden auf Seiten der Polizei massive psychologische Hemmschwellen, notfalls auch den Tod der Attentäter in Kauf zu nehmen; vgl. Schiller/Young (Anm. 8), S. 201.

in bis dahin nicht gekannter Weise. Das Olympia-Attentat selbst wurde von Politik und Öffentlichkeit im Wesentlichen als ein Problem der inneren Sicherheit wahrgenommen, die Diskussion verblieb „weitgehend innerhalb des innenpolitischen Koordinatensystems“.<sup>11</sup> Der Begriff „innere Sicherheit“ bezog sich freilich auf den Schutz von Gesellschaft und demokratischem Staat vor Bedrohungen, die aus dem Inneren der Gesellschaft heraus entstanden – im Gegensatz zu äußeren, von anderen Staaten ausgehenden Bedrohungen im Kontext des Kalten Krieges.<sup>12</sup> Der palästinensische Terrorismus entsprach dem nur bedingt, handelte es sich doch um eine von außen kommende Bedrohung – die dabei jedoch nicht von einem anderen Staat ausging und der Form nach am ehesten dem bundesdeutschen Linksterrorismus ähnelte. Auf derartige Gefährdungen war die grenzüberschreitende Kooperation der Sicherheitsbehörden bis dahin kaum ausgerichtet gewesen.

Die ersten unmittelbaren Reaktionen der Bundesregierung auf den Anschlag umfassten zunächst eine Reihe ausländerpolitischer Maßnahmen, um potenziellen Terroristen den Aufenthalt in der Bundesrepublik zu verwehren.<sup>13</sup> Dem lag die Befürchtung zugrunde, dass eine weitere Geiselnahme zur Freipressung der Olympia-Attentäter folgen würde, wie es 1970 nach dem Anschlag am Flughafen München-Riem geschehen war. Diese Schritte korrespondierten mit einer nicht nur im politischen Feld, sondern vor allem in der Öffentlichkeit verbreiteten Tendenz, den palästinensischen Terrorismus in den allgemeineren Kontext einer vermeintlichen „Aus-

länderproblematik“ zu stellen. Generell ging die Bundesregierung anfänglich offensichtlich davon aus, dass sie von weiteren politisch motivierten Geiselnahmen verschont bleiben würde, wenn es ihr gelänge, die Bundesrepublik aus dem Nahostkonflikt und dem Visier palästinensischer Terroristen herauszuhalten.

Darüber hinaus aber nahm die Bundesregierung auch eine Reihe langfristig angelegter Maßnahmen in Angriff, um Ereignisse von der Art des Münchner Anschlags in Zukunft besser abwehren zu können. So entwickelte das Auswärtige Amt die Idee einer UN-Konvention gegen Terrorismus, die es ab dem UN-Beitritt der Bundesrepublik im September 1973 weiterverfolgen und die schließlich zur UN-Konvention gegen Geiselnahme vom Dezember 1979 führen sollte.<sup>14</sup> Das BMI fokussierte vor allem auf zwei Bereiche: Organisation und Ausbildung der bundesdeutschen Sicherheitsbehörden und Verbesserung der europäischen Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit.

## SICHERHEITSBEHÖRDEN

Eine wichtige Folge des Olympia-Attentats war der Wandel bundesdeutscher Wahrnehmungen zum Terrorismus. Zwar entsprachen die unmittelbaren Reaktionen auf den Anschlag teilweise noch der Einschätzung, dass terroristische Geiselnahmen ein „ausländisches“ und punktuelles Problem seien. Vor dem Erfahrungshintergrund des 5. September sollte sich aber bald in Sicherheitsbehörden, Politik und Öffentlichkeit die Auffassung durchsetzen, dass die Bundesrepublik immer wieder mit entsprechenden Bedrohungen konfrontiert werden könnte. Mittelfristig beförderte dies die Überzeugung, dass der Staat terroristischen Erpressungsversuchen nicht nachgeben dürfe und dass terroristische Straftäter stets juristisch zur Verantwortung zu ziehen seien.<sup>15</sup>

**11** Wilhelm Knelangen, *Die deutsche Politik zur Bekämpfung des Terrorismus*, in: Thomas Jäger (Hrsg.), *Deutsche Außenpolitik: Sicherheit, Wohlfahrt, Institutionen und Normen*, Wiesbaden 2007, S. 173–196, hier S. 174.

**12** Vgl. Albrecht Funk, „Innere Sicherheit“: Symbolische Politik und exekutive Praxis, in: Bernhard Blanke/Hellmut Wollmann (Hrsg.), *Die alte Bundesrepublik. Kontinuität und Wandel*, Opladen 1991, S. 367–385. Während „öffentliche Sicherheit“ auf das Ordnungs- und Polizeirecht bezogen wird, war die „innere Sicherheit“ im zeitgenössischen Sprachgebrauch ein politischer Begriff, der in höherem Maße auf den Schutz des Staates abzielte und ein grundsätzliches Bedrohungspotenzial implizierte, dem durch exekutive Maßnahmen zu begegnen sei. Vgl. Achim Saube, *Von „Ruhe und Ordnung“ zur „inneren Sicherheit“*. Eine Historisierung gesellschaftlicher Dispositive, in: *Zeithistorische Forschungen* 2/2010, S. 170–187, hier S. 181.

**13** Siehe hierzu auch den Beitrag von Joseph Ben Prestel in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

**14** Vgl. Bernhard Blumenau, *The United Nations and Terrorism. Germany, Multilateralism, and Antiterrorism Efforts in the 1970s*, Basingstoke u. a. 2014.

**15** Der Weg zur „Unnachgiebigkeit“ gegenüber Terroristen steht im Zentrum der Studie von Dahlke (*Anm. 10*). Das Bundesministerium der Justiz sollte sich ab Mitte der 1970er Jahre für ein Auslieferungsabkommen für terroristische Straftäter einsetzen, das zunächst 1977 auf Europaratebene abgeschlossen wurde. Vgl. Bernhard Blumenau, *Taming the Beast: West Germany, the Political Offence Exception, and the Council of Europe Convention on the Suppression of Terrorism*, in: *Terrorism and Political Violence* 2/2015, S. 1–21.

Der neue Horizont prägte fortan die Bewertung und Interpretation von Informationen durch die Sicherheitsbehörden. Ende 1972 erfolgte im Bundesamt für Verfassungsschutz mit der Gründung einer eigenen Abteilung für die „Beobachtung des Ausländerextremismus“ eine wichtige organisatorische Umstrukturierung, die den aktuellen Erfahrungen Rechnung trug. Sowohl auf politischer als auch auf Ebene der Sicherheitsbehörden wurden zudem Krisenpläne erarbeitet, die in entsprechenden Situationen effektive Informationsketten und Entscheidungsstrukturen gewährleisten sollten.

Im Zuge der Bekämpfung des Linksterrorismus hatte Bundesinnenminister Genscher schon seit Beginn der 1970er Jahre den Ausbau und die Verbesserung der Kooperation der Sicherheitsbehörden betrieben. Vor diesem Hintergrund zog die Tatsache, dass die in Fürstentfeldbruck eingesetzten Polizisten offensichtlich unzulänglich ausgebildet gewesen waren, rasche Konsequenzen nach sich: Innerhalb kürzester Zeit wurde die Gründung von auf Geiselnbefreiung spezialisierten polizeilichen Einheiten beschlossen. Die prominenteste war die auch in Nahkampf und Präzisionsschießen geschulte Grenzschutzgruppe 9 (GSG 9), die mit diesem Profil die „erste polizeiliche Spezialeinheit in Europa“ war.<sup>16</sup> Entsprechende Pläne waren zwar schon vor dem 5. September diskutiert worden, die Gründung der GSG 9 erfolgte jedoch in unmittelbarer Reaktion auf das Olympia-Attentat.<sup>17</sup> Nach konzeptionellen Vorarbeiten des BMI und einem Beschluss der Innenministerkonferenz vom 13. September 1972 wurde die Gesetzesinitiative am 26. September auf den Weg gebracht. Der mit der Aufstellung der Gruppe beauftragte Verbindungsoffizier im BMI, Ulrich Wegener,

**16** Jan-Phillipp Weisswange/Sören Sünkler, *GSG 9. Die Spezialeinheit der Bundespolizei. Speerspitze im Kampf gegen den Terrorismus*, Nürnberg 2017, S. 137. Zur Gründung der GSG 9 vgl. aus Zeitzeugenperspektive Ulrich Wegener, *GSG 9. Stärker als der Terror*, Berlin 2017, S. 35–56. Auch auf Ebene der Landespolizeien wurden wenig später Spezialeinsatzkommandos aufgestellt. Vgl. Klaus Weinbauer, „Staat zeigen“. Die polizeiliche Bekämpfung des Terrorismus in der Bundesrepublik bis Anfang der 1980er Jahre, in: Wolfgang Kraushaar (Hrsg.), *Die RAF und der linke Terrorismus*, Bd. 2, Hamburg 2006, S. 932–947, hier S. 935.

**17** Das Olympia-Attentat wird als Grund für die Aufstellung der GSG 9 benannt in: BMI, „Konzeption für die Aufstellung und den Einsatz einer Bundesgrenzschutz-Einheit für besonderen polizeilichen Einsatz“, 19.9.1972, BArch, B 106/88880.

absolvierte zunächst einen Sonderlehrgang bei den israelischen Streitkräften, deren Terrorbekämpfung damals als weltweit führend galt. Bereits im April 1973 konnte Wegener die Einsatzbereitschaft seiner neuen Spezialeinheit melden. Berühmtheit sollte die GSG 9 im Oktober 1977 erlangen, als sie die von palästinensischen Terroristen gekidnappte Lufthansa-Maschine „Lands hut“ im somalischen Mogadishu erstürmte, die Entführung beenden und alle noch lebenden Geiseln retten konnte.

## EUROPÄISCHE KOOPERATION

Durch das Olympia-Attentat hatte die innere Sicherheit der Bundesrepublik neuartige grenzüberschreitende Dimensionen erhalten. Offensichtlich konnte sie nicht mehr allein im Rahmen klassischer Innenpolitik gewährleistet werden. Wenige Tage nach dem Olympia-Attentat legte deshalb das BMI die Konzeption einer Konferenz über innere Sicherheit für die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften (EG) vor.<sup>18</sup> Erste Pläne in diese Richtung waren bereits 1971 diskutiert worden.<sup>19</sup> Der Anschlag gab nun den Anstoß, die Initiative zu ergreifen – die angesichts der europäischen Integrationskontexte auf Ebene der Außenministerien erfolgte. Die EG-Außenminister nahmen die bundesdeutschen Vorschläge auf einer Konferenz am 11./12. September 1972 positiv auf. Allerdings sollten die daraufhin eingesetzten Arbeitsgruppen schon im Laufe des Jahres 1973 wieder aufgelöst werden. Zu unklar waren die von Seiten der Außenministerien umrissenen Arbeitsaufträge gewesen und zu unterschiedlich die Positionen der einzelnen Staaten.

Wenngleich der Vorstoß zunächst scheiterte, stellte die Bevorzugung der EG als Handlungsrahmen wichtige Weichen. Schritte auf Ebene von Interpol wurden im BMI als wenig erfolgversprechend beurteilt, da deren Statuten eine Befassung mit Angelegenheiten politischen Charakters untersagten und man Probleme bei der Zusammen-

**18** Vgl. Fernschreiben von MD Smoydzin (BMI), Bonn, „vorbereitung der initiative des herrn bundesministers des auswaertigen auf der auszenminister-konferenz am montag in rom“, 9.9.1972, PA-AA, B 21, Bd. 752.

**19** Vgl. Franca König/Florian Trauner, *From Trevi to Europol: Germany's Role in the Integration of EU Police Cooperation*, in: *Journal of European Integration* 2/2021, S. 177–192, hier S. 181.

arbeit mit arabischen Staaten befürchtete. Den Kreis der Europarats-Staaten hielt das BMI für zu heterogen, um zu raschen und effektiven Ergebnissen zu kommen. Auch eine Intensivierung der nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit mit arabischen Staaten wurde zunächst nicht ernsthaft in Erwägung gezogen – auch deshalb, weil die diplomatischen Beziehungen zu den arabischen Staaten erst im Entstehen begriffen waren.

Die Bevorzugung des EG-Rahmens erklärt sich zudem aus der Tatsache einer besonderen gemeinsamen Betroffenheit und eines kleinen und an enge Zusammenarbeit gewöhnten Kreises, der schnell wirksame Ergebnisse erwarten ließ. Darüber hinaus spielten die Kontexte der europäischen Einigungsgeschichte eine wichtige Rolle: Nach bundesdeutscher Auffassung hatten die EG-Staaten gemeinsame Interessen im Bereich der Innenpolitik, die unmittelbar mit der europäischen Integration zusammenhingen. Diese ergaben sich zum einen aus dem Ziel, die europäischen Binnengrenzkontrollen abzuschaffen, und zum anderen aus dem Bestreben, auch jenseits des Geltungsbereichs der Römischen Verträge Integrationsfortschritte zu erreichen.

Vor diesem Hintergrund sollte das BMI seinen Plan einer europäischen Konferenz für innere Sicherheit hartnäckig weiterverfolgen: zunächst in bilateraler Kooperation mit Frankreich, bevor dann 1975 infolge einer britischen Initiative der Durchbruch auf EG-Ebene gelang. Auf dem Europäischen Rat vom Dezember 1975 in Rom wurde die sogenannte TREVI-Konferenz ins Leben gerufen.<sup>20</sup> Die Federführung lag nun nicht mehr bei den Außenministerien, sondern unmittelbar bei den einschlägigen EG-Ministerien (in der Regel Inneres oder Justiz). Deren Zusammenarbeit erfolgte in den 1970er und 1980er Jahren auf intergouvernementaler Ebene und erstreckte sich auf die Bekämpfung des Terrorismus und „organisierten Verbrechens“, einen allgemeinen Wissens- und Erfahrungsaustausch sowie auf Fragen des Wegfalls der EG-Binnengrenzen. Mit

**20** TREVI wird zumeist als Akronym für „Terrorisme, Radicalisme, Extrémisme, Violence Internationale“ entschlüsselt. Die Bezeichnung verweist auch auf den Trevi-Brunnen in Rom, wo der Europäische Rat 1975 die Einrichtung der Konferenz beschloss. Es gibt noch weitere Erklärungsmöglichkeiten. Die Mehrdeutigkeit des Namens ist symptomatisch für die generelle Intransparenz, von der die TREVI-Kooperation gekennzeichnet war.

dem Vertrag von Maastricht wurde die Kooperation 1992 in die „dritte Säule“ der Europäischen Union (Justiz und Inneres) integriert, und in den 1990er Jahren erfolgte mit der Gründung von Europol eine formelle Institutionalisierung auf Ebene der Sicherheitsbehörden. Der Lissabon-Vertrag von 2007 schließlich sollte für zentrale Felder der europäischen Justiz- und Innenpolitik die Gemeinschaftsmethode einführen.<sup>21</sup> Antriebskräfte und Dynamik des europäischen Integrationsprozesses im Bereich der Justiz- und Innenpolitik – bei dem die Bundesrepublik durchgehend eine der wichtigsten treibenden Kräfte war<sup>22</sup> – gingen freilich weit über das Olympia-Attentat hinaus. Dessen ungeachtet ist der Anschlag vom 5. September 1972 ein wichtiger erster Impuls für die weitere europäische Zusammenarbeit in diesem Feld.

## FOLGEN FÜR DIE BUNDESDEUTSCHE TERRORISMUSBEKÄMPFUNG

Das Olympia-Attentat war von wesentlicher Bedeutung für die weitere bundesdeutsche Terrorismusbekämpfung: Es zog einen grundlegenden Wahrnehmungswandel und wichtige politische

**21** Allgemein zur europäischen Integration im Bereich der inneren Sicherheit vgl. Wilhelm Knelangen, *Das Politikfeld innere Sicherheit im Integrationsprozess. Die Entstehung einer europäischen Politik der inneren Sicherheit*, Opladen 2001; Angela Siebold, *Zwischen Grenzen. Die Geschichte des Schengen-Raums aus deutschen, französischen und polnischen Perspektiven*, Paderborn 2013; Konrad Schober, *Europäische Polizeizusammenarbeit zwischen TREVI und Prüm. Mehr Sicherheit auf Kosten von Freiheit und Recht?*, Heidelberg 2017; Franca König, *EU Police Cooperation (1976–2016). State Preferences in the Context of Differentiated Integration*, Dissertation, Hertie School of Governance, Berlin 2019; Marcel Berlinghoff, *Eine gemeinschaftliche Reaktion auf gemeinsame Probleme? Die Europäisierung der Migrationspolitik und ihre Akteure*, in: Agnes Bresselau von Bressendorf (Hrsg.), *Über Grenzen. Migration und Flucht in globaler Perspektive seit 1945*, Göttingen 2019, S. 351–366.

**22** Das besondere bundesdeutsche Engagement ist auch durch eine Vielzahl struktureller Faktoren zu erklären. Generell hatte sich die Bundesrepublik seit dem Zweiten Weltkrieg stets als Befürworterin weiterer Integrationsfortschritte profiliert. Wichtig war auch die föderale Struktur der westdeutschen Sicherheitsbehörden, die sich konzeptionell leicht mit dem europäischen Mehrebenensystem in Einklang bringen ließ. Ein wesentlicher Grund bestand zudem darin, dass die Bundesrepublik ein Pionier der computergestützten Polizeiarbeit und deshalb besonders interessiert an informationeller Vernetzung war. Vgl. Oberloskamp, *Codename TREVI* (Anm. 5), S. 19–24, S. 27f., S. 216; König (Anm. 21), S. 115f.

Weichenstellungen nach sich. Die im Augenblick des Anschlags eher als punktuelles, fremdes Problem perzipierte Gefahr terroristischer Geiselnahmen sollte zunehmend als Angelegenheit gesehen werden, von der die Bundesrepublik auch in Zukunft betroffen bleiben würde. Das BMI leitete Maßnahmen ein, um der Bedrohung langfristig und effektiv begegnen zu können: Die Informationsauswertung und die Planungs- und Entscheidungsprozesse der Sicherheitsbehörden wie auch der politischen Entscheidungsträger wurden stärker auf entsprechende Gefahrenlagen ausgerichtet, und es wurden speziell ausgebildete polizeiliche Eliteeinheiten gegründet, die letztlich eine Voraussetzung dafür waren, dass sich mittelfristig der Grundsatz staatlicher Unnachgiebigkeit gegenüber terroristischen Erpressun-

gen etablieren konnte. Darüber hinaus rückte das Olympia-Attentat die grenzüberschreitende Dimension der inneren Sicherheit in den Fokus und gab wichtige Impulse für eine verstärkte internationale Kooperation. Dabei wurde die Abwehr auch ausländischer Terroranschläge weiterhin als eine Aufgabe der Innenpolitik gesehen und mit entsprechenden Instrumenten angegangen.<sup>23</sup> Die vom BMI lancierte europäische Kooperation im Bereich der inneren Sicherheit sollte weiterverfolgt und ab Mitte der 1970er Jahre in die TREVI-Konferenz eingebracht werden, die den Auftakt für die heutige europäische Justiz- und Innenpolitik bildete.

**23** Erst nach den Anschlägen des 11. September 2001 sollte die Terrorismusbekämpfung zu einem zentralen Thema deutscher Außenpolitik werden, vgl. Knelangen (Anm. 11), S. 173f.

#### EVA OBERLOSKAMP

ist Historikerin und Habilitationsstipendiatin an der Ludwig-Maximilians-Universität München.  
e.oberloskamp@lrz.uni-muenchen.de



Herausgegeben von Jana Kärigel

Was ist Terrorismus? Wo liegen seine Wurzeln? Wie hat sich Terrorismus im Laufe der Jahrzehnte verändert – und was ist heute charakteristisch für ihn? Wer wird zum Terroristen oder zur Terroristin und warum? Wie lässt sich Terrorismus effektiv bekämpfen? Und wie kann es gelingen, die Opfer stärker in den Blick zu nehmen? Das Zeitbild „Terrorismus im 21. Jahrhundert“ geht diesen Fragen nach. Texte und Grafiken, Interviews und Fotos, Porträts und Kartenmaterial ermöglichen ungewöhnte Perspektiven, diskutieren aktuelle Kontroversen und machen blinde Flecken sichtbar.

bestellbar unter [www.bpb.de/zeitbilder](http://www.bpb.de/zeitbilder)



# ERINNERUNG AN DAS OLYMPIA-ATTENTAT 1972

## Eine transnationale Spurensuche in Deutschland und Israel

*Eitan M. Mashiah*

„Advokaten der Kriminellen sagen uns, dass verzweifelte Menschen verzweifelte Maßnahmen ergreifen und dass die Palästinenser verzweifelt sind. Alle Rückschläge und Tragödien, die den Palästinensern widerfuhr, sind auf ihren Extremismus und ihre Realitätsblindheit zurückzuführen, ohne aus der Vergangenheit zu lernen. Jedes Problem ist im Namen des Friedens lösbar, einschließlich der palästinensischen Schwierigkeiten. Das israelische Volk und die israelische Regierung sind allen dankbar, die an unserer Trauer teilnahmen. Israel dankt denjenigen, die Besorgnis und Widerspruch gegen die Gräueltaten zum Ausdruck brachten. Diese Worte wurden mutig über die Grenze hinweg ausgesprochen, auch gegen die jubelnden Stimmen in den Hauptstädten der arabischen Welt, die versuchten, den Mord zu verherrlichen.“<sup>01</sup>

Dieser Auszug aus der Traueransprache Yigal Allons, des damaligen stellvertretenden israelischen Premierministers Israels, zeigt die Fassungslosigkeit der israelischen Regierung über den Ausgang einer schrecklichen Serie von Ereignissen, die sich wenige Tage zuvor in Deutschland zugetragen hatte. Zugleich ist seine Rede ein bislang wenig beachteter rhetorischer Meilenstein von zeitgeschichtlicher Bedeutung. Ihr Anlass war die vorzeitige Rückkehr der israelischen Olympiadelegation am 7. September 1972 von den Olympischen Sommerspielen in München – elf von ihnen kehrten in Särgen in ihre Heimat zurück.<sup>02</sup> Die Geiselnahme israelischer Sportvertreter durch palästinensische Terroristen und ihr katastrophaler Ausgang, die Ermordung der elf unschuldigen Sportler und eines deutschen Polizisten, sind als „Münchener Olympia-Attentat“ in die Weltgeschichte eingegangen. Es löste ein unmittelbares internationales Echo der Entrüstung und der Anteilnahme aus – ein medialisiertes Echo, das durch die unmittelbare Live-Berichterstattung im Fernsehen sowie durch internatio-

nale Printmedien einen globalen Resonanzkörper erhielt. Beide Ereignisse, die Unmittelbarkeit des audiovisuellen TV-Events wie auch die anschließende Berichterstattung, übersteigen in kommunikativer Hinsicht alles bis dato Dagewesene.<sup>03</sup>

Die Bedeutung des Geschehens schlug sich neben der erwähnten medialen Berichterstattung auch in literarischen Produktionen nieder. Texte wie Serge Groussards „The Blood of Israel“ (1975), David B. Tinnins „The Hit Team“ (1976) oder George Jonas’ „Vengeance“ (1984) bilden eine bis heute zitierte literarische Grundlage zu diesem Thema, auch für neuere Abhandlungen wie Ulrike Draesners „Spiele“ (2007), Jean Matterns „September“ (2015) oder Sherko Fatahs „Schwarzer September“ (2019). Ohne auf ihren jeweiligen Wahrheitsgehalt einzugehen, ist diesen literarischen Werken gemein, dass sie nicht nur die umfangreiche Mythenbildung rund um dieses historische Ereignis nachhaltig begünstigten, sondern es auch für ein größeres Publikum erfahrbar machten. Nicht zuletzt führten diese schriftlichen kulturellen Transformationen zu audiovisuellen Adaptionen in TV-Dokumentationen, Doku-Dramen und Action-Spielfilmen, deren Narrationen auf den oben angeführten literarischen Texten beruhen. Dieses Wechselspiel zwischen Text und Film, zwischen Fakt und Fiktion, ist letztlich für die jeweilige deutende transkulturelle Rahmenerzählung verantwortlich. Dennoch ist gerade dies der Ausgangspunkt dafür, dass das historische Ereignis auf der transnationalen Wahrnehmungsebene der zurückliegenden 50 Jahre immer wieder neu überliefert und inszeniert wurde – ein Umstand, der das Münchener Olympia-Attentat als historisches Ereignis fundamental von anderen Gewalttaten abhebt und dazu beiträgt, dass es bis heute kaum etwas von seiner Aktualität verloren hat. Dieser Kontext birgt jedoch zugleich ebenfalls



ein Konfliktpotenzial, durch das die beteiligten Interessengruppen in einem aktiven transnationalen erinnerungspolitischen Diskurs stehen.

So wurde das internationale Echo der Trauer und der Entrüstung als Reaktion auf die tödliche Geiselnahme sowie die mündlich wie schriftlich zugesicherte Solidarität rasch durch transnationale politische und gesellschaftliche Barrieren gebrochen. Die Gewaltaktionen der palästinensischen Gruppierungen infolge der Münchner Ereignisse und seiner Nachwirkungen wurden international zunehmend als probates Mittel der „palästinensischen Frustration und Verzweiflung“ definiert und insofern entschuldigt.<sup>04</sup> Nicht selten wurden in diesem Kontext Opfer zu Tätern gemacht, etwa, wenn israelischen Vertretern vorgehalten wurde, den Terror nach München gebracht zu haben.<sup>05</sup> Im Schatten der politischen wie gesellschaftlichen Entwicklungen haben sich im Verlauf der vergangenen 50 Jahre in beiden von diesem historischen Ereignis primär tangierten Ländern, Deutschland wie Israel, unterschiedliche Erinnerungsprozesse entwickelt, von denen im Folgenden insbesondere die aktuellsten Entwicklungen näher beleuchtet werden.

Meine Analyse der transnationalen Spurensuche „Münchner Olympia-Attentat“ basiert auf dem „Travelling Memory“-Ansatz der Kulturwissenschaftlerin Astrid Erll.<sup>06</sup> Dieses Konzept, zu Deutsch „Wandergedächtnis“, ist eine Weiterführung des Axioms über das „transkulturelle Gedächtnis“, das seit 2010 im Bereich der Gedächtnisforschung immer mehr an Bedeutung gewinnt. Der sogenannte *transcultural turn* beschreibt vor dem Hintergrund transnationaler Verschränkungen die wissenschaftliche Annahme, dass das Produkt „kollektiver Erinnerung“ nicht mehr nur

ausschließlich das Produkt begrenzter „Kulturen“, begrenzter „sozialer Gruppen“ sei, die traditionell als Nationalkulturen definiert sind. Das transkulturelle Gedächtnis ist vielmehr bestimmt durch die Bewegung und Unschärfe des Gedächtnisses in Kulturbereichen und der mit diesen assoziierten sozialen Gruppen.<sup>07</sup> Durch die vielfachen diachronen Bewegungen in analogen wie digitalen Räumen und Zeiten sowie die inkorporierten Verknüpfungen und Vermischungen von Erinnerungen vereinnahmen transkulturelle Gedächtnisräume wie das Münchner Olympia-Attentat die – teilweise diametral gegensätzlichen – Erinnerungen der beteiligten Erinnerungsakteure.

## EREIGNISSE UND FOLGEN

Die Chronologie der Ereignisse darf trotz ihrer vielen Leerstellen in Grundzügen als allgemein bekannt vorausgesetzt werden.<sup>08</sup> Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Geiselnahme vordergründig dem Zweck diene, die Freilassung von in Israel inhaftierten palästinensischen Gefängnisinsassen zu erzwingen. Nur durch Glück im Unglück konnten die Geiselnahmer lediglich 11 der 27 Mitglieder der israelischen Delegation in ihre Gewalt bringen. Es entwickelte sich ein 18-stündiger von internationalen Medien begleiteter Verhandlungsmarathon, der sich in der Connollystraße vor Haus 31 des Olympischen Dorfes zwischen den Terroristen und dem Krisenstab abspielte. Am Ende aber versagte das Krisenmanagement auf furchtbare Weise, und ein Showdown zwischen Geiselnahmern und Polizei auf dem Militärflughafen Fürstenfeldbruck endete mit dem Tod von neun Geiseln – zwei waren bereits zu Beginn der Geiselnahme im Olympischen Dorf ermordet worden –, eines Polizisten sowie fünf der acht Terroristen.

Der israelischen Seite waren affektive und internationalisierte Gewaltaktionen gegen jüdische und israelische Einrichtungen sowie Unterstützer

**01** Kanal 1: Die Trauerfeier für die Opfer von München, 7.9.1972 (Hebräisch), [www.youtube.com/watch?v=npi61qo\\_S4M&t=2s](http://www.youtube.com/watch?v=npi61qo_S4M&t=2s).

**02** Zehn der elf Opfer wurden an diesem Tag an verschiedenen Orten in Israel beigesetzt. Lediglich der Leichnam David Bergers wurde auf Bitten der Familie mit einer Militärmaschine in die USA gebracht und dort nahe dem elterlichen Wohnsitz auf dem Mayfield Cemetery, Cleveland Heights, Ohio, beigesetzt.

**03** Vgl. Brigitte L. Nacos, *Mass-Mediated Terrorism. Mainstream and Digital Media in Terrorism and Counterterrorism*, Lanham u. a. 2016<sup>3</sup>, S. 35.

**04** *The Middle East: 24 Years of Bitterness (News in English)*, in: *Süddeutsche Zeitung (SZ)*, 9.9.1972, S. 26.

**05** Vgl. Susanne Knaul, *Nicht das geringste Interesse, zu helfen*, in: *Die Tageszeitung*, 4.9.2017, S. 3.

**06** Vgl. Astrid Erll, *Traveling Memory*, in: *Parallax* 4/2011, S. 4–18.

**07** Vgl. dies., *Transcultural Memory*, 1.6.2015, <http://journals.openedition.org/temoigner/1500>; Robin Wagner-Pacifici, *What is an Event?*, Chicago–London 2017, S. 84–87.

**08** Als Basislektüre siehe Kay Schiller/Christopher Young, *The 1972 Munich Olympics and the Making of Modern Germany*, Berkeley–Los Angeles 2010; David Clay Large, *Munich 1972. Tragedy, Terror, and Triumph at the Olympic Games*, Lanham u. a. 2012. Die derzeit aktuellste Zusammenfassung der Ereignisse bietet Sven Felix Kellerhoff, *Anschlag auf Olympia. Was 1972 in München wirklich geschah*, Darmstadt 2022.

längst bekannt. Aktionen palästinensischer Terrorgruppen – wie die Entführung von vier Passagierflugzeugen der Gesellschaften TWA, Swissair, Pan Am und BOAC am 6. September 1970 mit der anschließenden Sprengung vor laufenden Kameras auf dem Dawson's Flugfeld in Zarqa, Jordanien, eine Woche darauf – waren letztlich eine der wesentlichen Grundlagen für die Entscheidung der israelischen Regierung, Terroristen keine Zugeständnisse zu machen.<sup>09</sup> Dieser Umstand war den Drahtziehern um Abu Daud und Abu Ijad sehr wohl bekannt<sup>10</sup> – ihnen ging es vielmehr darum, die Medialität der Münchner Spiele zu nutzen und die Weltgemeinschaft auf die palästinensische Situation aufmerksam zu machen.<sup>11</sup>

Eine vom damaligen Bundeskanzler Willy Brandt versprochene Untersuchung der Vorgänge nach der Tragödie sprach die Verantwortlichen des Krisenstabs von jeglicher Schuld frei. Personelle Konsequenzen wurden nie gezogen, im Gegenteil: Die Mitglieder des Krisenstabs wiesen jegliche Verantwortung von sich, mit der Hauptbegründung, dass die Geiseln „durch die Entscheidung der israelischen Regierung“<sup>12</sup> bereits dem Tode geweiht gewesen seien. Die Münchner Spiele wurden schließlich nach einer emotionalen Trauerfeier in reduzierter Form fortgesetzt, getreu dem von IOC-Präsident Avery Brundage ausgegebenen Motto „The games must go on!“ Trotz des massiven Widerstands der israelischen Regierung beugten sich die Bundesregierung und die bayerischen Behörden aber letztlich dem Terror: Die Entführung der Lufthansa-Maschine LH 615 am 29. Oktober 1972 führte zum Austausch der drei noch lebenden Attentäter.<sup>13</sup> Am Ende desselben Jahres wurde Israel vom Olympischen Organisationskomitee (OK) gar zu den eigentlichen Siegern der Münchner Spiele gezählt, wie aus dem Fazit seiner

Abschlussitzung hervorgeht, weil ihm „durch die Ermordung der Teammitglieder international große Sympathiewerte zugekommen“ waren.<sup>14</sup> Darüber hinaus war sich das OK 1973 sicher, dass das Ereignis – wenn überhaupt – nur eine geringe transgenerationelle Bedeutung erfahren würde.

Die Bundesregierung wie auch die israelische Regierung veranlassten unmittelbar nach dem Olympia-Attentat komplexe Anti-Terror-Aktionen. Dabei wurden die deutschen Abschiebemaßnahmen von sich in Westdeutschland befindlichen Arabern wie auch die israelischen Maßnahmen durch narrative Rahmungen in den Medien beider Länder begleitet. Es lässt sich feststellen, dass Schlagzeilen wie „Israelis überfallen Palästinenser-Lager“<sup>15</sup> dazu geeignet waren, die Wahrnehmung der Rezipienten nachhaltig zu Gunsten der palästinensischen Seite zu beeinflussen.

## MOTIVE UND BILDER

„Wenn die Welt nicht bereit ist, über das Schicksal der Palästinenser nachzudenken, dann wird der Welt dasselbe Schicksal, das die Palästinenser erlitten haben, nicht erspart bleiben.“<sup>16</sup> So schrieb der palästinensische Politiker Abdallah Frangi in den 1980er Jahren über die Entstehung der Terrororganisation „Schwarzer September“, die sich zur Münchner Aktion bekannt hatte. Aus dieser Aussage lassen sich drei wesentliche Motivationen für die Ausführung des Olympia-Attentats ableiten:

Zunächst diente die Geiselnahme primär weniger der einstweiligen Verortung des entsprechenden physischen Gewaltaktes, sondern dazu, dass dieser in „einem visuellen Rahmen“<sup>17</sup> möglichst zeitgleich in den jeweils gängigen Massenmedien in die ganze Welt übertragen wurde.<sup>18</sup> Daraus erwuchs das Ziel, wie auch Frangi andeutet, die Zuschauer unmittelbar in die Ereignisse zu involvieren und nachhaltig zu schockieren.<sup>19</sup> Auf diese Weise tritt der psychologische Effekt ein, dass die Hilflosigkeit der Betroffenen

**09** Vgl. Aaron J. Klein, *Striking Back. The 1972 Munich Olympics Massacre and Israel's Deadly Response*, New York 2005, S. 14–28; Jeffrey Herf, *Undeclared Wars with Israel. East Germany and the West German Far Left 1967–1989*, Cambridge 2016, S. 161–189.

**10** Vgl. Abu Ijad, *My Home, My Land. A Narrative of the Palestinian Struggle*, New York 1981, S. 105; Abou Daoud, *Palestine. De Jérusalem à Munich*, Éditions Anne Carrière, Paris 1999, S. 605–637.

**11** Vgl. Ronen Bergmann, *Rise and Kill First. The Secret History of Israel's Targeted Assassinations*, New York 2018, S. 151 ff.

**12** Vgl. Stefan Klein, *Terror zerstört die heiteren Spiele*, in: *Süddeutsche Zeitung*, 5. 9. 1973, S. 11.

**13** Vgl. Barbara Veit, *Geglückte Operation*, in: *SZ*, 16. 10. 1975, S. 34.

**14** Stadtarchiv München, Akte Olympiade 1972, S. 566.

**15** Carl E. Buchalla, *Israelis überfallen Palästinenser-Lager*, in: *SZ*, 22. 2. 1973, S. 1.

**16** Abdallah Frangi, *The PLO and Palestine*, London 1983, S. 119.

**17** Charlotte Klöckner, *Terror. Wenn Bilder zu Waffen werden*, Frankfurt/M. 2017, S. 65.

**18** Zur Medialität des Olympia-Attentats vgl. Nacos (Anm. 3), S. 119f.

**19** Vgl. Friedrich Hacker, *Terror*, Reinbek 1975, S. 23.

zur Selbstwirksamkeit der Ausführenden wird.<sup>20</sup> Die soziokulturelle Wirkmächtigkeit der bewegten und bewegenden Bildsequenzen, die sogenannten Bildikonen, sind gerade im Kontext des Olympia-Attentats von zentraler Bedeutung, schaffen sie doch durch die von ihnen ausgehende Symbolwirkung einen nachhaltigen generationsübergreifenden Wiedererkennungswert. Dies gilt insbesondere für das Bild des vermummten Geiselnahmers auf dem Balkon des Appartements in der Connollystraße, das sich im globalen visuellen Gedächtnis festgesetzt hat. Es ist das sich stets wiederholende Motiv jenes Tages, das bei den Zuschauern damals wie heute ein „vages Gefühl der Bedrohung und Beklemmung“ erzeugt.<sup>21</sup>

Ein weiterer zentraler Beweggrund ist, dass es Jassir Arafat, Gründungsmitglied und langjähriger Vorsitzender der Fatah, der der Schwarze September als Unterorganisation nominell angehörte, auch darum ging, seine Führungsposition innerhalb seiner Partei sowie darüber hinaus die Führungsrolle der Fatah innerhalb der Dachorganisation der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) zu stabilisieren.<sup>22</sup> Die Fatah war und ist zwar die größte Partei innerhalb der PLO, jedoch ist ihr Führungsanspruch zu keiner Zeit unbestritten gewesen. In diesem Zusammenhang kann die zeitliche Parallelität der erwähnten Flugzeugentführungen herangezogen werden. Diese gingen auf das Konto der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP), was ihr Ansehen und Unterstützung unter der Bevölkerung sicherte. Die Medienwirksamkeit der Münchner Aktion verlagerte die öffentliche Meinung innerhalb der palästinensischen Gesellschaft schließlich wieder ein Stück weit zugunsten der Fatah und ihrer Vertreter. Auch der Umstand, dass durch das Olympia-Attentat und nachfolgende Terroranschläge die sich abzeichnende politische Entspannung zwischen Israel und einer Reihe von arabischen Staaten wie dem Libanon oder Ägypten nachhaltig gestört wurde, sollte nicht außer Acht gelassen werden.<sup>23</sup> Eine solche

Entwicklung galt es für die PLO zu verhindern, da sich dies nachteilig auf ihre Stellung in diesen Ländern ausgewirkt hätte. Die Führungsrolle der Fatah und Arafats war insofern nötig, um die konkurrierenden Fraktionen nach außen zu einen und als legitimer Vertreter palästinensischer Interessen anerkannt zu werden – was Arafat im Laufe der nachfolgenden Jahre auch gelingen sollte.

Ein letzter Hintergrund liegt im Narrativ der palästinensischen Vertreter: Jahrzehntlang wurde immer wieder betont, dass die als Affront aufgefasste ausgebliebene Antwort des IOC auf die Frage nach der Teilnahme einer palästinensischen Mannschaft bei den Münchner Spielen ein wesentlicher Anlass der Münchner Aktion war. Die genauen Umstände der nachträglich konstruierten Rechtfertigung liegen im Dunkeln, jedoch finden sich in der Autobiografie des PLO-Spionagechefs Abu Iyad Anhaltspunkte, die auf eine ernsthafte Verstimmung der PLO gegenüber dem IOC deuten: „Anfang 1972 schickte die PLO einen offiziellen Brief an das Komitee der Olympischen Spiele, in dem sie vorschlug, dass ein Team palästinensischer Athleten an den Spielen teilnehmen sollte. Da keine Antwort kam, wurde ein zweiter Brief verschickt, der ebenfalls nur höhnisches Schweigen hervorrief. Es war klar, dass wir für diese ehrenwerte Institution, die behauptet, unpolitisch zu sein, nicht existierten oder schlimmer noch, es nicht verdienten, zu existieren.“<sup>24</sup> Der Grund für die ausgebliebene Antwort ist jedoch eher in den Regularien des IOC begründet, die zum 1. Januar 1952 die Körperschaft des Nationalen Olympischen Komitees Israel als Nachfolger des 1948 erloschenen Olympischen Komitees Palästinas sahen, da sich zu dieser Zeit die palästinensischen Organisationen nicht auf den Teilungsplan der Vereinten Nationen verständigen konnten und sich als einzige rechtliche Nachfolger sahen.<sup>25</sup>

Mit der Ermordung der israelischen Delegationsmitglieder wurde dem israelischen Sport nachhaltiger Schaden zugefügt. Schwerwiegender jedoch ist seither das Imageproblem israelischer Mannschaften bei internationalen Turnieren. Die unverhohlene Kritik am israelischen Staat und am anhaltenden Konflikt mit den Palästinensern hat zu einer anhaltenden Isolation geführt, getragen von dominierenden arabischen Staaten. Ausschließ-

<sup>20</sup> Vgl. Klonk (Anm. 17), S. 49.

<sup>21</sup> Ebd., S. 152.

<sup>22</sup> Obwohl dies von Arafat und anderen führenden Mitgliedern der Fatah aus politischen Gründen stets bestritten wurde. Vgl. Thomas Riegler, Das „Spinnennetz“ des internationalen Terrorismus, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 4/2012, S. 579–601, hier S. 582 ff.; vgl. Carl E. Buchalla, Fatah-Mitglieder im „Schwarzen September“, in: Süddeutsche Zeitung, 15.3.1973, S. 7.

<sup>23</sup> Vgl. Hacker (Anm. 19), S. 57 f.

<sup>24</sup> Vgl. Iyad (Anm. 10), S. 106.

<sup>25</sup> Vgl. San Charles Haddad, *The File. Origins of the Munich Massacre*, New York–Nashville 2020, S. 233–235.

se und Boykotte werden hierbei meist durch Sicherheitsargumente bemäntelt, wie bei Israels Ausschluss von den Asian Games 1981.<sup>26</sup>

### 50 JAHRE ERINNERUNG

Beide durch das Olympia-Attentat tangierten Staaten, Deutschland und Israel, haben über die vergangenen fünf Jahrzehnte in dynamischen, stets variierenden Konstellationen von zum Teil transnationalen Interessengruppen den Ereignissen von München und damit auch den Opfern Denkmäler gesetzt. In Israel hat sich die Terminologie der „Elf Opfer von München“ rasch im kollektiven Gedächtnis etabliert. Die Erinnerungsformen, die sich aufs ganze Land verteilt finden, variieren stark: So wurden neben traditionellen plastischen Denkmälern auch Bäume gepflanzt, Straßen, Plätze, Fitnessräume, Stadien und Synagogen nach den Opfern benannt sowie Briefmarkenserien herausgegeben. Zudem wurden nationale wie internationale sportliche Wettkämpfe und Turniere im Gedenken an die Opfer ausgerichtet. Diese Form der aktiven Erinnerung geht auf die unmittelbaren erinnerungspolitischen Dynamiken der Jahre 1972 bis 1977 zurück, in denen die einzelnen Interessenverbände sportliche Wettbewerbe als eine Form des aktiven, transitiven Erinnerens für die jeweiligen Vertreter etablierten.

Die derzeit aktuellste Form des Erinnerungsträgers im Andenken an die Münchner Opfer ist das neue Gemeinschafts- und Sportzentrum der Stadt Or Yehuda, das zum 50. Jahrestag am 5. September 2022 eingeweiht werden soll, aber bereits für die Öffentlichkeit zugänglich ist.<sup>27</sup> Die Besonderheit der den „Elf Opfern von München“ gewidmeten Sporthalle ist, dass sie letztlich ein Hybrid der vorhergenannten Erinnerungsformen darstellt: Denkmal und sportlich-aktiver Rahmen. Eine gläserne Gedenktafel im Foyer umfasst neben den Namen und Fotos der Opfer auch eine Kontextualisierung. So dienen die Opfer des Münchner Massakers emblematisch als Namensgeber, da „dieses Ereignis (...) heute, Jahrzehnte nach dem Vorfall, aufgrund der Umstände seines Geschehens (...) während des wichtigsten Sport-



Gedenktafel für die Opfer von München in Or Yehuda, Israel.

© Eitan M. Mashiah

ereignisses als einer der bekannten Terrorakte [gilt]. Damit die Erinnerung an dieses Ereignis auch in der nächsten Generation präsent bleibt, (...) [wird] das Gedenken an die Opfer durch eine Sporthalle [gefördert], die der Jugend der Stadt über Generationen dienen wird.“<sup>28</sup> Der hybride Charakter dieses Erinnerungsortes wird zudem durch einen QR-Code auf der Tafel erweitert. Dieser ist der Übergang zu einer (geplanten) digitalen Informations- und Gedenkplattform.<sup>29</sup>

In Deutschland wurde dem Olympia-Attentat über drei Jahrzehnte hinweg mit einer Gedenktafel in der Connollystraße 31 gedacht. Durch erinnerungspolitische Dynamiken in den 1990er Jahren wurde dieser Rahmen zunächst 1995 durch

<sup>26</sup> Vgl. Israel Rosenblatt, Asien den Asiaten (Hebräisch), in: Maariv, 9.10.1974, S. 5.

<sup>27</sup> Vgl. Asi Maman, Die Halle in Or Yehuda wird nach den elf Opfern von München benannt (Hebräisch), 19.12.2021, www.ynet.co.il/sport/article/one399786.

<sup>28</sup> Ebd.

<sup>29</sup> Derzeit, im August 2022, führt der QR-Code zur hebräischen Wikipedia-Seite zum Olympia-Attentat ([https://he.wikipedia.org/wiki/האירופסה\\_חבט](https://he.wikipedia.org/wiki/האירופסה_חבט)). Dies ist jedoch eine Zwischenlösung bis zur Fertigstellung einer eigenen Gedenk-Homepage.



Erinnerungsort Münchner Olympia-Attentat auf dem Olympiagelände.

© Eitan M. Mashiah

den sogenannten Klagebalken, ein im Münchner Olympiapark eingeweihtes Mahnmal des Künstlers Fritz König, und schließlich 1999 durch die Gedenkstätte des Bildhauers Hannes L. Götz am Fliegerhorst Fürstenfeldbruck erweitert. Weitere Bezugspunkte auf lokaler wie überregionaler Ebene sind museale Ausstellungen in verschiedenen Museen, die sich mit dem Attentat als historischen Meilenstein der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte befassen.<sup>30</sup> Doch erst zum 45. Jahrestag 2017 wurde der auffälligere Erinnerungsort Münchner Olympia-Attentat im Münchner Olympiapark eingeweiht. Auch dieser Erinnerungsort ist letztlich ein Hybrid, der Denkmal, Museum und Gedenkstätte in sich vereint. Der in einen Hügel des Münchner Olympiaparks geschnittene und ganzjährig geöffnete multimediale Gedenkraum besteht aus zwei miteinander verbundenen Elementen: auf der einen Seite aus einem etwa 30 Quadratmeter großen Bildschirm, auf dem in Endlosschleife eine zehnminütige audiovi-

suelle Videoinstallation mit historischem Filmmaterial die Ereignisse des 5. und 6. September 1972 in Szene setzt. Diese Filmaufnahmen sind in einen sensiblen narratologischen Rahmen eingefügt, der ebenfalls partiell Vor- und Nachgeschichte des Olympia-Attentats vermittelt. Das korrespondierende Element hierzu ist die zweiseitige Erinnerungsstele, die auf der einen Seite sieben und auf der anderen Seite fünf der insgesamt zwölf Opferbiografien zeigt – und damit auch die Biografie des bei dem Versuch der Geiselnbefreiung ums Leben gekommenen deutschen Polizisten einschließt. Bemerkenswert sind vor allem die bildhaft wiedergegebenen persönlichen „Artefakte“, die jeder Opferbiografie zugeordnet sind und den Besuchern einen weiteren emotionalen Zugang ermöglichen sollen. Über einen freien Internet-Hotspot wird zudem ein erweitertes Informationsangebot auf einer Website des Bayerischen Staatsministeriums für Bildung zugänglich gemacht.<sup>31</sup> Der Münchner Erinnerungsort Olympia-Attentat 1972 ist somit eine wichtige Ergänzung zu den Erinnerungsclustern am authentischen Ort der Geiselnahme.

<sup>30</sup> Vgl. Bayerisches Staatsministerium für Bildung, Kultus, Wissenschaft und Kunst (Hrsg.), Erinnerungsort Olympia-Attentat München 1972, dreisprachiges Programm zur Eröffnung des Erinnerungsortes am 6.9.2017.

<sup>31</sup> Siehe [www.km.bayern.de/eltern/erziehung-und-bildung/erinnerungsort-olympia-attentat-muenchen-1972.html](http://www.km.bayern.de/eltern/erziehung-und-bildung/erinnerungsort-olympia-attentat-muenchen-1972.html).



Doch sind auch hier weitere Entwicklungsprozesse für den Ort Fürstenfeldbruck im Gang, diesen bislang nicht zugänglichen authentischen Ort zum 50. Jahrestag in Form eines digitalen Erinnerungsortes für eine breite Öffentlichkeit bege- und erfahrbar zu machen. Die Basis dieses interaktiven medialen Erinnerungsortes wird laut offiziellen Ankündigungen ein multimedial aufbereitetes 3D-Modell des alten Towers sein, um den sich die Besucher digital bewegen und aktiv in die Geschehnisse eintauchen können.<sup>32</sup> Dies wird durch eine Vielzahl von audiovisuellen Bausteinen sowie neu ausgewertetes Archivmaterial ermöglicht. Besondere Aufmerksamkeit liegt auch hier einmal mehr auf den zum Teil wenig bekannten Berichten von Zeitzeugen, die damals in die Geschehnisse involviert waren. Auch sollen problematische Themenfelder der Vor- und Nachgeschichte, wie die lange Zeit nicht erhörten Forderungen der Hinterbliebenen nach Aufklärung und finanzieller Entschädigung, hier nicht ausgespart werden. Klar herausgestellt wird in der Konzeption, dass der digitale Erinnerungsort den authentischen Ort nicht ersetzen, sondern digital erweitern soll, insbesondere solange er aufgrund seiner derzeitigen militärischen Nutzung bis 2026 nicht öffentlich zugänglich ist. Das komplexe interaktive Angebot richtet sich vor allem an Jugendliche und ist in diesem Kontext als zusätzliches Bildungsangebot konzipiert, das daher auch ohne direkten Ortsbezug auskommt. Medientechnologien dieser Art werden insofern zu einem integralen Bestandteil der Erinnerungskultur, als sie der Beziehung zwischen dem jeweiligen Individuum, den jeweiligen audio-visuellen Erinnerungsformen und dem singulären „authentischen Ort“ eine weitere Dimension hinzufügen.

## FAZIT

Das Olympia-Attentat von 1972 war anders als etwa 9/11 kein grundlegender „Wendepunkt“ der Zeitgeschichte,<sup>33</sup> es kann nicht einmal als epochales Ereignis betrachtet werden. Dennoch nimmt es in diachroner transkultureller Wahrnehmung der nicht nur durch dieses Ereignis miteinander verbundenen Nationen Deutschland und Isra-

el einen ganz speziellen Platz ein. Schwer wiegen das Trauma, die Wut und die Frustration bei den wortführenden Vertreterinnen der Hinterbliebenen. Sie mussten sich für das Gedenken an ihre Ehemänner, Väter und Brüder einem fünf Jahrzehnte dauernden Kampf um Anerkennung und Entschädigung aussetzen – einem Kampf, der immer noch andauert. Schwer wiegt auch das Resultat der Isolation Israels basierend auf dem anhaltenden Konflikt mit palästinensischen Interessengruppen, deren Vertreter ihrerseits das Münchner Olympia-Attentat nach wie vor als „Qualitätsoperation“ bezeichnen und es somit auch nach 50 Jahren noch verherrlichen, wie damals schon Yigal Allon bei der Trauerfeier kritisiert hatte.

Damit nicht genug, sie forcieren zudem die Isolation Israels im Sport, indem sie öffentlichkeitswirksam Israels Ausschluss von internationalen sportlichen Dachorganisationen fordern oder auch über andere vorrangig arabische Länder den sportlichen Boykott israelischer Mannschaften und Sportler in internationalen Wettkämpfen begrüßen. Dabei, so zeigt die israelische Erinnerungskultur rund um die Wahrnehmung des Olympia-Attentat-Komplexes, sind es vor allem sportliche Aktivitäten, die im Zentrum der israelischen Erinnerungspraktiken stehen. Es ist hier die aktive Teilnahme an einem identitätsstiftenden öffentlichen Gedenken, die als Brücke zwischen Individuum und Gemeinschaft fungiert, die nun auch mit einer digitalen Komponente untermauert wird.

Demgegenüber steht die deutsche Erinnerungskultur mit ihren vorrangig museal eingebetteten physisch-statischen wie audiovisuellen Denkmälern, die nun im Münchner Erinnerungsort von Fürstenfeldbruck um eine interaktive Komponente erweitert werden. Der Schritt hinein in die digitale Erinnerungslandschaft hat das Potenzial, institutionalisiertes Gedenken durch die interaktive Integration der transkulturellen Öffentlichkeit zu erweitern und trivial anmutende Gedenkrituale mit nachhaltiger Wertigkeit zu füllen.

## EITAN M. MASHIAH

ist Historiker und promoviert derzeit an der Hebräischen Universität von Jerusalem sowie der Freien Universität Berlin über das deutsche und israelische Gedenken an das Olympia-Attentat. eitanmarcmashiah@gmail.com

<sup>32</sup> Vgl. Peter Bierl, Digitale Erinnerung ans Olympia-Attentat, in: SZ, 4. 6. 2022, S. R7.

<sup>33</sup> Vgl. Christian Staas, 1972 war kein Wendepunkt, in: Die Zeit, 30. 8. 2012, S. 19.

# PLÖTZLICH IM MITTELPUNKT

## Palästinenser in der Bundesrepublik und der Anschlag 1972 in München

*Joseph Ben Prestel*

PalästinenserInnen lebten lange Zeit von der Öffentlichkeit nahezu unbemerkt in der Bundesrepublik. Seit den späten 1950er Jahren zogen mehrere Tausend arabischsprachige Menschen, die im Völkerbundsmandat für Palästina (1920–1948) geboren worden waren, in Städte wie Mannheim, Münster oder Frankfurt. Die meisten von ihnen waren 1948 infolge des arabisch-israelischen Kriegs nach Jordanien, Syrien, Ägypten und in den Libanon geflüchtet. Nach ihrem Schulabschluss kamen sie in die noch junge Bundesrepublik Deutschland, um zu arbeiten oder zu studieren.

Mit dem Anschlag auf das israelische Team bei den Olympischen Spielen in München rückte diese Gruppe von MigrantInnen auf einmal in den Fokus des öffentlichen Interesses. Im Herbst 1972 fragten Printmedien vom „Spiegel“ bis zur „Bild“: Wie viele PalästinenserInnen lebten eigentlich in der Bundesrepublik? Konnte man ihnen vertrauen? Welche Verbindungen unterhielten sie zu bewaffneten Gruppen im Nahen Osten? Auch die Behörden nahmen PalästinenserInnen verstärkt ins Visier. Innerhalb eines Monats wurden Schätzungen zufolge über 200 Menschen aus der Bundesrepublik ausgewiesen, die Einreise für BürgerInnen arabischer Staaten erschwert und mehrere palästinensische Vereinigungen verboten.<sup>01</sup>

Der Anschlag von München hatte somit auch spürbare Folgen für in der Bundesrepublik lebende PalästinenserInnen. Doch wie genau setzte sich die palästinensische Diaspora in Westdeutschland zusammen? Wie nahmen PalästinenserInnen die Ereignisse vom Herbst 1972 wahr? Und welche Reaktionen gab es auf die Presseberichte und die Maßnahmen der Bundesbehörden?

Der folgende Beitrag greift zur Beantwortung dieser Fragen auch auf palästinensische Quellen zurück. Verschiedene Archivdokumen-

te, Interviews, Autobiografien, arabische Zeitungen und Zeitschriften geben Einblicke in eine noch kaum erforschte Geschichte von PalästinenserInnen in der Bundesrepublik. In einem ersten Schritt wird das Entstehen der palästinensischen Diaspora in Westdeutschland seit den späten 1950er Jahren dargestellt. Für diese Gruppe von Menschen stellen der Sechstagerkrieg von 1967 und das Aufkommen politischer Gewalt durch palästinensische Gruppen einen gravierenden Einschnitt dar, wie der zweite Teil des Beitrags verdeutlicht. Der dritte Teil fokussiert auf den Anschlag von 1972 und seine Folgen für PalästinenserInnen in der Bundesrepublik. In einem letzten Schritt soll gezeigt werden, wie die Reaktion der Behörden zu einer neuen Mobilisierung von PalästinenserInnen und ihren linken Verbündeten führte.

### PALÄSTINENSISCHE DIASPORA IN WESTDEUTSCHLAND

Mit dem arabisch-israelischen Krieg und der Gründung Israels 1948 flüchteten etwa 700 000 PalästinenserInnen aus dem Gebiet des neuen jüdischen Staats. Die meisten PalästinenserInnen flohen nach Jordanien, das 1950 das Westjordanland und Ost-Jerusalem annektiert hatte. In den 1950er Jahren stammten etwa zwei Drittel der jordanischen Bevölkerung aus dem ehemaligen Völkerbundsmandat für Palästina. Die geflüchteten PalästinenserInnen befanden sich häufig in einer wirtschaftlich schwierigen Lage. Zum Verlust von Eigentum und der Erfahrung von Flucht und Vertreibung kam hinzu, dass viele der Nachbarländer Israels kaum ausreichende Studien- und Arbeitsmöglichkeiten boten. Vor diesem Hintergrund zogen insbesondere junge palästinensische Männer in Staaten, die ihnen bessere Zukunftsaussichten boten.



Ein besonders beliebtes Ziel waren dabei Golfstaaten wie Kuwait, Qatar oder Saudi-Arabien. In diesen Ländern, die mithilfe der Einnahmen aus dem Ölgeschäft ihre Städte und öffentliche Infrastruktur ausbauten, herrschte eine große Nachfrage nach gut ausgebildeten Arbeitskräften.<sup>02</sup> Seit den späten 1950er Jahren wurde auch Westdeutschland zu einer wichtigen Destination für junge Palästinenser, die aus Jordanien oder Ägypten auswanderten, um zu studieren oder zu arbeiten. Die Bundesrepublik bot verschiedene Vorteile, vor allem im Hinblick auf Arbeitsmöglichkeiten. Das dynamische Wirtschaftswachstum hatte zu einem Arbeitskräftemangel geführt, den die westdeutsche Regierung mithilfe der Anwerbeabkommen für sogenannte Gastarbeiter zu lindern suchte. Auch mit Jordanien, aus dem viele Palästinenser auswanderten, gab es Gespräche über ein solches Abkommen, das jedoch nicht zustande kam.<sup>03</sup>

Diese Lücke füllten private Vermittlungsagenturen. In der Ost-Jerusalem Zeitung „Filastin“ (Palästina) fanden sich in den frühen 1960er Jahren regelmäßig Anzeigen, die Arbeitsstellen in Westdeutschland versprachen.<sup>04</sup> Briefwechsel zwischen dem Bundesministerium für Wirtschaft und westdeutschen Firmen zeigen, dass sich Arbeitsvermittlungen in Jordanien direkt mit Arbeitgebern in der Bundesrepublik austauschten.<sup>05</sup> Auf diese Weise kamen mehrere Tausend Palästinenser als Arbeiter nach Westdeutschland, ohne eine offizielle Arbeitserlaubnis zu besitzen. 1965 ging Bundespräsident Heinrich Lübke in einem Gespräch mit dem jordanischen König Hussein von 4200 „jordanischen Gastarbeiter[n]“ aus, die sich „illegal“ in der Bundesrepublik aufhalten würden.<sup>06</sup> Auch zum Studium zogen PalästinenserInnen nach Westdeutschland. Die im Vergleich zu anderen westeuropäischen Ländern niedrigen Lebenskosten und die Gelegenheit, neben dem Studium arbeiten zu können, machten die Bundesrepublik besonders attraktiv. Politisch schien das Land für einige in seinem Verhältnis zu arabischen Ländern weniger belastet als etwa Großbritanni-

en und Frankreich – besonders nach deren Angriff auf Ägypten in der Suez-Krise von 1956.<sup>07</sup>

In der westdeutschen Öffentlichkeit wurden palästinensische MigrantInnen jedoch so gut wie nicht wahrgenommen. Bis heute ist ihre Spur in Archiven nur schwer nachzuverfolgen, denn die Menschen, die aus Gaza oder Ost-Jerusalem in die Bundesrepublik kamen, wurden von den Behörden meistens nach ihren Pässen kategorisiert, als Staatenlose oder Jordanier. „Palästina“ existierte nicht als Nationalstaat, dementsprechend tauchen in deutschen Archiven aus der Zeit keine palästinensischen Staatsbürger auf. Auch in der zeitgenössischen Presse fand sich der Ausdruck „Palästinenser“ nur selten. Viel eher war von „Palästina-Flüchtlingsen“ oder „Arabern“ die Rede.<sup>08</sup>

Aus historischer Perspektive können die PalästinenserInnen in der Bundesrepublik während der späten 1950er und frühen 1960er Jahre als Teil einer Diaspora bezeichnet werden.<sup>09</sup> Der Begriff ist insofern treffend, als dass diese Menschen in der Bundesrepublik keinen Flüchtlingsstatus beanspruchten. Viel eher kamen sie als Arbeiter und Studierende aus dem Nahen Osten nach Westdeutschland. Der Begriff bietet sich zweitens an, weil PalästinenserInnen genau in dieser Zeit ein geteiltes Verständnis einer Nation im Exil entwickelten. Besonders für die 1959 gegründete Fatah (Bewegung zur Nationalen Befreiung Palästinas) und die Generalunion Palästinensischer Studenten (GUPS) wurde die Bundesrepublik zu einem bedeutenden Standort.<sup>10</sup>

## POLITISCHE GEWALT SEIT 1967

Für PalästinenserInnen war der Sechstagekrieg von 1967 eine wichtige Zäsur. Der überraschend schnelle Sieg Israels über die Armeen Ägyptens, Jordaniens, Syriens und des Irak erschütterte die

**01** Vgl. Bundesarchiv (BArch), B 136/4374.

**02** Zu Kuwait vgl. Farah Al-Nakib, *Kuwait Transformed. A History of Oil and Urban Life*, Stanford 2016, S. 91–119.

**03** Vgl. dazu den Briefwechsel in: Auswärtiges Amt, Politisches Archiv (PA AA), Bestand B 36, Akte 197.

**04** Vgl. etwa die Anzeige in: *Filastin*, 19.9.1961, S. 4.

**05** BArch, B 149/2246.

**06** PA AA (Anm. 3).

**07** Zu den Beweggründen von PalästinenserInnen, in der Bundesrepublik zu studieren, vgl. etwa Abdallah Frangi, *Der Gesandte. Mein Leben für Palästina*, München 2011, S. 83; William Nassar, *Taghribat bani „fath“. Arba'un 'amman fi mataha fathawiyya*, Ramallah 2005, S. 22.

**08** Vgl. Joseph Ben Prestel, Heidelberg, Beirut und die „Dritte Welt“. Palästinensische Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland (1956–1972), in: *Zeithistorische Forschungen* 3/2019, S. 442–466.

**09** Zum Diaspora-Begriff vgl. Julie Peteet, *Problematising a Palestinian Diaspora*, in: *International Journal of Middle East Studies* 4/2007, S. 627–646.

**10** Vgl. Ido Zerkovitz, *Students and Resistance in Palestine: Books, Guns, and Politics*, London 2015.

politische Landschaft im Nahen Osten. PalästinenserInnen rückten nun von den pan-arabischen Allianzen ab, auf die sie zuvor im Konflikt mit Israel gebaut hatten. Anstatt auf die Armeen Ägyptens oder Syriens setzten sie nun verstärkt auf einen eigenständigen Kampf gegen den jüdischen Staat. Mit dieser neuen Strategie war die Stunde bewaffneter Gruppen wie der Fatah oder der neugegründeten Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) gekommen, die bis 1969 zu dominanten Kräften innerhalb der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) aufstiegen.<sup>11</sup>

PalästinenserInnen bemühten sich fortan auch verstärkt um die Aufmerksamkeit einer globalen Öffentlichkeit für ihre Sache. In Westeuropa erhoffte man sich besonders Beistand von linken Gruppen, die seit den 1960er Jahren ihre Solidarität mit der „Dritten Welt“ verkündeten.<sup>12</sup> So suchte die palästinensische Diaspora in der Bundesrepublik verstärkt den Kontakt zur Studentenbewegung und der Neuen Linken. Nach dem Sechstagekrieg veröffentlichten PalästinenserInnen Publikationen auf Deutsch, in denen sie den Konflikt mit Israel als einen Kampf gegen den Kolonialismus und Teil der „Befreiungskämpfe der Dritten Welt“ präsentierten. Auch mit Demonstrationen, Diskussionsveranstaltungen oder der Verbreitung palästinensischer Symbole wie dem sogenannten Arafat-Schal (Kufiya) half die palästinensische Diaspora dabei, eine linke Solidaritätsbewegung mit PalästinenserInnen in der Bundesrepublik in den späten 1960er Jahren aufzubauen.<sup>13</sup>

Zur palästinensischen „globalen Offensive“<sup>14</sup> nach 1967 gehörte auch politische Gewalt gegen israelische BürgerInnen und Einrichtungen. Mitglieder der PFLP entführten beispielsweise im Juli 1968 eine Passagiermaschine der israelischen Fluggesellschaft El Al von Rom nach Algier. Am 10. Februar 1970 kam es auch in München zu einem Anschlag: In der Transithalle des Flughafens München-Riem versuchten drei bewaffnete Palästinenser, die Passagiere einer El-Al-Maschine als Geiseln zu nehmen. Dabei töteten sie einen israelischen Staatsbürger. Am 21. Februar 1970 verübte die Splittergruppe „Volksfront zur Be-

freiung Palästinas – General Command“ (PFLP-GC) einen Bombenanschlag auf ein Flugzeug der Swissair, das von Zürich nach Tel Aviv fliegen sollte. Alle 47 PassagierInnen starben.<sup>15</sup>

Die Anschläge vom Frühjahr 1970 führten zu Diskussionen zwischen verschiedenen palästinensischen Gruppen über den Sinn und Zweck politischer Gewalt außerhalb des Nahen Ostens. Die Demokratische Volksfront zur Befreiung Palästinas (DFLP), die in mehreren westdeutschen Städten Unterstützer hatte, kritisierte Aktionen wie den Anschlag auf die Swissair-Maschine. Diese Form der Gewalt sei nichts anderes als „individueller Terror“, der nicht zu einer Massenbewegung führen könne.<sup>16</sup> Auch die PFLP stand den Anschlägen der PFLP-GC wenig positiv gegenüber. Allerdings lehnte sie eine allgemeine Kritik an politischer Gewalt außerhalb des Nahen Ostens ab.<sup>17</sup>

Im Herbst 1970 eskalierte die Gewalt auch in Jordanien, das sich nach 1967 zu einem wichtigen Stützpunkt bewaffneter palästinensischer Gruppen entwickelt hatte. Ein bereits länger schwelender Konflikt mit dem haschemitischen Königshaus um die Kontrolle im Land mündete in einem Bürgerkrieg, der als „Schwarzer September“ in die palästinensische Geschichte eingehen sollte. Nach der Niederlage in Jordanien verlegten Gruppen wie die Fatah und die PFLP ihre Aktivitäten vor allem nach Beirut, das zum Zentrum palästinensischer Politik wurde.

In den fünf Jahren vor dem Anschlag auf die olympischen Sommerspiele hatte sich somit viel verändert: Nach dem Sechstagekrieg hatten PalästinenserInnen eine weltweite Offensive gegen Israel begonnen, in der sie sowohl enge Verbindungen zu Linken in der Bundesrepublik knüpften als auch Anschläge in zahlreichen Ländern verübten. Dabei vertraten palästinensische Gruppen keine einheitliche Haltung zu politischer Gewalt außerhalb des Nahen Ostens. Vielmehr war eine unübersichtliche Landschaft bewaffneter Gruppen entstanden, die unterschiedliche politische Positionen einnahmen, zum Teil miteinander konkurrierten und verschiedene Verbündete im links-alternativen Milieu der Bundesrepublik hatten.

**11** Vgl. Paul Thomas Chamberlin, *The Global Offensive. The United States, the Palestine Liberation Organization, and the Making of the Post-Cold War Order*, Oxford 2012.

**12** Vgl. Quinn Slobodian, *Foreign Front. Third World Politics in Sixties West Germany*, Durham 2011.

**13** Vgl. Prestel (Anm. 8), S. 452–464.

**14** Vgl. Chamberlin (Anm. 11).

**15** Vgl. Wolfgang Kraushaar, „Wann endlich beginnt bei Euch der Kampf gegen die heilige Kuh Israel?“ Über die antisemitischen Wurzeln des deutschen Terrorismus, Reinbek 2013.

**16** Al-'amaliya al-kharijiya fi al-'amal al-fidayi' bayna al-irhabiya wa al-thawriya, in: al-Hurriya 504/1970, S. 10f.

**17** Hawla al-'amaliyat al-kharijiya, in: al-Hadaf 32/1970, S. 4f.

## DER ANSCHLAG 1972 UND SEINE FOLGEN

Im Herbst 1972 stand die palästinensische Diaspora in Westdeutschland plötzlich im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Am 5. September 1972 entführte und tötete ein Kommando der palästinensischen Organisation Schwarzer September elf Mitglieder des israelischen Olympiateams. Bei dem Feuergefecht mit westdeutschen Sicherheitskräften am Flughafen Fürstenfeldbruck kamen auch ein Polizist und fünf der acht palästinensischen Entführer ums Leben. Einige Wochen später, am 29. Oktober, entführten Palästinenser eine Lufthansa-Maschine, die von Damaskus nach Frankfurt fliegen sollte, und pressen so die drei überlebenden Attentäter aus dem Gefängnis in der Bundesrepublik frei.

Nach dem Anschlag in München berichtete die westdeutsche Presse ausführlich über PalästinenserInnen in der Bundesrepublik. Für die Titelstory der Ausgabe vom 17. September 1972 wählte „Der Spiegel“ als Überschrift ein Zitat des Münchner Kriminalpolizeidirektors Gustav Stogel: „Der Araber – dem ist nicht zu trauen“.<sup>18</sup> Die „Bild“-Zeitung setzte über ein Interview mit dem Präsidenten des Bundesamts für Verfassungsschutz die Schlagzeile: „Die Araber können jeden Tag wieder zuschlagen“.<sup>19</sup> Der Herausgeber des „Stern“, Henri Nannen, forderte, „alle Staatsangehörigen jener arabischen Staaten, die das Treiben der palästinensischen Terrororganisationen fördern, fristlos aus dem Bundesgebiet auszuweisen“.<sup>20</sup> Die Zeitschrift „Quick“ behauptete, dass der israelische Geheimdienst von 2000 bis 3000 Studenten und Arbeitern in der Bundesrepublik ausgehe, die „von palästinensischen Terror-Organisationen geschickt wurden“.<sup>21</sup>

Auch die westdeutschen Behörden sahen in der palästinensischen Diaspora eine Bedrohung. Bereits zwei Tage nach dem Anschlag von München wurden die Einreise von Staatsbürgern aus arabischen Staaten erschwert und die Visumsbestimmungen deutlich verschärft. Das Bundesin-

nenministerium ordnete an, besonders Menschen aus arabischen Staaten, die als Touristen einreisen wollten, an der Grenze zurückzuweisen. Mit Merkblättern auf Deutsch, Französisch, Englisch und Arabisch versuchte die Bundesregierung, an Flughäfen um Verständnis für die Kontrollen, Restriktionen und langen Wartezeiten zu werben. Trotzdem sah sie sich mit einer Welle von Protesten, insbesondere von deutschen Botschaften und Reisenden aus dem Nahen Osten, konfrontiert.<sup>22</sup>

In den folgenden Wochen wiesen die Behörden außerdem zahlreiche PalästinenserInnen aus der Bundesrepublik aus. Der Bundesverfassungsschutz schätzte, dass innerhalb eines Monats nach dem Anschlag 255 Ausweisungsverfügungen gegen BürgerInnen arabischer Staaten ergangen seien.<sup>23</sup> Die Ausweisungen wurden zumeist mit der Mitgliedschaft oder Unterstützung der Generalunion Palästinensischer Studenten oder der Fatah begründet. Am 4. Oktober 1972 verbot Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher schließlich die GUPS und die Generalunion Palästinensischer Arbeiter (GUPA).

Es ist bis heute umstritten, ob der „Schwarze September“, der hinter dem Anschlag von München steckte, von der Fatah direkt kontrolliert wurde. Sicher ist, dass die Gruppe aus Mitgliedern der Fatah bestand und Kontakte zu hohen Fatah-Funktionären, insbesondere zu Salah Khalaf, hatte.<sup>24</sup> GUPS und GUPA waren Anfang der 1970er Jahre wiederum eng mit der Fatah verbunden. Es lassen sich schließlich auch Verbindungen zwischen dem Anschlag und der palästinensischen Diaspora in Westdeutschland ziehen; so hatte etwa der Anführer der Täter von München vermutlich in der Bundesrepublik studiert.<sup>25</sup>

Die Ausweisungsverfügungen verdeutlichen jedoch, dass es bei den Ausweisungen nicht primär um direkte Verbindungen zum Schwarzen September ging. Vielmehr betrachteten die westdeutschen Behörden und Teile der Presse mehrere palästinensische Gruppen als Bedrohung, die nicht länger in der Bundesrepublik geduldet

**18** „Der Araber – dem ist nicht zu trauen“, in: Der Spiegel, 17.9.1972, S. 24.

**19** „Die Araber können jeden Tag wieder zuschlagen“, in: Bild, 5.10.1972.

**20** Henri Nannen, Wir sind im Krieg, in: Stern, 17.9.1972, S. 3.

**21** Warum die arabischen Terroristen ausgerechnet in der Bundesrepublik morden, in: Quick, 20.9.1972, S. 14.

**22** Vgl. BArch, B 106/85158; PA AA, B 36/564.

**23** Vgl. Auszug aus BfV-Informationsspiegel vom 16.10.1972, in: BArch, B 136/4374.

**24** Vgl. Yezid Sayigh, Armed Struggle and the Search for State: The Palestinian National Movement, 1949–1993, Oxford 1997, S. 306–310.

**25** Vgl. Kay Schiller/Christopher Young, The 1972 Munich Olympics and the Making of Modern Germany, Berkeley–Los Angeles 2010, S. 203.

werden sollte. So wurde am 21. September 1972 eine 23-jährige Palästinenserin, die in Hamburg studierte, nach Israel abgeschoben, weil sie für die Fatah aktiv war.<sup>26</sup> Der in Karlsruhe lebende Ahmad Awayes wurde mit der Begründung ausgewiesen, dass er ein „führender Funktionär“ von Fatah und GUPS in der Bundesrepublik sei und daher ein „erhöhtes Sicherheitsrisiko“ darstelle.<sup>27</sup> Eine weitere Ausweisungsverfügung in Hamburg argumentierte, dass durch die Maßnahme „Terroristen (...) die tatsächliche oder ideelle Unterstützung durch Gleichgesinnte und Sympathisanten genommen werden“ solle. Dabei sei es unerheblich, ob die Betroffenen mit deutschen Staatsbürgern verheiratet seien oder nicht, denn: „Die Beruhigung der hier lebenden Bevölkerung, die Furch[t] vor weiteren zum Teil bereits angekündigten Gewalttaten und die weltweite Beachtung der von deutschen Behörden zu ergreifenden Maßnahmen begründen den Vorrang des öffentlichen Interesses.“<sup>28</sup>

Die martialischen und mitunter xenophoben Kommentare in der westdeutschen Presse zeigen, dass diese weitreichenden Maßnahmen durchaus antizipiert wurden. Henri Nannen schrieb im „Stern“ zu den von ihm geforderten Ausweisungen: „Leider werden davon auch Unschuldige betroffen. Aber der Satz, daß es besser ist, zehn Schuldige davonkommen zu lassen, als einem Unschuldigen Unrecht zu tun, gilt nur im Frieden. Im Krieg gilt der umgekehrte Satz.“<sup>29</sup> Die „Quick“ säte grundsätzliches Misstrauen gegen palästinensisch-deutsche Ehepaare. „Mehrere Dutzend (...) Ehen zwischen Palästinensern und deutschen Frauen“, so die Illustrierte, würden von terroristischen Gruppen aus Beirut gesteuert. „Grund: Die Ehe gilt als perfekte Tarnung.“<sup>30</sup>

## PALÄSTINENSISCHE REAKTIONEN UND GRUNDRECHTE VON MIGRANTINNEN

Verschiedene palästinensische Publikationen rechtfertigten den Anschlag des Schwarzen Sep-

<sup>26</sup> Vgl. BArch, B 106/115427.

<sup>27</sup> Verband Integrierter Studentenschaften (Hrsg.), Dokumentation: Araberausweisungen ... GUPS und GUPA Verbot, Wuppertal 1972, S. 15f.

<sup>28</sup> Ebd., S. 16f.

<sup>29</sup> Nannen (Anm. 20).

<sup>30</sup> Quick (Anm. 21).

tember. In der PLO-Zeitschrift „Filastin al-Thawra“ (Palästina der Revolution) wurden die getöteten Täter kurz nach den Ereignissen in München als „Märtyrer“ bezeichnet.<sup>31</sup> Bei dem Anschlag handele es sich, so der Chefredakteur der Zeitschrift, um „revolutionäre Gewalt“ und „ein weiteres Gefecht“ im Kampf gegen Israel. Die „westliche Öffentlichkeit“ würde jedoch nur die Gewalt der Palästinenser wahrnehmen und kritisieren, die Gewalt Israels würde sie ignorieren. Palästinenser würden niemals auf diese Öffentlichkeit Rücksicht nehmen.<sup>32</sup>

In den folgenden Wochen konzentrierte sich die Berichterstattung palästinensischer Publikationen vor allem auf die Maßnahmen der westdeutschen Behörden. Am 27. September 1972 beschrieb „Filastin al-Thawra“ in einem ausführlichen Artikel die Festnahmen und Ausweisungen von PalästinenserInnen aus der Bundesrepublik und fragte: „Ist das die Rückkehr des Nazismus (...) gegen die Araber?“<sup>33</sup> Eine Woche später berichtete die Zeitschrift: „Der deutsche Nazismus gegen unsere Jugend geht weiter.“<sup>34</sup> Am 11. Oktober veröffentlichte „Filastin al-Thawra“ auf der Titelseite die Abbildung eines Reisepasses, in den auf Deutsch gestempelt war: „abgeschoben“.<sup>35</sup>

Ähnliche Schlagzeilen waren auch in der Zeitschrift der PFLP, „al-Hadaf“ (Das Ziel), zu finden. Mitte Oktober prangte auf der Titelseite eine Spielkarte mit Fotos von Willy Brandt und Adolf Hitler. Während Hitler mit einem Hakenkreuz abgebildet war, wurde Brandt mit einer Kombination aus Hakenkreuz und Davidstern gezeigt – eine Verbildlichung der antisemitischen Parole „Nazi-Israel“.<sup>36</sup> In der Ausgabe war zu lesen, dass die Maßnahmen gegen palästinensische und arabische Studenten und Arbeiter das „hässliche Gesicht des neuen Nazismus der westdeutschen Regierung“ zeigen würden.<sup>37</sup>

<sup>31</sup> Fi ulimbiad ailul al-aswad, in: Filastin al-Thawra 12.1/1972, S. 6f.

<sup>32</sup> Vgl. Rais al-tahrir, Bayna al-'unf al-thawri wa al-'unf al-fashi, in: Filastin al-Thawra 12/1972, S. 3. Für ein weiteres Beispiel vgl. Al-'amaliya kashafat al-inhiaz al-imbiriali, in: al-Hadaf 168/1972, S. 6f.

<sup>33</sup> Hal hiya 'awdat al-naziya ... did al-'arab?, in: Filastin al-Thawra 14.1/1972, S. 12f.

<sup>34</sup> Al-Naziya al-almaniya did shababna mustamirra, in: Filastin al-Thawra 15.1/1972, S. 5.

<sup>35</sup> Filastin al-Thawra 16.1/1972.

<sup>36</sup> Vgl. Al-Hadaf 173/1972.

<sup>37</sup> Mu'amalat al-ri'ia al-alman bi mithl shi'ar 'unsuri, in: al-Hadaf 173/1972, S. 4.



Abbildung aus der PLO-Zeitschrift „Filastin al-Thawra“ vom 11. Oktober 1972 mit der Bildunterschrift „Die Ausweisungsverfügung ... gefolgt von der Abschiebung unter Bewachung“.

Foto: Joseph Ben Prestel

Anfang der 1970er Jahre verbreiteten verschiedene pro-palästinensische Veröffentlichungen die antisemitische Gleichsetzung Israels mit dem nationalsozialistischen Regime, durch die aus jüdischen Opfern Täter gemacht wurden. Auch in der Bundesrepublik war in linken Publikationen von einem „neuen Antisemitismus“ zu lesen, der sich nun aber eben nicht mehr gegen Juden richten würde. Kurz nach dem Anschlag veröffentlichte der Münchner Trikont-Verlag beispielsweise ein Buch mit dem Titel „Der neue Antisemitismus: Die Liquidierung von Ausländerorganisationen in der BRD; zum Verbot von GUPS und GUPA“.

Das Verbot von GUPS und GUPA sowie die Ausweisungswelle im Herbst 1972 mobilisierten jedoch Menschen über krude Vergleiche mit dem Nationalsozialismus hinaus. Gegen das Vorgehen der Behörden brachte sich eine Koalition aus linksradikalen Gruppen (K-Gruppen), Studentenverbänden und Organisationen, die sich für die Rechte von MigrantInnen einsetzten, in Stellung. Am 8. Oktober kam es in Dortmund zu einer Demonstration, an der nach Angaben

der Deutschen Presse-Agentur 4000 Menschen teilnahmen.<sup>38</sup>

Auch die Westdeutsche Rektorenkonferenz, Vorgänger der Hochschulrektorenkonferenz, kritisierte in einer Stellungnahme vom 2. Oktober 1972 die Ausweisungen.<sup>39</sup> Der Bischof von Münster, Heinrich Tenhumberg, wiederum wandte sich in einem Brief an Bundeskanzler Willy Brandt. Er schrieb, dass die „Verhaftungswelle“ unter der Bevölkerung der Stadt erhebliche Unruhe ausgelöst habe. Tenhumberg appellierte an Brandt, PalästinenserInnen Rechtsschutz zu geben und die Grundrechte aus dem Grundgesetz und der europäischen Menschenrechtskonvention zu achten.<sup>40</sup>

38 Vgl. Tenhumberg setzt sich für Palästinenser ein, in: Süddeutsche Zeitung, 9.10.1972, S. 6; zu den Gruppen, die sich gegen die Ausweisungen einsetzten, vgl. Verband Integrierter Studentenschaften (Anm. 27).

39 Vgl. Rektoren kritisieren Ausweisungspraxis, in: Süddeutsche Zeitung, 5.10.1972, S. 2.

40 Vgl. Brief von Heinrich Tenhumberg an Willy Brandt vom 6.10.1972, in: BArch, B 136/4374.

Auch PalästinenserInnen, ihre Familien und EhepartnerInnen organisierten sich und gingen rechtlich gegen die Ausweisungen vor. Am 18. Juli 1973 errangen zwei Palästinenser einen Sieg vor dem Bundesverfassungsgericht, das in den Ausweisungen eine Verletzung ihrer Grundrechte und einen Verstoß gegen das Rechtsstaatsprinzip sah.<sup>41</sup> Aus der Erfahrung der Ausweisungen entstand unter anderem die „Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten deutschen Frauen“ (heute „Verband binationaler Familien und Partnerschaften“).<sup>42</sup>

Das Schicksal der aus der Bundesrepublik ausgewiesenen PalästinenserInnen gestaltete sich allerdings unterschiedlich. Diejenigen, die in die Bundesrepublik zurückkehrten, mussten hierfür mitunter langwierige Gerichtsprozesse in Kauf nehmen, waren von ihren Familien getrennt oder hatten Schwierigkeit, wieder eine Arbeit zu finden. Auch nach ihrer Rückkehr konnten ehemalige Mitglieder der GUPS mit Auflagen belegt werden, wie etwa einer täglichen Meldepflicht bei der Polizei.<sup>43</sup> Die DDR bot an, mehrere Studenten aufzunehmen, die Westdeutschland 1972 verlassen mussten. So kam es, dass 29 aus der Bundesrepublik ausgewiesene Palästinenser ihr Studium in Ostdeutschland fortsetzten.<sup>44</sup>

## FAZIT

Der Anschlag von München erschütterte die Olympischen Sommerspiele auf gewaltsame und verstörende Weise. Die dramatischen Szenen vom 5. September 1972 und die Ermordung von elf Mitgliedern des israelischen Olympia-Teams haben sich bis heute tief in die kollektive Erinnerung eingeschrieben. In den Wochen nach dem Anschlag veränderte sich auch das Leben

von vielen PalästinenserInnen in der Bundesrepublik. Die palästinensische Diaspora, die sich in den 1960er Jahren gebildet hatte, geriet durch den Anschlag ins Zentrum einer öffentlichen Auseinandersetzung um Migration und Gewalt. Aufgrund ihrer Mitgliedschaft in der Fatah oder der GUPS wurden zahlreiche PalästinenserInnen aus der Bundesrepublik ausgewiesen.

In den Augen bewaffneter palästinensischer Gruppen unterstrichen die Maßnahmen der westdeutschen Behörden, dass die Bundesregierung ein Feind der palästinensischen Sache war. PalästinenserInnen lebten jedoch auch nach 1972 in der Bundesrepublik und waren politisch aktiv. Auch die Kontakte zwischen der Bundesregierung und der Fatah wurden nach kurzer Zeit wieder aufgenommen. Im Herbst 1975 eröffnete der Fatah-Funktionär Abdallah Frangi die „Informationsstelle Palästina“ als PLO-Vertretung in Bonn.<sup>45</sup>

Auf die linke Solidaritätsbewegung mit PalästinenserInnen in der Bundesrepublik hatte der Anschlag von 1972 einen paradoxen Effekt. Nur wenige radikal linke Gruppen wie die RAF befürworteten den Anschlag explizit. Für größere Teile der Linken wurden die Ereignisse von München jedoch schnell vom Verbot palästinensischer Vereinigungen und der Ausweisungswelle überlagert. Auf diese Weise kam es in der Bundesrepublik im Herbst 1972 zu einer pro-palästinensischen Mobilisierung, die sich nun besonders auf die Rechte von MigrantInnen in Westdeutschland konzentrierte. Damit stach die Reaktion der radikalen Linken auch im internationalen Vergleich hervor. In Frankreich etwa hatten die Ereignisse von München eine Reihe von Linken dazu bewegt, sich von der palästinensischen Sache abzuwenden.<sup>46</sup> Es war ein nicht intendiertes Ergebnis der Maßnahmen gegen PalästinenserInnen, dass ausgerechnet in dem Land, in dem der Anschlag stattgefunden hatte, pro-palästinensischer Aktivismus an Dynamik gewann.

## JOSEPH BEN PRESTEL

ist Historiker und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin mit einem Schwerpunkt auf der Beziehungsgeschichte zwischen Europa und dem Nahen Osten. joseph.prestel@fu-berlin.de

<sup>41</sup> Vgl. Quinn Slobodian, *The Borders of the Rechtsstaat in the Arab Autumn. Deportation and Law in West Germany, 1972/3*, in: *German History* 2/2013, S. 204–224; Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (BVerfGE) 35, 382.

<sup>42</sup> Vgl. Lauren Stokes, *Fear of the Family. Guest Workers and Family Migration in the Federal Republic of Germany*, New York 2022, S. 182–189.

<sup>43</sup> Vgl. z. B. Gerd Aschmann, *Ein unbequemer Gast*, in: *Die Zeit*, 23. 9. 1983.

<sup>44</sup> Vgl. Lutz Maeke, *DDR und PLO. Die Palästinapolitik des SED-Staates*, Berlin 2017, S. 111–118.

<sup>45</sup> Vgl. BArch, B 106/131504.

<sup>46</sup> Vgl. Richard Wolin, *The Wind from the East. French Intellectuals, the Cultural Revolution, and the Legacy of the 1960s*, Princeton 2010, S. 350–357.

# Schon gehört?

Die APuZ gibt es auch als Podcast!



Im Podcast „Aus Politik und Zeitgeschichte“ nehmen wir Sie mit zu unseren Expertinnen und Experten. Wir sind uns sicher, dass Sie und wir nach einer halben Stunde schlauer sind als vorher.

Neue Folgen gibt es einmal im Monat auf [bpb.de/apuz-podcast](https://bpb.de/apuz-podcast) und überall, wo Sie Podcasts hören.



# THE GAMES MUST GO ON

## Chronologie der olympischen Kommerzialisierung seit 1972

*Ronny Blaschke*

Die Organisatoren der Olympischen Spiele wollten in München auch das Wachstum ihrer Bewegung in den Vordergrund stellen. Bei den Spielen 1960 in Rom hatten rund 5300 Athlet\*innen aus 83 Nationen teilgenommen, 1972 waren es 7200 Sportler\*innen aus 121 Ländern. Aus Rom berichteten 2200 Journalist\*innen, aus München mehr als doppelt so viele. Von den Spielen 1960 wurden Fernsehbilder in 21 Ländern übertragen, 1972 waren es 98 Staaten.

Die Kommerzialisierung Olympias nahm in München Fahrt auf, und schon damals zeigte sich ihre katastrophale Kehrseite. Im Austausch mit Walther Tröger, dem Bürgermeister des Olympischen Dorfes, verweigerte der Anführer der Terroristen, die am 5. September in das Dorf eingedrungen waren, nicht nur die Freilassung der israelischen Geiseln. Zugleich bedankte er sich bei der Bundesrepublik für die Austragung der Spiele und für die große internationale Bühne für das „palästinensische Anliegen“. Bald darauf waren elf Mitglieder der israelischen Mannschaft tot.

„The games must go on.“ Mit diesem Satz ging Avery Brundage, der damalige Präsident des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), in die Geschichte ein. Es ist ein Satz, der Olympia bis in die Gegenwart begleiten sollte. Die Sommerspiele sind in den vergangenen 50 Jahren zu einem der größten Unterhaltungsprodukte weltweit herangewachsen. Von diesem Produkt profitieren Politik, Wirtschaft und Medien. Doch es kann auch großen Schaden anrichten: für Klima, Wirtschaft und sozialen Frieden.

### RAUS AUS DEN SCHULDEN

Besonders deutlich wurde das rund um die Spiele 1976 in Montréal. Der Bürgermeister der Stadt, Jean Drapeau, ein frankokanadischer Nationalist, wollte mithilfe des Sports den Dienstleistungssektor und den Tourismus entwickeln. Drapeau warb für günstige Wettbewerbe, seine Verwaltung schätzte die Kosten anfangs auf 150 Millionen US-Dollar.

Doch dann zeigte sich ein Muster, das sich oft wiederholen sollte. Die Ausgaben stiegen – und viele Ursachen dafür waren selbst verschuldet. Das Olympische Dorf und etliche Sportstätten in Montréal wurden zum Teil ohne Ausschreibung und ohne ausreichende Aufsicht geplant und gebaut. Das Olympiastadion sollte mit einem ausfahrbaren Dach, mit neuartigen Materialien und einem futuristischen Turm in die Architekturgeschichte eingehen. Stattdessen verzögerten sich die Vorbereitungen, und die Kosten explodierten.

Im Jahr vor den Spielen schritt die Regierung der Provinz Québec ein und überstimmte das Rathaus von Montréal, die Arena wurde in reduzierter Form fertiggestellt. Doch nicht alle Etat Ausgaben waren vermeidbar: Anfang der 1970er Jahre hatten frankokanadische Separatisten Anschläge verübt und so wurde der Schutz vor Olympia ausgeweitet. Letztlich erhöhten sich die Kosten für die Spiele auf zwei Milliarden Dollar, fast 13 Mal so viel wie vorgesehen. Die Schulden waren erst 2006 komplett abgetragen.

Montréal war künftigen Gastgeber eine Warnung, das spürte man auch vor den Spielen 1984 in Los Angeles. Die USA waren durch den Kalten Krieg und wachsende soziale Ungleichheit geprägt. Der republikanische Präsident Ronald Reagan stärkte das Militär und wickelte Sozialprogramme ab. In seinen Reden über den Rückbau staatlicher Strukturen ließ er Olympia einfließen, etwa gegenüber Angestellten eines Elektrokonzerns: „Vielleicht können wir uns unsere Athleten zum Vorbild nehmen. Statt Risikobereitschaft zu hemmen und Erfolge zu bestrafen, statt Steuern zu erhöhen, lassen Sie uns nach Wachstum streben, und lassen Sie uns nach Gold streben.“<sup>01</sup>

Los Angeles und Kalifornien überließen die Olympischen Spiele dem freien Markt, der Staat sollte geschont werden. In ihrer Sponsorenauswahl folgten die Gastgeber der Richtung des Weltfußballverbandes Fifa für dessen Turniere. Für jeden Produktbereich – zum Beispiel Technik, Autobau oder

Schnellimbiss – engagierten sie nur je einen Konzern. Der Wettbewerb führte zu hohen Einnahmen, so zahlte Coca-Cola als Marke für das „offizielle Erfrischungsgetränk“ zwölf Millionen US-Dollar.

Die Organisatoren von Los Angeles beschleunigten die Kommerzialisierung und entwickelten lukrative Verfahren, an die sich auch nachfolgende Gastgeber hielten. Ob Fackellauf oder Fan-Utensilien, ob Rubbellose oder begleitende Popmusik: Fast jeder Akt der olympischen Dramaturgie wurde mit einem Sponsor zu Geld gemacht. Der Verkauf der Fernsehrechte spielte für Los Angeles weitere 300 Millionen Dollar ein, mehr als alle TV-Einnahmen früherer Spiele zusammen. So erwirtschaftete das IOC mit Los Angeles einen Überschuss von 220 Millionen Dollar. Auch auf anderen Kontinenten wollten Metropolen nun von der strahlenden Bühne Olympia profitieren, ökonomisch wie politisch.

## SPORT UND GEWALTHERRSCHAFT

Südkorea hatte seit den 1960er Jahren unter der autoritären Regentschaft des Generals Park Chung-hee einen gewissen Wohlstand erarbeitet. Die Olympischen Spiele 1988 in Seoul sollten den nächsten Schritt auf dem Weg zur Industrienation markieren. Die Regierung investierte 4 Milliarden Dollar in Sportstätten, sie ließ U-Bahnen bauen, Telefonkabel verlegen, die Kanalisation erneuern. Mehr als 50 000 freiwillige Helfer\*innen meldeten sich. Doch eine beachtliche Zahl an Südkoreaner\*innen wollte den Fokus auf andere Themen lenken, auf die Einführung freier Wahlen, auf Initiativen für bessere Bildung und den Bau bezahlbarer Wohnungen.

Schon in den 1980er Jahren blickten die Herren der olympischen Ringe auf eine lange Geschichte von Protesten zurück, viele davon wurden gewaltsam unterdrückt. Ein eindringliches Beispiel war Mexico City vor den Spielen 1968. Tausende Studenten protestierten dort gegen Korruption und Medienzensur der Regierungspartei PRI, so auch wenige Tage vor den Olympischen Spielen im Stadtteil Tlatelolco. Sondereinheiten schossen von Dächern in die Menge, mehr als 200 Menschen starben. Die Regierung und das IOC lehnten detaillierte Stellungnahmen ab. Ein Muster wurde auf Jahrzehnte hinaus gefestigt: Sporteliten und Gewaltherrschaft halten zusammen.

01 Zit. nach David Goldblatt, *The Games. A Global History of the Olympics*, London 2016, S. 310, Übersetzung R. B.

Auch in Seoul ging das Regime gegen Proteste vor, mehr als 300 Menschen kamen Mitte der 1980er Jahre dabei ums Leben. Das Regime verschob Verfassungsreformen auf die Zeit nach Olympia. Die wachsende Zivilgesellschaft wollte das nicht akzeptieren und organisierte Demonstrationen. Während der Spiele ließ die Regierung öffentliche Plätze und Parks in Seoul streng überwachen, doch die Demokratisierung Südkoreas war nicht mehr aufzuhalten.

Ende der 1980er Jahre waren die Olympischen Spiele als Festival der Jugend etabliert, doch das Interesse von Medien und Menschenrechtsorganisationen war bei Weitem nicht so groß wie heute. Themen wie Rassismus, Doping oder Korruption im Sport erzeugten noch keine weltweiten Schlagzeilen. Und so konnte der spanische Multifunktionär Juan Antonio Samaranch die olympische Bewegung relativ unbehelligt auf das neue Jahrtausend vorbereiten. Samaranch stammte aus einer Familie, die es in der Textilindustrie zu Wohlstand gebracht hatte. Während der Franco-Diktatur war er als Banker und Regionalpolitiker tätig gewesen. Im Umfeld des Sports knüpfte er Kontakte zu Sponsoren, Funktionären und den Nationalen Olympischen Komitees. So legte er das Fundament für seine IOC-Präsidentschaft zwischen 1980 und 2001.

Für die Kommerzialisierung war Samaranch eine zentrale Figur. Er wickelte das romantisierende Ideal des Amateursportlers ab, fortan durften bei Olympia auch betuchte Profis aus Basketball oder Tennis an den Start gehen. Zudem gewährte er multinationalen Sponsoren größere Privilegien und lagerte den Verkauf der TV-Rechte an Marketingagenturen aus. Gleichzeitig brachte er Programme für Entwicklungsländer auf den Weg und sicherte sich damit Stimmen für seine Wiederwahlen. Samaranch ließ sich auf Reisen wie ein Staatsoberhaupt behandeln. Doch zu kontroversen Themen seiner Zeit – Kalter Krieg, Apartheid oder Ein-China-Politik – vermied er klare Positionierungen.

## EINBINDUNG UND AUSGRENZUNG

So galten die Olympischen Spiele zumindest nach dem Ende des Kalten Krieges noch eine Weile als politisch unverdächtige Show. Aus den immerhin sechs Bewerbern für die Sommerspiele 1992 ging Barcelona als Sieger hervor. 9300 Athlet\*innen aus 169 Nationen nahmen teil, 13 000 Medienschaf-



Von der Armee im Zuge des „Massakers von Tlatelolco“ verhafteter Demonstrant in Mexico City.

© picture alliance/Associated Press | STR

fende waren akkreditiert – Olympia stieß in neue Dimensionen vor. Das galt auch für die Gesamtkosten in Höhe von fünf Milliarden Dollar. Allerdings wurden diese durchaus nachhaltig investiert: in die Modernisierung von Flughafen, U-Bahnen und Hafenviertel, in Parks, Radwege und Sporthallen. Olympia erleichterte der einst grauen Industriestadt Barcelona den Weg zu einem Standort für Dienstleistungen und Tourismus.

Barcelona und die junge spanische Demokratie zeigten auch, wie wichtig die frühzeitige Einbindung oppositioneller Gruppen ist. Rund um die Spiele konnten sich katalanische Unabhängigkeitsbefürworter\*innen präsentieren. Das Katalanische wurde vorübergehend als eine offizielle Sprache des IOC eingestuft, und der spanische König Juan Carlos begann seine Eröffnungsrede im Olympiastadion auf Katalanisch. So gab es während der Spiele weniger Proteste von katalanischen Separatist\*innen als erwartet.

Doch die olympische Bewegung folgt keiner linearen Entwicklung zum Besseren, bereits die Gastgeber von Atlanta 1996 hielten von Bürgerbeteiligung wenig. Der US-Bundesstaat Georgia

und seine Hauptstadt betrachteten Olympia als Modernisierungsprogramm für Flughafen, Messezentrum und Umgehungsstraßen in wohlhabende Vororte; und natürlich als Werbebühne für Coca-Cola, dessen Firmensitz Atlanta ist.

Fast die Hälfte der Einwohner\*innen Atlantas war in den 1990er Jahren von Armut bedroht, die allermeisten von ihnen Afroamerikaner\*innen. Für den Bau der Sportstätten mussten Hunderte Sozialwohnungen weichen. Die Politik erließ strikte Verordnungen, die vor allem wohnungslose Menschen trafen. Betteln, Kampieren und Urinieren in der Öffentlichkeit wurden mit Strafgeld belegt. 30 000 Menschen wurden vor den Spielen aus dem Zentrum von Atlanta verdrängt. Martin Luther King III, der älteste Sohn des berühmten Bürgerrechtlers, war einer von wenigen, die zu Protest aufriefen.

Zur jüngeren Geschichte Olympias gehört auch, dass Gastgeber sich von ihren Vorgängern abheben wollen, vor allem in ihrer Symbolik. In Sydney 2000 entzündete die indigene Läuferin Cathy Freeman die olympische Flamme und lief über 400 Meter zu Gold. Dafür wurde sie weltweit als Symbolfigur gefeiert. Denn nach jahr-

hundertelanger Ausgrenzung hat sich der Zugang indigener Australier\*innen zu Medizin, Bildung und Arbeitsmarkt durchaus verbessert, auch wenn es weiterhin eklatante Missstände gibt. Doch noch immer beschreiben etliche Medien den Erfolg indigener Vertreter\*innen in Politik, Wissenschaft oder Sport als Sensation.

Freeman war sportlich erfolgreich, doch mit politischen Äußerungen hielt sie sich zurück. Denn immer wieder zeigt sich: Sportler\*innen aus einer Minderheit werden von der Mehrheit nur akzeptiert, wenn sie ihre Minderheit nicht zum Thema machen. Alles andere würde die bevorzugte Erzählung von der „Völkerverständigung“ im Sport, und damit auch die Vermarktung des Produktes Olympia, erheblich stören.

### SYMBOL FÜR GEOPOLITISCHEN AUFSTIEG

An der Schwelle zum neuen Jahrtausend erschloss das Produkt Olympia weitere neue Märkte. Die Spiele von Barcelona wurden in 160 Ländern übertragen, die Spiele von Sydney in rund 200. In Barcelona wurden fast vier Millionen Tickets für Wettkämpfe verkauft, in Sydney sieben Millionen. Elf Städte bewarben sich um die Sommerspiele 2004, den Zuschlag erhielt Athen. Mehr als 20 000 Medienschaffende reisten schließlich in die griechische Hauptstadt, und der Erlös der Fernsehrechte lag bei anderthalb Milliarden Dollar – mehr als doppelt so viel wie in Barcelona.

Die rasch angewachsenen Einnahmen führten indes zu einer höheren Anfälligkeit für Korruption. Das undurchsichtige Geflecht aus Sportfunktionär\*innen, Marketingagenturen und Baukonzernen wurde zunehmend von Bestechungen und Machtmissbrauch geprägt. Als der öffentliche Druck das olympische Wachstum in Gefahr brachte, richtete IOC-Präsident Samaranch eine „Reformkommission“ ein, unter anderem mit dem ehemaligen UN-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali und dem früheren US-Außenminister Henry Kissinger. Samaranch gab Versprechungen, die seine Nachfolger wiederholen sollten: eine Beschränkung des Gigantismus, eine bessere Kontrolle der Funktionär\*innen, eine organisatorische Beteiligung der Athlet\*innen. Einen Durchbruch gab es bis heute nicht.

Stattdessen wurde alles noch schlimmer. Vor den Spielen in Athen wollten griechische Baukonzerne, Zulieferer und Lokalpolitiker von Investitionen in einzigartigem Ausmaß profitieren. Sport-

stätten wurden überdimensioniert geplant und kaum auf ihre Nachhaltigkeit geprüft. Die Terroranschläge in New York und Washington 2001 sowie in Madrid 2004 ließen Sicherheitskosten für Sportgroßereignisse massiv steigen. Athen bat die Nato um Unterstützung und richtete für die Spiele eine Flugverbotszone ein. Mehr als 50 000 Menschen gehörten zum Sicherheitsaufgebot. Das Gesamtbudget für Olympia erhöhte sich auf 16 Milliarden Dollar, viermal so hoch wie kalkuliert. Olympia war ein weiterer Grund, warum die Finanzkrise ab 2008 Griechenland stärker belasten sollte als andere EU-Staaten.

In vielen westlichen Ländern wuchs die Skepsis gegenüber der olympischen Kostenfalle. In anderen Regionen aber betrachteten Regierungen Sportereignisse als Kennzeichen für ihren wirtschaftlichen und politischen Aufstieg. Im indischen Delhi nahmen 2010 rund 5000 Athlet\*innen an den Commonwealth Games teil. Im gleichen Jahr fand in Südafrika die erste Fußball-Weltmeisterschaft auf dem afrikanischen Kontinent statt. Brasilien war Gastgeber der Fußball-WM 2014 und der Olympischen Spiele 2016 in Rio de Janeiro. Russland trug die Winterspiele 2014 in Sotschi und die Fußball-WM 2018 aus. Rund um diese Wettbewerbe schlossen Regierungen verschiedene Handelsverträge ab, und Sponsoren aus Europa und den USA platzierten ihre Produkte auf Wachstumsmärkten.

Ein Fokus lag bald auf dem größten Markt schlechthin: China. Mit den Olympischen Sommerspielen 2008 in Beijing wollte die Volksrepublik unter Beweis stellen, dass sie nicht mehr bloß der günstige Produktionsstandort westlicher Massenwaren ist, sondern eigene Innovationen schaffen kann. Die Kommunistische Partei bewegte rund um die Spiele mehr als 40 Milliarden Dollar, unter anderem für die Erweiterung des Flughafens, für Autobahnen, Metros, Glasfaserkabel und Hunderte Hotels.

Die Spiele von Beijing markieren aber auch den Beginn einer breiteren Debatte über Menschenrechte im Sport. Jahrelang diskutierten vor allem deutsche, britische und US-amerikanische Medien über die Unterdrückung Tibets und die chinesische Beteiligung im Konflikt um die sudanesischen Region Darfur. Mehr als eine Million Menschen sollen für olympische Bauvorhaben in Beijing umgesiedelt worden sein, viele gegen ihren Willen und ohne gleichwertigen Ersatz. Der olympische Fackellauf 2008 musste in Europa



Für das Olympiagelände zerstörtes Haus in Beijing nach der Bekanntgabe der Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele 2008.

© picture-alliance/dpa | epa afp Goh

wegen Protesten bewacht und immer wieder umgeleitet werden. Nach anhaltender Kritik sicherte die chinesische Regierung während der Wettbewerbe kleinere Zonen für Demonstrationen zu, allerdings wurden diese dann kaum genutzt.

Wie so oft zuvor und danach wurden kritische Schlagzeilen durch die Emotionen des Ereignisses in den Hintergrund gerückt. Der chinesische Regisseur Zhang Yimou entwarf eine Eröffnungsfeier, die auf die alte Geschichte Chinas anspielte, aber dunkle Kapitel wie die Kulturrevolution ausklammerte. Massenchoreografien mit Tausenden Darsteller\*innen wechselten sich mit Einzeleinlagen ab, etwa mit einer des Starpianisten Lang Lang. Einige Elemente wurden vorab mit Computertechnologie entwickelt und später in die Fernsehübertragung integriert. Dieses Spektakel, das die Kosten eines Hollywood-Films erreichte, wurde durch das traditionelle Medaillenzählen abgelöst. Der US-Schwimmer Michael Phelps gewann acht Goldmedaillen, und der jamaikanische Sprinter Usain Bolt brach mit zwei Siegen zu seiner großen Karriere auf.

## PUTINS OLYMPISCHE MUSKELSPIELE

Noch immer schien das Bedürfnis nach der sportlichen Bilderflut größer zu sein als die Empörung über profitorientierte Taktgeber bei Olympia. Mehr als 3,6 Milliarden Menschen verfolgten TV-Bilder von den Olympischen Spielen 2012 in London. 25 000 Journalist\*innen waren vor Ort, fast alle Wettkämpfe waren ausverkauft. Es war wohl das letzte Mal, dass sich das IOC nicht regelmäßig für ausufernde Kosten und Umweltsünden rechtfertigen musste. London hatte für den Olympiapark eine teilweise kontaminierte Industriebrache im Osten der Stadt erneuern lassen. Sportarten wie Tennis, Reiten und Rudern wurden auf traditionsreiche Anlagen verteilt.

Doch nicht alle Pläne gingen auf. Die Olympia-Organisator\*innen wollten die britische Bevölkerung mit Kampagnen zu einer gesünderen Lebensweise und zu mehr Bewegung im Alltag animieren. Doch nach 2012 stagnierte der Ausbau des Schulsports, viele Jugendeinrichtungen litten

unter Sparmaßnahmen. Die Zahl der Brit\*innen, die mindestens einmal pro Woche Sport treiben, sank bis 2020 um drei Prozent, auf gut ein Drittel. London untersuchte die Langzeitfolgen Olympias relativ genau. Kein anderer Gastgeber konnte diesen Standard seither erreichen.

Die nächste Olympia-Ausgabe, die Winterspiele 2014 in Sotschi, wirkte da wie ein Kontrastprogramm. Der russische Präsident Wladimir Putin führte der Welt vor, dass der Sport in Russland weniger dem Gemeinwohl dient als dem eigenen Machterhalt. Jahrelang hatte der Staatschef alte Weggefährten aus Geheimdienst und Staatsbetrieben in Vorstände internationaler Sportverbände geschickt. Als Sportsponsor ermöglichte der halbstaatliche Konzern Gazprom dem Kreml eine informellere Kommunikation mit westlichen Politikern jenseits klassischer Diplomatie, auch zu umstrittenen Pipelineprojekten wie Nord Stream 2.

Dieses Netzwerk ermöglichte Putin die Austragung großer Sportereignisse. Im Westen empörten sich Medien über Kosten von rund 40 Milliarden Dollar für die Winterspiele 2014 im milden Kaukasus. Etliche Regierungen schickten keine Vertreter nach Sotschi, um ein Zeichen unter anderem gegen die homophobe Gesetzgebung des Kremls zu setzen. In staatsnahen Moskauer Medien spielte das kaum eine Rolle, und so konnte sich Putin im Sport als zupackender Landesvater inszenieren. Und das im größten Land der Welt, das mit seinen rund Hundert Volksgruppen nach einer übergreifenden Identität sucht. Putin feierte Sotschi als Symbol für russischen Einfluss in der Welt. Wenige Wochen später annektierte er die Krim.

Wie so oft in der Geschichte des IOC fand dessen Präsident keine angemessenen Worte dazu. Der deutsche Jurist Thomas Bach, seit 2013 im Amt, hatte als Fechter 1976 selbst an den Olympischen Spielen in Montréal teilgenommen. Vier Jahre später in Moskau konnte er nicht dabei sein, weil sich die Bundesrepublik als Reaktion auf den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan 1979 dem westlichen Boykott der Spiele anschloss. Bach knüpfte früh Kontakte in der Sportpolitik. Beim IOC gab er das Ziel vor, das kostenintensive Wachstum Olympias zu begrenzen. Die Spiele, so betonte er immer wieder, sollten nachhaltiger werden.

## POLIZEIGEWALT IN RIO

Olympia 2016 in Rio de Janeiro führte diese Aussagen ad absurdum. Ursprünglich fühlte sich Brasi-

lien durch den Erhalt der Spiele für den wirtschaftlichen Aufschwung der vergangenen Jahrzehnte belohnt. Doch dann führte der Einbruch von Rohstoffpreisen zu einer langen Rezession. Zudem zeichnete sich ab, dass Hunderte Politiker, Unternehmer und Sportfunktionäre in einem Geflecht aus Bestechung, Veruntreuung und Geldwäsche rund um den halbstaatlichen Ölkonzern Petrobras verwickelt waren. Diese Entwicklung trug insofern zur Amtsenthebung der Präsidentin Dilma Rousseff bei und ebnete den Weg für den aktuellen Staatschef, den Rechtsextremen Jair Bolsonaro.

In diesem Umfeld hatten sich einige Baukonzerne die lukrativen Aufträge für Olympia gesichert. Die neue Metrolinie in Rio kommt eher wohlhabenden Stadtvierteln zugute. Wegen anhaltender Bauarbeiten und ausbleibender Kundenschaft mussten kleinere Geschäfte schließen. Die angekündigte Reinigung von Stränden, Buchten und des Abwassersystems blieb aus. Stattdessen forcierte die Stadtverwaltung die Bekämpfung der Kriminalität in den Favelas. Rund um die Spiele 2016 stieg die Zahl afrobrasilianischer Männer, die durch Polizeikugeln getötet wurden, stark an.

Das IOC nahm in Rio rund 5,7 Milliarden Dollar ein, fast drei Viertel davon durch den Verkauf von Medienrechten. Doch wie so oft blieb der Gastgeber weitgehend allein auf Kosten sitzen, die auf 20 Milliarden Dollar beziffert werden. Nur wenige Sportstätten in Rio sind heute noch in Betrieb. Wegen der Schulden tilgung werden Krankenhäuser, Schulen und Polizei auf Jahre hinaus mit Budgetkürzungen leben müssen.

Diese Entwicklungen führten dazu, dass sich etliche Bevölkerungen und Regierungen in westlichen Demokratien gegen die Bewerbung für Olympia entschieden haben, so etwa in Boston, Oslo, Rom oder Toronto. Die Münchner\*innen lehnten in einem Bürgerbegehren eine Bewerbung für die Winterspiele 2022 ab, die Hamburger\*innen für die Sommerspiele 2024. Das IOC hingegen wollte die wenigen Interessenten aus dem Westen zügig an sich binden. Mit einem größeren Vorlauf als üblich wurden die Sommerspiele 2024 nach Paris, 2028 nach Los Angeles und 2032 ins australische Brisbane vergeben. Keine der Stadtverwaltungen hatte ein Referendum in den Entscheidungsprozess einbezogen.

Selbst während einer globalen Katastrophe wollte das IOC nicht auf Rendite verzichten. Für die Sommerspiele 2020 in Tokio hatten 60 japanische Unternehmen fast 2,5 Milliarden Dollar



für Sponsoringrechte ausgegeben, nie zuvor hatte die Privatwirtschaft für Olympia so viel Geld aufgebracht. Der US-Sender NBC, der wichtigste Geldgeber des IOC, hatte für den Olympia-Sommer 2020 Werbezeit im Wert von einer Milliarde Dollar verkauft. Doch dann kam Corona.

Nach langem Zögern verschob das IOC die Spiele um ein Jahr. Doch 2021 musste der Notstand in Japan verlängert werden. Etliche Krankenhäuser meldeten Überlastung, die Impfkampagne ging nur langsam voran. In Umfragen sprachen sich bis zu 80 Prozent der Japaner\*innen für eine Absage oder erneute Verschiebung der Spiele aus. Dennoch fanden die Spiele statt – ohne Zuschauer\*innen in den neuen und aufwändig sanierten Sportstätten. Mehr als 50 000 Athlet\*innen, Betreuer\*innen und Journalist\*innen durften sich nur in einer abgeriegelten Olympia-Zone mit eigenem Transportsystem bewegen.

Ähnlich waren die Bedingungen ein halbes Jahr später bei den Winterspielen 2022 in Beijing. Doch die internationale Kritik richtete sich auch auf andere Themen: die Unterdrückung der Uiguren in der Region Xinjiang, die Einschränkung der Pressefreiheit oder die Einschüchterung der Tennisspielerin Peng Shuai, die einen Parteifunktionär der Vergewaltigung bezichtigt hatte. Wieder war von den IOC-Funktionären kaum Kritik zu hören, stattdessen übernahmen sie die Narrative der Kommunistischen Partei. China, so hieß es, möchte mit den Spielen eine Wintersportindustrie aufbauen – mit rund 300 Millionen aktiven Wintersportler\*innen und mittelfristig 800 neuen Skigebieten, die Allermeisten werden auf Kunstschnee angewiesen sein.

## OLYMPISCHE ERMÜDUNG

Zwischen der Vergabe der Sommerspiele 2008 und den Winterspielen 2022 in Peking hat sich die Sportindustrie zunehmend auf China ausgerichtet. Im Zuge diverser Korruptionsskandale bei Fifa und IOC ging das Interesse westlicher Sponsoren zurück. Diese Lücke füllen nun chinesische Konzerne wie der Tech-Konzern Alibaba oder der Milchproduzent Mengniu Dairy. Zudem sind chinesische Investoren bei europäischen Fußballklubs wie Inter Mailand eingestiegen. Und in afrikanischen Entwicklungsländern bauen chinesische Firmen Dutzende Stadien und erleichtern Beijing so den Zugang zu dortigen Rohstoffen. China nutzt (ähnlich wie Katar, Gastgeber der

Fußball-WM 2022, und die Vereinigten Arabischen Emirate mit ihren im Sport einflussreichen Fluglinien Emirates und Etihad) den Sport für Handel und den Aufbau von Soft Power.

Verbände, Sportartikelhersteller und viele TV-Rechteinhaber halten sich auch in anderen politischen Fragen mit Kritik zurück, weil sie ihr Geschäftsmodell nicht gefährden wollen. Doch in ihrer Umlaufbahn wächst eine Zivilgesellschaft heran, die es nicht mehr bei symbolischen Gesten belassen will: In den USA positionierten sich die Basketballerinnen von Atlanta Dream gegen Kelly Loeffler, eine Miteigentümerin ihres Klubs und Anhängerin von Donald Trump. In Chile, Kolumbien oder Algerien gingen Tausende Fußballfans gegen soziale Ungleichheit auf die Straße. Und in Myanmar erklärten prominente Sportler wie der Schwimmer Win Htet Oo einen Olympia-Boycott, aus Protest gegen den dortigen Militärputsch 2021.

Besonders sichtbar wurde der neue Aktivismus in Belarus. Dort hatte Diktator Alexander Lukaschenko lange auch das Nationale Olympische Komitee als Präsident angeführt. Nach den manipulierten Präsidentschaftswahlen 2020 unterschrieben mehr als 2000 belarussische Sportler\*innen einen offenen Brief gegen Lukaschenko. Etliche von ihnen wurden bedroht, verhaftet, gefoltert. Einige Athlet\*innen gründeten im Exil eine Stiftung und sammeln nun Spenden für unterdrückte Sportler\*innen. Von internationalen Sportverbänden wie dem IOC fühlen sie sich nicht unterstützt.

„The games must go on“ gilt auch heute noch – das IOC hat sich bisher noch gegen jeden Protest gegen die fortschreitende Kommerzialisierung des olympischen Sports erfolgreich gewehrt und die Spiele zu jedem Preis durchgedrückt. In München 1972 konnte der Ausspruch noch als trotzigere Entgegnung gegen den Terrorismus interpretiert werden, heute scheinen sich die Spiele selbst gegen ihre Prinzipien gewendet zu haben, sodass der Spruch nur noch schal erscheint.

## RONNY BLASCHKE

ist Journalist und arbeitet zu politischen Hintergründen im Sport, unter anderem für den Deutschlandfunk und die „Süddeutsche Zeitung“. Zuletzt erschien 2020 „Machtspieler – Fußball in Propaganda, Krieg und Revolution“.

mail@ronnyblaschke.de

Twitter: @RonnyBlaschke



# WIR BAUEN DAS MODERNE DEUTSCHLAND

## Olympia 1972 im Spiegel der Architektur- und Stadtentwicklung

*Elisabeth Spieker*

Mit der Ausrichtung der XX. Olympischen Sommerspiele 1972 in München bot sich für die Bundesrepublik die Chance, sich von der Hypothek der Vergangenheit des „Dritten Reichs“ und der Berliner Spiele von 1936 zu lösen und eine politische Wende zu mehr gesellschaftlicher Offenheit zu vollziehen. Für die bayerische Landeshauptstadt München war damit zudem die Möglichkeit verbunden, dringend benötigte Stadtentwicklungsmaßnahmen schneller voranzutreiben.

### DEUTSCHLAND ZWISCHEN MODERNISIERUNG UND HYPOTHEK DER VERGANGENHEIT

Unter dem Eindruck des „Wirtschaftswunders“ und der Maßgabe der Sozialen Marktwirtschaft hatte Ludwig Erhard als Wirtschaftsminister bereits in den 1950er Jahren „Wohlstand für Alle“<sup>01</sup> versprochen und den Menschen eine optimistische Zukunft ohne Entbehrungen aufgezeigt. Die Basis für ein besseres Leben mit mehr Freizeit sollte durch technischen Fortschritt und stetes Wirtschaftswachstum erreicht werden. Auch die Systemkonkurrenz zur schnell erstarkten DDR forcierte die Anstrengungen zu Industrialisierung und Rationalisierung in den verschiedensten Bereichen.

Doch schon die erste volkswirtschaftliche Krise 1966/67 dämpfte solche Hoffnungen. Die erste Große Koalition unter Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger (1966–1969) hatte große innenpolitische Umwälzungen zu bewältigen. Viele junge Menschen empfanden ein Unbehagen am politischen Zustand und am gesellschaftlichen System der Bundesrepublik und lehnten sich gegen verkrustete Hierarchien, gegen die traditionellen Wertvorstellungen ihrer Eltern und gegen deren Schweigen zur Katastrophe des „Dritten Reichs“ auf. Die „Unfähigkeit zu trau-

ern“<sup>02</sup> von Margarete und Alexander Mitscherlich unterstrich 1967 diese mangelnde Auseinandersetzung. Proteste gegen den Vietnamkrieg, die Pressemonopole, den Beschluss der Notstandsgesetze sowie für Hochschulreformen und eine überfällige politische und soziale Weiterentwicklung der Gesellschaft führten zu einer außerparlamentarischen Massenbewegung (APO) und mündeten in die Studentenunruhen des Jahres 1968.

Mit der Weltwirtschaftskrise 1973 erfuhr der Glaube an eine unbeschränkte Wirtschaftsentwicklung einen erheblichen Dämpfer, und es zeigten sich deutlich die „Grenzen des Wachstums“, die eine Gruppe von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern um Dennis Meadows 1972 in der gleichnamigen Studie prognostizierte.<sup>03</sup> In der bisher hauptsächlich auf Wachstum und Wohlstand bedachten Gesellschaft kam eine menschlich-soziale Komponente hinzu, die den Anspruch aufzeigte, unterschiedliche gesellschaftliche Lebensbilder zuzulassen. In der sozialliberalen Ära ab 1969 unter Willy Brandt und seinem Bestreben nach „Kontinuität und Erneuerung“ wurde dieser Wandel auch politisch angestrebt. In der Außenpolitik akzeptierte die Regierung faktisch die Koexistenz von „zwei Staaten in Deutschland“ und versuchte, mit einer entschlossenen Politik der Entspannung die Grundlagen für einen Abbau der Differenzen des Kalten Krieges zu schaffen. Mit den Ostverträgen und dem Grundlagenvertrag im olympischen Jahr 1972 konnte eine Normalisierung der Beziehungen zur DDR dann tatsächlich erreicht werden.

In der Architektur waren die Auswirkungen der Fortschrittseuphorie in neuen städtebaulichen Leitbildern mit einer zunehmenden Urbanisierung zu erkennen. Die Kritik an der Gestalt der wieder aufgebauten Städte und an der mangelnden Sensibilität im Umgang mit den gewachsenen urbanen

Strukturen wurde immer lauter, maßgeblich befördert durch kritische Publikationen etwa von Hans Paul Bahrdt,<sup>04</sup> Jane Jacobs,<sup>05</sup> Wolf Jobst Siedler,<sup>06</sup> Alexander Mitscherlich<sup>07</sup> oder John Kenneth Galbraith.<sup>08</sup> Das bisherige Leitbild der „gegliederten und aufgelockerten Stadt“ hatte gesichtslose, monotone Trabantenstädte im Grünen hervorgebracht, mit geringen Bebauungsdichten der Zersiedelung der Landschaft Vorschub geleistet und die Trennung des Lebens in die unterschiedlichen Funktionsbereiche Wohnen, Arbeiten und Freizeit befördert. Die Folge war ein hohes, kaum zu bewältigendes Verkehrsaufkommen in den Städten. Nun galten Urbanität durch Dichte, Verflechtung von Funktionsbereichen und soziale Durchmischung als Richtschnur zukünftiger Planungen. Zahlreiche Großsiedlungen und Stadterweiterungen entstanden, mit denen die Architektur einen Beitrag zur Erneuerung der Gesellschaft leisten wollte. Die hohen Erwartungen lösten sich allerdings in den meisten Fällen nicht ein. Oft wurden die Siedlungen von den Bewohnern als maßstabslose Betonburgen abgelehnt oder wurden zu sozialen Problemorten, die weder in ästhetischer noch sozialer Hinsicht befriedigen konnten. In den Kontext dieser Wandlungsprozesse und dieses Klimas des kulturellen und gesellschaftlichen Umbruchs sind die Motivation und die Planungskonzepte der Gestalter und Ingenieure für die Olympischen Spiele 1972 einzuordnen.

## MÜNCHEN IN DEN 1960ER JAHREN – STADT IM AUFBRUCH

Die Bauplanungen im Zusammenhang mit den Olympischen Spielen waren für die Perspektiven

**01** Ludwig Erhard, *Wohlstand für Alle*, Düsseldorf 1957.

**02** Alexander Mitscherlich/Margarete Mitscherlich, *Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens*, München 1967.

**03** Dennis L. Meadows et al., *The Limits to Growth*, New York 1972.

**04** Hans Paul Bahrdt, *Die moderne Großstadt. Soziologische Überlegungen zum Städtebau*, Reinbek 1961.

**05** Jane Jacobs, *Tod und Leben großer amerikanischer Städte*, Berlin 1963.

**06** Wolf Jobst Siedler/Elisabeth Niggemeyer/Gina Angreß, *Die gemordete Stadt. Abgesang auf Putte und Straße, Platz und Baum*, Berlin 1964.

**07** Alexander Mitscherlich, *Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden*, Frankfurt/M. 1965.

**08** John Kenneth Galbraith, *Gesellschaft im Überfluss*, München–Zürich 1963; ders., *Die moderne Industriegesellschaft*, München–Zürich 1968.

der Münchner Stadtentwicklung von besonderer Bedeutung. In der prosperierenden Stadt gab es genug Arbeit, und das Wirtschaftswunder hatte ein enormes Wachstum, einen höheren Lebensstandard und kürzere Arbeitszeiten, aber auch steigende Ansprüche an die Lebens- und Wohnverhältnisse zur Folge.<sup>09</sup> Die Jahre 1957 bis 1960 gelten für die Stadtplanung in München als ein gravierender Einschnitt. Die Schutträumung und der Wiederaufbau waren 1956 so gut wie abgeschlossen, erste neue Siedlungsgebiete entstanden trotz zentraler Brachflächen außerhalb der Kernstadt und wurden in das Umland ausgedehnt, wodurch der Individualverkehr in das Zentrum zunahm.<sup>10</sup> Ende 1957 hatte die Einwohnerzahl die Millionengrenze überschritten, und durch die zunehmende Nachfrage nach Wohnraum stiegen die Ausgaben für Wohnen, Verkehrsinfrastruktur und Einrichtungen wie Krankenhäuser und Schulen. Sie ließen sich nur noch über die Aufnahme von Krediten finanzieren.<sup>11</sup> Zur Behebung der Wohnungsnot entstanden unter anderem die Siedlung Am Hasenberg (1960–1968) – nach dem Leitbild der gegliederten und aufgelockerten Stadt – und die Entlastungsstadt Perlach (1967–1992), mit 25 000 Wohneinheiten für zunächst 80 000 Bewohner.<sup>12</sup>

Der erst 34-jährige und sehr engagierte Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel hatte sich bereits mit Beginn seiner Amtszeit 1960 einer umfassenden und übergreifenden Stadtentwicklungspolitik angenommen. Auch Juristen und Soziologen sollten in die Arbeitsgemeinschaft mit Architekten einbezogen werden. Der Kieler Stadtbaurat Herbert Jensen gestaltete als Leiter der neuen Arbeitsgruppe Stadtentwicklungsplanung wesentlich das auch als „Jensen-Plan“ bezeichnete Entwicklungskonzept.<sup>13</sup> Der Münchner Stadtrat verabschiedete am 10. Juli 1963 den auf 30 Jahre angelegten Plan, der die Erfordernisse der gesamten Stadtregion berücksichtigen und allen zukünftigen Entwicklungen zugrunde gelegt werden sollte. Eingeschlossen waren Überlegungen

**09** Vgl. Bayerischer Architekten- und Ingenieurverband (Hrsg.), *München und seine Bauten nach 1912*, München 1984, S. 53.

**10** Vgl. ebd., S. 54, S. 56.

**11** Vgl. Kay Schiller/Christopher Young, *München 1972. Olympische Spiele im Zeichen des modernen Deutschland*, Göttingen 2012, S. 48.

**12** Vgl. Andres Lepik/Hilde Strobl, *Die Neue Heimat (1950–1982). Eine sozialdemokratische Utopie und ihre Bauten*, München 2019, S. 148ff., S. 177–182.

**13** Vgl. Hans-Jochen Vogel, *Die Amtskette. Meine 12 Münchner Jahre. Ein Erlebnisbericht*, München 1972, S. 36f., S. 140.

für einen Sportpark und ein Großstadion auf dem Oberwiesenfeld, die Verbesserung der Stadtstruktur, eine Fußgängerzone in der Innenstadt, die weitere Planung und Erschließung neuer Wohngebiete und eine intensive Vernetzung mit dem Umland. Vorausschauend war ebenso angedacht, den Individualverkehr einzuschränken und ein öffentliches Verkehrsnetz für S- und U-Bahn deutlich zu priorisieren.<sup>14</sup> Eine Kurzfassung des Jensen-Plans war im Februar 1967 auch Bestandteil der Wettbewerbsunterlagen für den Ideen- und Bauwettbewerb der olympischen Sportstätten.

Der Stadtentwicklungsplan hatte den Grundstein gelegt, um in der kurzen Planungszeit bis zu den Olympischen Spielen die dafür notwendigen Maßnahmen überhaupt realisieren zu können. Der umfassende Ausbau des öffentlichen Verkehrs- und Schienennetzes war bereits am 1. Februar 1965 mit dem Spatenstich für den Bau der U-Bahn begonnen worden. Nach dem Zuschlag für die Spiele im April 1966 wurden die Vorhaben deutlich beschleunigt und die Linien in Richtung Oberwiesenfeld vorgezogen. Bis 1972 entstanden die Nord-Süd-Linie U6, die davon abzweigende und zum Oberwiesenfeld führende Olympialinie U3 und eine West-Ost-Verbindung der S-Bahn zwischen Haupt- und Ostbahnhof, einschließlich zahlreicher neuer Bahnhöfe. Der im Gegensatz zum Münchner Süden strukturschwache und durch Industrieansiedlungen, Arbeiterviertel und Sozialwohnungen benachteiligte Norden konnte aufgewertet und als Naherholungsgebiet mit Sportanlagen ausgewiesen werden. München avancierte zwar schon seit 1964 aufgrund seiner rasanten Entwicklung zu „Deutschlands heimlicher Hauptstadt“,<sup>15</sup> jedoch verbesserte sich sein Image durch die Olympischen Sommerspiele auch international enorm. Die visionäre, zukunftsweisende Gestaltung konnte die bislang vorherrschenden konservativen und regional geprägten Leitvorstellungen und das klassizistische Erbe um das weit über München und Bayern hinausreichende Bild einer modernen, zukunftsorientierten Stadt ergänzen und bereichern. Vogels Erfolge mündeten 1972, noch vor der Eröffnung der Olympischen Spiele, in seine Berufung zum Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau im Kabinett von Willy Brandt.

<sup>14</sup> Vgl. Stadtplanungsamt München (Hrsg.), Stadtentwicklungsplan einschließlich Gesamtverkehrsplan der Landeshauptstadt München, München 1963.

<sup>15</sup> So titelte „Der Spiegel“ in seiner Ausgabe vom 22.9.1964.

## MÜNCHEN WIRD OLYMPIASTADT

Als Willi Daume, Präsident des Nationalen Olympischen Komitees (NOK), am 28. Oktober 1965 an Hans-Jochen Vogel herantrat, um ihm den Vorschlag für die Bewerbung der Stadt München zur Ausrichtung der Olympischen Spiele zu unterbreiten, hatten sich zwei Persönlichkeiten gefunden, die „selbstbewusste und letztlich typische Vertreter der ersten beiden Generationen der jungen Bundesrepublik“ waren, „angetrieben von einer großen Arbeitsmoral und dem Wissen um ihre Verantwortung für die Verbesserung der Gesellschaft“.<sup>16</sup> München schien für Daume als kunst- und sportbegeisterte Stadt ein idealer Austragungsort zu sein und prädestiniert zur Durchsetzung seines Konzepts einer Symbiose aus Sport, Kunst und Kultur. Bedenken bestanden aus politischen Gründen: Das Internationale Olympische Komitee (IOC) hatte kurz zuvor das NOK der DDR vollständig anerkannt und damit die politisch längst vollzogene Teilung der beiden deutschen Staaten auch auf den Sport übertragen. Sowohl Vogel als auch die Bundesregierung unter CDU-Kanzler Ludwig Erhard sahen den Beschluss des IOC als Hindernis für die Ausrichtung der Spiele. Sie wollten nicht von der noch geltenden Hallsteindoktrin und dem Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik abrücken – zwei deutsche Mannschaften bei Olympia bedeuteten quasi eine Anerkennung der DDR. Willy Brandt jedoch sah darin die Chance einer innerdeutschen Annäherung, Willi Daume wiederum eine Möglichkeit, die Bundesrepublik sportlich zu etablieren und sie in Systemkonkurrenz zur DDR als weltoffenes, demokratisches Land zu präsentieren.<sup>17</sup> Die DDR konnte letztlich mit eigener Mannschaft, Flagge und Hymne an den Spielen 1972 teilnehmen.<sup>18</sup>

In München formierte sich unterdessen ein großes gemeinsames Interesse an der Ausrichtung der Spiele, wenn auch mit unterschiedlichen Motiven. Die Stadt konnte mit Finanzierungszusagen des Bundes und des Freistaats Bayern sowie der Beschleunigung ihrer Infrastrukturprojekte rechnen, der Freistaat erwartete wirtschaftliche Verbes-

<sup>16</sup> Schiller/Young (Anm. 11), S. 24, S. 29.

<sup>17</sup> Vgl. Vogel (Anm. 13), S. 96–99.

<sup>18</sup> Vgl. Hans Dieter Krebs, München 1972: Denkmal und Vermächtnis, in: Bundesinstitut für Sportwissenschaft/Deutsches Olympisches Institut (Hrsg.), Willi Daume. Olympische Dimensionen. Ein Symposium, Bonn 2004, S. 51–62, hier S. 52f.

serungen für die Region und der Bund einen Prestigegewinn und die Verbesserung des noch immer belasteten internationalen Ansehens. In der Präambel der Bewerbung kam aber auch die große Bedeutung einer bewussten Abgrenzung zu den Spielen 1936 in Berlin zur Sprache – und dass im Falle einer Ausrichtung Deutschland die Chance und Verpflichtung habe, diese internationale Aufgabe zur Stärkung von Frieden und Völkerverständigung einzusetzen.<sup>19</sup> Ein gewichtiger Grund für die Vergabe nach München dürfte aber auch das Bemühen der Initiatoren gewesen sein, sich vom Gigantismus der vergangenen Spiele zu verabschieden und ein bescheideneres Konzept anzustreben.<sup>20</sup>

### SPORTPARK OBERWIESENFELD

Das Oberwiesenfeld bot ideale Voraussetzungen für den Standort der zentralen olympischen Sportstätten. Auf der etwa 280 Hektar großen, brachliegenden Fläche im Münchner Norden lagerte die Stadt nach dem Zweiten Weltkrieg ihre Kriegstrümmer. Der Schuttberg im Süden des Geländes mit einem Volumen von etwa 10 Millionen Kubikmetern war schon seit 1948 für die Freizeitgestaltung der Münchner vorgesehen und diente – mit Gras und Buschwerk bewachsen – als Freizeitbrache und im Winter als Rodelhügel für die Bevölkerung der umliegenden Stadtviertel.

Für Sport- und Freiflächen und ein Großstadion auf dem Oberwiesenfeld gab es bereits seit 1965 aus einem Wettbewerb stammende, ausgearbeitete Pläne. Der siegreiche Entwurf der Architekten Rüdiger Henschker und Wilhelm Deiss war angesichts der sehr kurzen Vorbereitungszeit eine wichtige Komponente in der Olympiabewerbung. Innerhalb von zwei Wochen mussten weitere Sportbauten sowie ein Olympisches Dorf ergänzt werden, wobei die Stadt München die drei Hauptsportstätten – Stadion, Sporthalle und Schwimmhalle – in eine über den Mittleren Ring gespannte Platte einfügte.

Nach der Entscheidung für München wurde jedoch heftige Kritik an den offiziell vorgestellten Planungen laut. Peter C. von Seidlein, Vorsitzender des Bundes deutscher Architekten

Bayern, richtete seine Kritik vor allem gegen die Monumentalität der einen Kilometer langen und 400 Meter breiten „Platte“: „Es bedarf nicht des Hinweises auf das Reichssportfeld von 1936 oder gar auf das Nürnberger Reichsparteitagsgelände, um klarzumachen, daß der bauliche Ausdruck dieser ersten Olympischen Spiele in Deutschland nach 1945 von nichts weiter entfernt zu sein hat, als von hohler und in fataler Weise erinnerungsträchtiger Monumentalität.“<sup>21</sup> Erst am 1. Februar 1967 wurden nach monatelangen Diskussionen ein Ideenwettbewerb zur städtebaulichen Planung für das Oberwiesenfeld und ein Bauwettbewerb zur Gestaltung der Hauptsportstätten ausgelobt. Für die Architektur gab es somit zwei entscheidende Prämissen: eine zurückhaltende bauliche Gestaltung in menschlichem Maßstab und eine gute Möglichkeit zur Nachnutzung als Sport- und Freizeitpark. Beidem wurde ein sehr hoher Stellenwert beigemessen.

### OLYMPISCHE ARCHITEKTUR ALS ZEICHEN FÜR EIN NEUES DEUTSCHLAND

Die Stuttgarter Architekten Behnisch & Partner – Günter Behnisch, Fritz Auer, Winfried Büxel, Erhard Tränkner und Carlo Weber – gewannen in Zusammenarbeit mit dem Architekturprofessor Jürgen Joedicke am 13. Oktober 1967 den Wettbewerb. Der Entwurf war eng an den Leitmotiven der Bewerbung „Olympische Spiele im Grünen und der kurzen Wege“ orientiert, die die Initiatoren der Spiele, Willi Daume und Hans-Jochen Vogel, zuvor formuliert hatten. „Kurze Wege“ waren zu verstehen im Sinne einer Nähe der Sportstätten zur Stadt wie auch einer räumlichen Verdichtung an einem Ort, „im Grünen“ mit Blick auf den Schwerpunkt eines parkartigen Charakters und die spätere Nutzung als Sport- und Freizeitpark. Aus diesen Vorgaben entwickelten Behnisch & Partner das Gesamtkonzept einer modellierten Landschaft mit in Mulden eingefügten Stadien- und Hallenkörpern und überspannten diese mit einem transparenten Zeltdach – „Situationsarchitektur“ genannt. Die Architekten um Günter Behnisch verstanden darunter keine fest vorgegebene Form, sondern einen offenen Entwurfsansatz, um die bauliche Gestalt mit den beteiligten Personen aus

<sup>19</sup> Vgl. Hans-Jochen Vogel, Rede vor dem Stadtrat, 20. 12. 1965, Stadtarchiv München/RP738/3.

<sup>20</sup> Vgl. Jan C. Rode, Willi Daume und die Entwicklung des Sports in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1945 und 1970, Göttingen 2010, S. 209 ff.

<sup>21</sup> Peter C. von Seidlein/BDA Bayern, Brief an Edgar Luther, 7.6. 1966, Stadtarchiv München/Olympiade1972/321.



Panorama des Münchner Olympiaparks, unter anderem mit der Radrennbahn, dem Olympiasee und dem Olympiastadion.

© picture-alliance/dpa | B161

den Elementen des Ortes schrittweise zu entwickeln: die überörtlichen Bindungen des Oberwiesenfeldes zur Stadt und zu anderen Grünanlagen, den bereits im Bau befindlichen Fernsehturm, den Trümmerschuttberg des Zweiten Weltkriegs im Süden des Geländes und den aus dem nördlich davon verlaufenden Nymphenburg-Biedersteiner Kanal aufgestauten See. Verbindendes Element war die olympische Landschaft. Ausgehend vom Leitmotiv des Schuttberges sind die Geländebewegungen nach Norden weitergeführt. Sie verbinden durch auf Dämme gelegte Wege und Brücken die Sportstätten im Süden mit den olympischen Wohnanlagen und der Hochschulsportanlage im Norden.

Eine große Herausforderung war die Realisierung der Zeltdachkonstruktion. Als Vorbild diente das Dach des Deutschen Pavillons auf der Weltausstellung in Montréal 1967,<sup>22</sup> das der Stuttgarter Architekt und Leichtbauexperte Frei Otto entwi-

ckelt hatte. Aufgrund der um das Zehnfache größeren Dimension der Dachfläche und des weiten, frei gespannten Randes über dem Stadion musste eine neue konstruktive Lösung gefunden werden. Das vorgespannte, leichte Flächentragwerk aus Seilnetzen konnte erst durch eine intensive Zusammenarbeit und den Austausch von Ideen und Wissen zwischen den zahlreichen beteiligten Ingenieuren, so unter vielen weiteren dem Bauingenieurbüro Leonhardt und André mit Jörg Schlaich sowie Frei Otto, ermöglicht werden. Mit der Dach-Landschaftsidee wurden gestalterische und technisch-innovative Pionierleistungen umgesetzt, die weltweit neue Maßstäbe setzten.

Die terrassierte Wohnsiedlung des olympischen Männerdorfes konzipierten die Architekten Heinle, Wischer und Partner. Die Wohnungen sind nach Süden ausgerichtet und in drei Arme strukturiert, die nach Westen ausgreifen. Vorge lagert sind kleiner dimensionierte Reihenhäuser. Zentrum und Rückgrat bildet eine Gruppe von

**22** Architekten waren Rolf Gutbrod und Frei Otto.





„Rasen betreten verboten“ galt 1972 nicht mehr – zumindest nicht im Münchner Olympiapark.

© Behnisch & Partner, Foto: Christian Kandzia

Hochhäusern, die entlang der Lerchenauer Straße das Wohngebiet vor Verkehrslärm schützt. Die heute sehr beliebte Wohnanlage repräsentiert die experimentellen und visionären Stadt- und Wohnmodelle der späten 1960er Jahre, die zu den neuen, flexiblen Lebensmodellen der neuen Gesellschaft passten und mit neuesten wissenschaftlich-technischen Möglichkeiten realisiert wurden. Ganz im Süden schließt sich teppichartig das zweigeschossige Studentendorf an, geplant von den Münchner Architekten Werner Wirsing und Günther Eckert und als olympisches Frauendorf genutzt. Es wurde inzwischen wegen großer Brandschutz- und bauphysikalischer Mängel und der schlechten Bausubstanz und Qualität des Betons mit Ausnahme von 12 Eckhäusern in Viererblöcken abgerissen. Eine Sanierung der denkmalgeschützten Flachbauten war aus wirtschaftlichen und tech-

nischen Gründen nicht möglich, sodass in enger Abstimmung mit dem Denkmalschutz ein Wiederaufbau nah am Original erfolgte.<sup>23</sup>

### OLYMPISCHE NACHHALTIGKEIT

Für die Aufgaben einer funktionierenden Nutzung nach den Spielen konnte das bisher in den Gartenschauen gezeigte und in Parks praktizierte „Betreten des Rasens verboten“, das auch für den Englischen Garten galt, dem Erholungs- und Aktivitätsbedürfnis des Stadtmenschen nicht mehr gerecht werden. Es musste ein neuer Ansatz für dessen geänderte Bedürfnisse geschaffen und ein zukunftsweisender Ort für eine selbstbestimmte,

<sup>23</sup> Der Wiederaufbau wurde vom Architekturbüro Bogevischs Buero zusammen mit Werner Wirsing von 2006 bis 2010 geplant.

neue Gesellschaft entwickelt werden. Behnisch & Partner hatten ein Konzept zur Nutzung des Geländes für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen formuliert und schlugen die Modellierung bestimmter Zonen als Erholungsbereiche vor. Wichtig war, „den Charakter des jetzt schon vorhandenen Geländes (...) zu erhalten, d. h. es muß im Gegensatz zum Stadtgebiet, das den Menschen mit einer Fülle von Regelungen, Ordnungen und Pflichten beengt, der Bevölkerung ein Gebiet geboten werden, das ihr frei zur Verfügung steht und bei dem die im normalen Stadtgebiet erforderlichen Regelungen des menschlichen Zusammenlebens möglichst weit abgebaut sind (keine Zäune, keine asphaltierten Wege, keine „schönen“ Grünanlagen, keine Gebühren zahlen usw.)“.<sup>24</sup> Dabei waren sich alle Beteiligten einig, dass die Funktion als nacholympischer Sport- und Freizeitpark eine höhere Gewichtung bei der Planung erhalten musste als die olympische Nutzung – ohne dass allerdings der Begriff „Nachhaltigkeit“ verwendet worden wäre.

Die weiteren Gestaltungsgrundlagen entwickelten die Architekten, insbesondere der Projektleiter für den Gesamtplan, Carlo Weber, in enger Abstimmung mit Günther Grzimek, der nach dem Wettbewerbsgewinn mit der Grünplanung beauftragt wurde. Der Landschaftsarchitekt und Professor an der Hochschule für bildende Künste in Kassel vertrat das Konzept einer Dialektik von Stadt und Landschaft, das vorsah, die urbane Stadt mit zusammenhängenden Grünflächen und Freiräumen zu durchziehen sowie Landschaft in die Stadt zu integrieren, um der zunehmenden Verstädterungsproblematik entgegenzuwirken. Das von ihm so bezeichnete „Leistungsgrün“<sup>25</sup> verstand er als Kompensation der Alltagserfahrungen des Menschen in der Industriegesellschaft. Er forderte damit den aktiven Gebrauch und die Aneignung der Grünflächen, die viel mehr den veränderten Lebensbedingungen der entstehenden Freizeitgesell-

schaft entsprachen als das bislang vorherrschende dekorative Grün. Als wichtigstes übergeordnetes Planungsziel galt ihm, eine „Erholungs- und Freizeitlandschaft zu entwickeln, die über die Spiele hinaus der Münchner Bevölkerung ein Zentrum vielfältiger Aktivität mit entsprechenden Angeboten bietet. (...) Die Anlage muß extrem flexibel und belastbar im Sinne hoher Nutzungsintensität sein“.<sup>26</sup>

Grzimeks Idee einer grünen Spiel-, Sport- und Freizeitlandschaft wurzelte in den sozialen und sozialpsychologischen Erkenntnissen aus seiner Zeit als Gartenamtsleiter in Ulm und reflektierte die Tendenzen der gesellschaftlichen Modernisierung in den späten 1960er Jahren. Er strebte eine visuelle und räumliche Öffnung des Grüns zur Stadt an, das im Sinne einer modernen, neu zu definierenden Stadtplanung die zurückgedrängten Grün- und Kommunikationsräume ausgleichen sollte. So seien „Berg, See, Wiesen und Pfade in die Stadt gebrachte Elemente der Landschaft“<sup>27</sup> und als „Fortsetzung und Akzentuierung der Stadtarchitektur“<sup>28</sup> zu verstehen. Er entwickelte die formalen topografischen Elemente aus einem dialektischen Gegen- und Nebeneinander von Berg und Tal, Hang und Ebene, See und Ufer, Baum und Hain, Rasen und Wiese und setzte ihnen die sozialen Entsprechungen von Privatheit und Kommunikation, Offenheit und Geschlossenheit, Gruppierung und Einzelung, Bewegung und Ruhe gegenüber.<sup>29</sup> Die vielfältig differenzierten Bereiche sollten den unterschiedlichen Bedürfnissen entgegenkommen oder sie sogar bewusst anregen. „Das mosaikartige Nebeneinander von ruhigen Nischen und lebendigen, offenen Räumen mit vielseitigen Kommunikationsangeboten, also mit Aufforderungscharakter zum Selbsttätigwerden oder doch zum engagiert Beobachten, ist für die Landschaft Oberwiesenfeld charakteristisch.“ Sie sei als „Ort des profanen Gebrauchs“ zu verstehen, als „robuste Architektur aus Grünelementen (...), die na-

**24** Carlo Weber, Überlegungen zu Einrichtungen und Maßnahmen zur Nutzung des Geländes während der Olympischen Spiele und nach den Spielen, 27.3./13.5.1969, saai | Archiv für Architektur und Ingenieurbau am KIT Karlsruhe/Werkarchiv Günter Behnisch & Partner/Olympia-Bauakten.

**25** Vgl. Günther Grzimek, Das „Leistungsgrün“. Anregung zu einer neuen Betrachtung der Grünplanung, in: Garten und Landschaft 9/1963, S. 210–215; Andreas König, Günther Grzimek. Ein Landschaftsarchitekt der Nachkriegszeit. Berufliche Entwicklung, Konzepte und Arbeiten, Diplomarbeit, Technische Universität München 1996, S. 108.

**26** Günther Grzimek, Grünplanung für die Olympiainlage auf dem Oberwiesenfeld München, 28.2.1969, saai | Archiv für Architektur und Ingenieurbau am KIT Karlsruhe/Werkarchiv Günter Behnisch & Partner/Olympia-Bauakten.

**27** Ders. et al., Bau der Landschaft, in: Karl Krämer/Heinz Krehl/Olympia-Baugesellschaft (Hrsg.), Olympische Bauten in München 1972. Bestandsaufnahme Herbst 1970, Stuttgart 1970, S. 36–45, hier S. 38.

**28** Ders., Spiel und Sport im Olympiapark München, in: Gerda Gollwitzer (Hrsg.), Spiel und Sport in der Stadtlandschaft. Erfahrungen und Beispiele für morgen, München 1972, S. 10–33, hier S. 10.

**29** Ebd., S. 11 f.





Perspektivwechsel: Das gespannte Seilnetz von unten.

© Behnisch & Partner, Foto: Christian Kandzia

turhaft und zugleich strapazierfähig wie ein guter Gebrauchsgegenstand sein soll“.<sup>30</sup> Grzimek konzipierte den Olympiapark also nicht einfach als Grünfläche zur Erholung der Stadtbevölkerung, sondern als „Projektion einer sozialen Utopie, die durch den konkreten, olympischen Gestaltungsauftrag in einer Zeit der gesellschaftlichen Befreiung am Ende der sechziger Jahre zu einem beachtlichen progressiven, sozialen Experiment wird“.<sup>31</sup>

## FAZIT

Das Ensemble aus Dach und Landschaft für die Olympischen Spiele 1972 ist Ausdruck einer weltweit wichtigen Umbruchphase in der Architektur- und Zeitgeschichte und zeigt, dass sich Kennzeichen demokratischer Architektur in ihren Entstehungsprozessen finden lassen und im Denken und Handeln der Beteiligten und den Bedingungen der Planung begründet sind. Das Konzept von Behnisch & Partner ist mit dem Impetus einer sozialen, demokratischen, kulturellen und ästhetischen Identität verbunden. Architekten, Landschaftsplaner, Ingenieure, Künstler und Bauherren

einte das Ziel, ein gemeinsames, herausragendes Werk ohne Pathos und Monumentalität zu schaffen, dem ein menschlicher Maßstab zugrunde liegt. Die Ästhetik des leichten, schwingenden, transparenten Zeldachs über der weich modellierten Landschaft unterstreicht das experimentelle Wagnis einer radikal neuen architektonischen Bildsprache. Günter Behnisch hatte zwar formuliert: „Eigentlich wollten wir gar kein Dach, weil nicht die Vorstellung zugrunde lag, Häuser zu bauen, sondern Sport in der Landschaft zu schaffen.“<sup>32</sup> Dennoch gilt es als eine der signifikanten, ikonischen Skulpturen des 20. Jahrhunderts und als Meisterwerk der Bauingenieurskunst. Der Olympiapark steht nach wie vor für das gebaute Selbstverständnis der jungen Bundesrepublik und zeigt in herausragender Weise, dass eine nachhaltig und demokratisch geplante Architektur auch über Jahrzehnte funktioniert und Bestand hat.

### ELISABETH SPIEKER

ist promovierte Ingenieurwissenschaftlerin, Architektin, Architekturhistorikerin und arbeitet bei Behnisch Architekten in Stuttgart. Zuletzt kuratierte sie im Team die Ausstellung „Bauen für eine offene Gesellschaft“ zum 100. Geburtstag von Günter Behnisch in Stuttgart.

e.spieker@web.de

<sup>30</sup> Ebd., S. 12f.

<sup>31</sup> König (Anm. 25), S. 202.

<sup>32</sup> Günter Behnisch, Gespräch mit der Verfasserin am 5.9.2001.

Herausgegeben von der  
Bundeszentrale für politische Bildung  
Adenauerallee 86, 53113 Bonn



Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 26. August 2022

#### REDAKTION

Anne-Sophie Friedel  
Julia Günther  
Jacob Hirsch (Volontär)  
Sascha Kneip  
Johannes Piepenbrink  
Anne Seibring  
Robin Siebert (verantwortlich für diese Ausgabe)  
Stefan Schult (Praktikant)  
apuz@bpb.de  
www.bpb.de/apuz  
www.bpb.de/apuz-podcast  
twitter.com/APuZ\_bpb

APuZ  
Nächste Ausgabe  
37-38/2022, 12. September 2022

## UNGLEICHHEIT

Newsletter abonnieren: [www.bpb.de/apuz-aktuell](http://www.bpb.de/apuz-aktuell)  
Einzelausgaben bestellen: [www.bpb.de/shop/apuz](http://www.bpb.de/shop/apuz)

#### GRAFISCHES KONZEPT

Charlotte Cassel/Meiré und Meiré, Köln

#### SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

#### DRUCK

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG,  
Mörfelden-Walldorf

#### ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung  
Das **Parlament** ausgeliefert.  
Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.  
Im Ausland zzgl. Versandkosten.  
Fazit Communication GmbH  
c/o Cover Service GmbH & Co. KG  
fazit-com@cover-services.de

Die Veröffentlichungen in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind keine Meinungsäußerungen der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Beachten Sie bitte auch das weitere Print-, Online- und Veranstaltungsangebot der bpb, das weiterführende, ergänzende und kontroverse Standpunkte zum Thema bereithält.

ISSN 0479-611 X



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ  
Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine Bearbeitung 4.0 International.



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

[www.bpb.de/apuz](http://www.bpb.de/apuz)